

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16./17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022 vom 29. November 2021

von 16.15 bis 18.25 Uhr und 19.30 – 22.05 Uhr

AXA-Arena, Winterthur Grüze

Vorsitz: M. Sorgo (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 16. Sitzung: U. Glättli (GLP)
16./17. Sitzung: Ch. Maier (FDP), M. Bollmann (SVP)
17. Sitzung: J. Bachmann (Ratssekretär)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 14./15. Sitzung	
2.*	21.91	Wahl eines Mitgliedes in die Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen H.R. Hofer (SVP)	R. Kappeler
3.*	21.76 (DSU)	Erlass einer Verordnung Parkieren Winterthur	M. Zehnder
4.*	21.77 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Parkieren Winterthur	M. Zehnder
5.*	21.88 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	M. Nater
6.(*)	21.81 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2022 und Festsetzung des Steuerfusses inkl. «Novemberbrief»; Kenntnissnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2023 bis 2025	F. Helg
7.	21.68 (Bau)	Kredit von Fr. 2'593'000 für den Ersatzneubau des Revierstützpunktes Kiesstrasse 4 in Winterthur-Veltheim (Projekt-Nr. 20746)	Ch. Hartmann

8. 21.75 (DSS) Begründung des Postulats G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL/Grüne), M. Della Vedova (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe
9. 19.133 (DSO) Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. konkrete Aufgaben, Kompetenzen und Zuständigkeiten der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
10. 20.52 (DSO) Beantwortung der Interpellation P. Schoch (SP), N. Wenger (Grüne), F. Kramer-Schwob (EVP) und R. Hugentobler (AL) betr. Menschen auf der Flucht
11. 19.60 (DKD) Antrag und Bericht zum Postulat K. Cometta-Müller (GLP), M. Sorgo (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungsvereinbarungen einfordern
12. 20.24 (DKD) Antrag und Bericht zur Motion T. Brütsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP) betr. «Transparenz für Einmalzulagen»
13. 19.123 (DKD) Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), G. Stritt (SP), M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (AL/Grüne) betr. Quartiere stärken; Förderung und Wertschätzung Freiwilligenarbeit
14. 19.124 (DKD) Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), S. Müller (EVP), M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (AL/Grüne) betr. Quartiere stärken; Finanzielle Beiträge und Gebührenpflicht Quartierträgerschaften
15. 19.125 (DKD) Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), S. Müller (EVP) M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Quartiere stärken; Organisation und Zusammenarbeit mit den Quartierträgerschaften
16. 19.140 (DKD) Beantwortung der Interpellation U. Bänziger (FDP), A. Zuraikat (CVP), M. Reinhard (SVP) und B. Huizinga (EVP) betr. Massnahmen zur Unterstützung Angebot Wasserstoff-Tankstellen
17. 20.7 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), R. Keller (SP), M. Bänninger (EVP), R. Hugentobler (Grüne/AL), U. Glättli (GLP) und M. Della Vedova (GLP) betr. kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zürich
18. 20.53 (DKD) Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL) betr. Tiny Houses im Vormarsch – auch in Winterthur?
19. 19.139 (DSS) Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick
20. 20.79 (DSS) Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU), D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen
21. 20.115 (DSS) Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule

- | | | |
|-----|-----------------|---|
| 22. | 19.58
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowatz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen |
| 23. | 19.135
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), Z. Dähler (CVP/EDU), M. Gross (SVP) und R. Heuberger (FDP) betr. transparente Investitionsplanung für städtische Bauprojekte |
| 24. | 20.21
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP und Junge Grünliberale), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen |
| 25. | 20.57
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP) L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie |
| 26. | 20.54
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.) |
| 27. | 19.134
(DSU) | Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin M. Sorgo: Guten Nachmittag miteinander. Ich begrüsse Euch und Sie herzlich zur 16. und 17. Sitzung des Grossen Gemeinderats im Amtsjahr 2021/2022. Eine der letzten Sitzungen unter diesem Namen. Und natürlich auch zur Budgetdebatte, in die wir ja im Verlauf der Sitzung einsteigen werden.

Mitteilungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich komme zu den Mitteilungen. Entschuldigt für beide Sitzungen heute sind Christian Maier (FDP) und Matthias Bollmann (SVP). Für die Nachmittagssitzung entschuldigt ist Urs Glättli (GLP). Lea Jacot kommt ein bisschen verspätet.

Ich habe heute die Freude, ein neues Ratsmitglied zu begrüssen: Das ist Walter Isler, der für die SVP im Rat nachgerutscht ist. Ich heisse Dich herzlich willkommen im Grossen Gemeinderat und wünsche Dir viel Freude im Amt.

Film- und Foto-Aufnahmen wurden mir heute keine angekündigt. Marc Wäckerlin wird eventuell welche machen, so wie es aussieht.

Radio SRF ist hier und macht Tonaufnahmen der Sitzung.

Die Corona-Massnahmen bzw. das Schutzkonzept sind ja bekannt. Da gibt es keine Änderungen. Wie gesagt, wir sind eine öffentliche Sitzung mit Zuschauerinnen und Zuschauern, d.h. weiterhin, dass die Maskenpflicht überall im Saal gilt, auch wenn man am Platz sitzt. Die Ausnahme ist wie bekannt: Wenn man ein Votum hält, kann man zum besseren Verständnis die Maske abnehmen.

Weiter gilt, dass die Vorstösse auf dem Vorstosstisch liegen. Geht doch im Verlauf der zwei Sitzungen dort vorbei und unterschreibt dort. Nehmt Euren eigenen Stift mit und schaut, dass es keinen zu grossen Auflauf gibt vor dem Tisch.

Die Essenspause ist heute wieder verkürzt, wir beginnen also schon um 19.30 Uhr mit der Abendsitzung. Auch beim Essen gilt die Maskenpflicht, bis man am Tisch sitzt. Am Tisch

kann man die Maske selbstverständlich ablegen. Die Anzahl Personen am Tisch ist reduziert und mit Tischsets gekennzeichnet.

Zudem ist es in der Essenspause so, dass wir uns heute – weil ja keine Sitzungen stattfinden – wieder aufteilen werden in zwei Gruppen. Die eine Hälfte ist oben in der AXA-Lounge, die andere Hälfte ist drüben im anderen Gebäude im Restaurant L'Arena. Wir haben es auf die Fraktionen aufgeteilt, d.h. im L'Arena sind die Fraktionen auf dieser Seite (SP, Grüne, AL, EVP) inklusive der jeweiligen Stadträtinnen und Stadträte dieser Parteien und der Ratsleitung. Oben in der Lounge werden die Fraktionen GLP, SVP und Mitte/EDU sein. Auch dort gehen die Stadträte und Stadträtinnen dieser Parteien mit ihren Fraktionen mit. Ich werde es vor der Pause nochmals kurz sagen.

Wie bereits informiert wurde, können diejenigen, die ein Parkticket brauchen, dieses eine Viertelstunde vor Beginn der Abendsitzung beim Vorstosstisch bei den AXA-Mitarbeitenden beziehen. Ich glaube, das ist auch bekannt.

Noch ein Hinweis: Ihr habt vor einer Weile schon die Bitte erhalten, dem Parlamentsdienst ein neues Foto einzureichen, weil ja die Website neu aufgesetzt wird. Das haben schon sehr viele von Euch gemacht, ein paar noch nicht. Diejenigen, die noch kein neues Foto geschickt haben, die dürfen weiterhin ein Foto schicken. Es dauert einfach einen Moment, bis es aufgeschaltet wird. Diejenigen, die kein Foto schicken, muss ich einfach darauf hinweisen, dass die alten Fotos etwas verschwommen sind, weil es von der Formatierung her nicht mehr stimmt. Also wer sich gerne scharf gestochen auf der Website präsentiert haben möchte, schickt bitte ein Foto an parlamentsdienst@win.ch. Wie gesagt, es kann ein Weilchen dauern und es kann sein, dass kurz noch ein unscharfes Foto aufgeschaltet wird, aber das wird dann ersetzt. Ich wurde heute schon mehrmals gefragt, ob die 3. Sitzung am 13. Dezember stattfinden wird oder nicht. Das wird sich heute im Verlauf der Sitzung entscheiden. Es hängt davon ab, wie weit wir kommen. Wenn wir mit der Budgetdebatte und allen Weisungen durchkommen, dann wird die Sitzung vom 13. Dezember ausfallen. Das können wir Euch aber erst nach der heutigen Sitzung sagen.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind zwei Fraktionserklärungen bekannt. Die erste Fraktionserklärung kommt von Andreas Geering (Die Mitte/EDV) zum Thema Verschrottung von Oldtimer-Bussen.

A. Geering (Die Mitte/EDV): Jetzt rollen sie wieder durch unsere wunderschöne Stadt, die Adventsbusse. Wir freuen uns von der Mitte/EDU-Fraktion her, dass diese Tradition nach der Coronapause des letzten Jahres in diesem Advent fortgeführt werden kann. Aber die Freude ist getrübt, denn es ist uns zu Ohren gekommen, dass die Busse nächstens verschrottet werden sollen. Diese Busse sieht man auf dem Bild – es sind zwei solche Oldtimer-Busse, die unterwegs sind.

Bei den Adventsbussen handelt es sich um Oldtimer-Trolleybusse, darunter den letzten noch fahrbaren Trolleybus 101. Diese Zeitzeugen der beginnenden Elektrifizierung auf der Strasse sind rollendes Kulturgut unserer Stadt und unseres Landes. Stimmt es wirklich, dass diese Oldtimer nun unwiederbringbar dem Schneidbrenner zugeführt und verschrottet werden sollen, wie es uns zu Ohren gekommen ist? Wir können das so nicht glauben. Rundherum sieht man, dass die Zeitzeugen der ersten Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs eine wachsende Fangemeinde haben. Wurde versucht, für die Trolleybusse ein neues Heim zu finden? Verschiedene Trägerschaften kümmern sich um das rollende Kulturerbe unseres Landes. So ist es durchaus vorstellbar, dass eine solche Trägerschaft die Winterthurer Oldtimer-Trolleybusse übernehmen würde. Wir denken da zum Beispiel an das Verkehrshaus Luzern oder etwa an den Trolleybusverein Schweiz mit Sitz in Winterthur. Dieser Trolleybusverein setzt sich ein für den Erhalt von historischen Trolleybussen. Aktuell besitzt er neun Oldtimer aus sechs verschiedenen Schweizer Städten, wovon zwei aus Winterthur stammen. Einer der beiden Winterthurer-Trolleybusse ist der älteste der besagten Sammlung mit Baujahr 1948.

Wir würden uns ausserordentlich freuen, wenn wir bald vom Stadtrat vernehmen könnten, dass die Trolleybusse nicht verschrottet werden, sondern in eine Sammlung überführt werden können. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, dass Winterthur hier etwas zum Erhalt des rollenden Kulturgutes unseres Landes beiträgt.

Wir erhoffen uns ausserdem, dass eine Organisation, welche die Busse übernehmen darf, diese weiterhin als Adventsbusse durch Winterthur fahren lassen wird. Die Winterthurerinnen und Winterthurer werden es schätzen, wenn sie – Kinder und Erwachsene – in diesem kulturellen Erbe der Oldtimer-Trolleybusse auch in Zukunft bei besinnlichen Geschichten und schöner Musik durch das weihnachtliche Winterthur fahren können. Wir erwarten deshalb, dass sich der Stadtrat dafür einsetzt, dass die Busse der Nachwelt erhalten bleiben und auch, dass die Tradition des Adventsbusses aufrechterhalten werden kann.

Stadtrat St. Fritschi: *(nach mehreren Versuchen mit Mikrofonen, die nicht funktionierten)* Es wäre fast besinnlich geworden heute Abend, wenn man mich nicht reden lassen hätte... Aber jetzt hat sich doch noch ein Mikrofon gefunden.

Ich stelle sowieso fest, dass das Departement Technische Betriebe für die Besinnlichkeit in dieser Stadt hauptverantwortlich ist: Wir haben fünf Bäume in der Stadt aufgestellt, mit schöner Beleuchtung. Die Öffentliche Beleuchtung von Stadtwerk Winterthur hat dann diese Bäume geschmückt. Und in kurzer Zeit werden wir alle Adventsbusse – mir ist nur einer bekannt, ehrlich gesagt – im Dezember fahren lassen.

Ich war natürlich erschüttert, als ich ins Departement Technische Betriebe gewechselt habe, denn ich dachte vorher immer, alle diese schönen Sachen seien vom Christkind.

Der Bus Nummer 101 – mir ist nur dieser bekannt – das ist wirklich ein ganz schönes Objekt. Jahrgang 1948. Damit Ihr wisst, was 1948 sonst noch auf die Welt gekommen ist: Prinz Charles ist auch Jahrgang 1948. Der Unterschied zwischen Charles und dem Bus ist nur, dass wir bei diesem Bus nicht mehr alle Ersatzteile finden. Und das hat zur Folge, dass wir nicht wissen, wie lang er noch fahrtauglich ist. Ich kann Euch aber versichern – und das ist vielleicht das Gute daran - dass ich Andreas Geering garantieren kann, dass wir den Bus nie verschrotten wollten. Wir haben nur festgestellt, dass wir nicht mehr alle Ersatzteile finden und dass wir nicht sicher sind, wie lange wir den Bus noch fahrtüchtig erhalten können. Aber es war nie die Absicht, dass wir ihn zum Schneidbrenner oder auf den Schrottplatz bringen. Es ist uns auch bewusst, dass der Trolleybus 101 ganz ein spezielles Objekt ist und erhalten werden soll. Wie, das können wir noch nicht sagen, aber ich kann Euch garantieren: Wir werden ihn nicht zerstören.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Es gibt noch eine zweite Fraktionserklärung, von Thomas Wolf (SVP), zum Thema Steuern.

Th. Wolf (SVP): Wie Sie wissen, hat die SVP-Fraktion in den vergangenen Jahren jede Steuererhöhung bekämpft und oft sogar Steuersenkungen gefordert. Wir haben nie obsiegt. Einzig im letzten Jahr ist es uns im Verbund mit der GLP, der FDP, der Mitte und der EVP gelungen, die massive Erhöhung, die von unserem Finanzminister vorgeschlagen wurde, abzuwehren. Wir haben im Verbund sogar einer Steuererhöhung zugestimmt, um Schlimmeres zu verhindern.

Die SP hat uns alle angegriffen, ein «Black Friday-Budget» hätten wir durchgedrückt, mit ganz schlimmen Folgen für die Stadt. Nun, die Stadt steht noch. Und siehe da, dieses Jahr wurde uns ein Budget ohne Erhöhung, also mit dem im letzten Jahr beschlossenen Steuerfuss, präsentiert. Also, geht doch, könnte man meinen. Wir von der SVP haben in einer ersten Reaktion sogar eine Steuersenkung besprochen. Aber dafür war dieses Jahr keine Mehrheit zu finden.

Und nun die überraschende Nachricht aus dem Kantonsrat: Die Finanzkommission beantragt eine Senkung des Steuerfusses von 100 auf 99%. Dahinter stehen die üblichen Verdächtigen: Die FDP, die Mitte und die SVP-Fraktion. Und zu meiner grossen Freude auch die GLP, die sich im Kanton freier geben kann als hier als Mitglied der progressiven Allianz.

Das freut mich, das freut uns alle auf dieser Seite und das lässt Hoffnung wachsen für ein ähnliches Vorgehen im nächsten Jahr in unserer Stadt.

Danke dafür. Und ich freue mich auf die erneute Zusammenarbeit und auch auf das gemeinsame Nachessen bei uns. Besten Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Weitere Fraktionserklärungen sind mir nicht bekannt, ebenfalls habe ich keine Kenntnis über den Wunsch nach einer persönlichen Erklärung.

Dringliche Interpellation

U. Hofer (FDP) betr. Fragen zur Zumiete von externen Büroflächen (GGR-Nr. 2021.94)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Interpellation, die ja am letzten Freitag noch im Versand war und die Sie alle hätten bekommen sollen. Wie bekannt ist es so, dass der Interpellant Urs Hofer jetzt kurz die Dringlichkeit begründen kann. Nachher werden wir über die Dringlichkeit abstimmen. Dafür braucht es eine Mehrheit der anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Und dann kann der Stadtrat entscheiden, ob er gleich Antwort darauf geben möchte. Falls er gleich Antwort gibt, kann man nach der mündlichen Antwort natürlich noch diskutieren.
Das Wort hat Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): *(ebenfalls nicht funktionierendes Mikrofon, Stadtrat Fritschi bringt seines)*

Der Service ist mir eine Ehre, danke, Stefan.

Ich begründe gerne die Dringlichkeit bei dieser dringlichen IP und vor allem die zugrunde liegenden Fragen. Da geht es ja um die Sicherstellung eines effizienten Umgangs mit den städtischen Ressourcen.

In wenigen Minuten wird der Budgetprozess starten, in dem nicht nur der effiziente Umgang mit den städtischen Ressourcen, sondern auch die Miet- und Sachkosten wichtige Themen bei der Beratung und für die Beschlussfassung sein werden. Es ist deshalb wichtig, dass wir die Antworten auf die Fragen haben, bevor wir final über das Budget abstimmen.

Und damit begründet sich eigentlich auch die Dringlichkeit.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Ich hoffe, das mit den Mikrofonen kommt heute noch besser, sonst haben wir dann eine kurze Debatte.

Aber jetzt müssen wir abstimmen, dafür brauchen wir eigentlich ja auch kein Mikrofon. Im Moment sind 55 Ratsmitglieder anwesend, das heisst die Mehrheit wäre 28.

Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Mit 32 Stimmen für die Dringlichkeit ist diese gegeben.

Möchte der Stadtpräsident die Frage gleich mündlich beantworten?

Stadtpräsident M. Künzle: Ja. Ich werde die Antworten auf diese Fragen geben, Kraft meines Amtes als Vorsitzender des stadträtlichen Betriebs- und Bau-Ausschuss Superblock, der sich mit solchen Quadratmeter-Geschichten befasst. Der Inhalt der Beantwortung ist aber von der ganzen Verwaltung, die da beteiligt ist, zusammengetragen worden.

Ich werde bei den einzelnen Antworten darauf verzichten, die Fragen jeweils noch vorzulesen. Ich gehe davon aus, dass Ihr diese Fragen vor Euch habt.

Frage 1: Die Miete setzt sich wie folgt zusammen: Die Nettomiete ist 214 Franken pro Quadratmeter mal 856 Quadratmeter, das macht eine jährlich wiederkehrende Miete von 206'400 Franken. Dazu kommt die Amortisation: Für den Mieterausbau ergibt sich eine Amortisations-

zahl von 113'232 – wiederkehrend während der nächsten zehn Jahre. Für die Möblierung/Umzug: Die Kosten für die Möblierung inklusive Umzug DSU/DSS betragen einmalig ca. 300'000 Franken.

Frage 2: Die Rückgaben der Büroflächen waren am 30.09.2021, ca. fünf Monate vorher angekündigt. Es betraf 119 Quadratmeter Büroflächen. Und der Grund ist eine Verbesserung des Kostendeckungsgrads. Gleichzeitig fand eine Redimensionierung statt vom Scan-Center und es wurde eine Flächenoptimierung im Steueramt umgesetzt.

Frage 3: Wir haben den Grundsatz, dass die Einheiten, die umziehen, ihre Möbel mitnehmen müssen. Möbel, die schon 2015 Occasionen waren, als wir in den Superblock gezügelt haben und Occasionsmöbel übernommen haben. Im Steueramt wurden alle Möbel in den 1. Stock gezügelt. Es wurden alle Möbel mitgenommen (es wurde unmöbliert übergeben), mit ganz wenigen Ausnahmen. Das DSS nutzt weiterhin den Superblock mit den Arbeitsplätzen, an denen sie bisher waren. Es gibt neue Arbeitsplätze, diese werden zusammen mit Einkauf und Logistik angeschaut. Einkauf und Logistik, die nicht mehr ein so grosses Lager haben mit Occasionsmöbeln, die dort eigentlich Lagerplatz einsparen wollen. Und das DSO hat neue Arbeitsplätze. Die neuen Arbeitsplätze werden in der Fläche Schützenstrasse modern ausgerichtet sein. Sie müssen herhalten können für moderne Formen wie z.B. DeskSharing. Das braucht andere Arbeitsplätze als wir sonst haben.

Es gilt also der Grundsatz, die bisherigen Möbel mitzunehmen. Wie gesagt, es braucht an der Schützenstrasse aber auch moderne Arbeitsplätze. Das sind Standardpults, Laptops, Dockingstationen und Bildschirme, die in einem DeskSharing-System genutzt werden.

Frage 4: Ja, es wurden umfangreiche Varianten geprüft, sowohl im stadträtlichen Betriebs- und Bau-Ausschuss Superblock wie dann auch nachher im Stadtrat. Wir haben diverse Varianten angeschaut. Tatsache ist, dass wir den Flächenbedarf haben. Wir machten 2019 eine Umfrage bei den Departementen, bei der man uns den Flächenbedarf bis ca. 2025(?) melden musste, um diese Büroflächenplanung machen zu können. Wir haben die verschiedensten Flächenbedürfnisse dank Massnahmen der Innenverdichtung befriedigen können ohne zusätzliche Quadratmeter, z.B. bei der Baupolizei, beim Amt für Städtebau und teilweise auch beim DSO. Die Restfläche im 4. OG – inklusive der zurückgegebenen Fläche Grundsteuern – beträgt ca. 350 m². Dem gegenüber steht ein Flächenbedarf von ca. 850 m² an der Schützenstrasse. Der Bedarf ist also einiges grösser für die neue Schulpflegeorganisation, Umstrukturierung Personalwesen im DSS und DSO betreffend Ausbau Sozialbetreuung (Stichwort: Falllast 75). Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass durch die Zentralisierung im Bereich der Schule jetzt dezentral 370 m² Bürofläche und eine 3-Zimmer-Wohnung freiwerden, wobei dafür bereits ein Bedarf von der Schule für Gruppenräume und von der Schulerghänzenden Betreuung angemeldet wurde. Es wird auch da darauf geachtet, dass der zukünftige Arbeitsprozess effizient und kundenorientiert abläuft. Seit dem Bezug des Superblocks sind jetzt sieben Jahre vergangen. Wir zogen 2015 ein. Die ganzen Berechnungen, die wir hatten für die Flächen, die wir brauchen, fanden 2008 statt. Im Verlaufe dieser Zeit wurden ca. 850 m² Geschossfläche durch Informatikdienste, Steueramt und drei grosse Sitzungszimmer belegt. Die noch nicht fertig ausgebauten Restflächen von ca. 200 m² wurden in den letzten vier Jahren v.a. für das Rollout der neuen Informatikmittel, Betriebssystemwechsel, Umrüstung Arbeitsplätze auf Laptops und Testphase Implementierung der Servicezone Drucker als Aufarbeitungsarbeitsflächen genutzt. In der Corona-Zeit wurde diese Restfläche als Ausweichfläche für Besprechungen unter Einhaltung des Schutzkonzepts genutzt. Ebenso bestand eine Anfrage für Raumbedarf für das Contact-Tracing des Schulärztlichen Dienstes. Dieser Bedarf ist aufgrund der Grossraumfläche jedoch dann andersweitig gelöst worden. Und in der freien Zeit wird die Restfläche von ca. 200 m² für verschiedene interne Zwecke wie Möbelzwischenlagerungen bei internen Umzügen genutzt.

Frage 5: Es wurde bei dieser Flächenexpansion vertieft mit departementsübergreifenden Varianten gearbeitet. Ich verweise nochmals auf den Betriebs- und Bau-Ausschuss, der alle diese Quadratmeterbedürfnisse zusammenträgt und wir dann schauen, wo wir das möglichst mit Innenverdichtung lösen können. Und wenn das mit Innenverdichtung nicht möglich ist, wollen wir natürlich nahe beim Superblock bleiben.

Frage 6: Im Superblock verfügen rund 90% der Arbeitnehmenden über einen fixen Arbeitsplatz. Bei der Planung des Superblocks wurde der Grundsatz der Hauptnutzfläche 2 von 14 m² pro Mitarbeitenden festgelegt. Dieser Grundsatz gilt immer noch. Wir dürfen aber feststellen, nachdem wir eine neuere Analyse gemacht haben, dass wir momentan bei 13,2 m² pro Mitarbeitenden sind. Der Stadtpräsident hat sogar noch weniger Quadratmeter. Und wir haben in den vergangenen Jahren bereits mit Innenverdichtung gearbeitet.

Frage 7: Die Stadt hat diesen Sommer eine Vorstudie zu neuen Arbeitsmodellen gemacht. Im Hintergrund ist natürlich die aktuelle Situation, über die man sich Gedanken macht. Wir werden in der nächsten Zeit einen stadträtlichen Beschluss fassen, wie es weitergeht mit diesem Projekt Arbeitsmodelle. Das Resultat wird danach selbstverständlich über die interne Kommunikation auch veröffentlicht. Die Erwartung an mögliche Platzeinsparungen dank neuen Arbeitsmodellen dürfte – insbesondere mit Rücksicht auf den erfahrungsgemäss weiter zunehmenden personellen Ressourcenbedarf als Stadtverwaltung bei einer wachsenden Stadt – nicht einfach so stattfinden. Natürlich haben wir die Hoffnung, dass wir für diese Quadratmeterzahlen etwas hinbringen, aber sicher ist das nicht. Themen bei diesen Arbeitsplatzmodellen sind sicher HomeOffice, sicherlich DeskSharing, wo man etwas davon erwarten darf. Es bedeutet aber auch, wenn man solche Formen einführt, dass die Arbeitsplätze erhöhte Anforderungen haben (die dann zur Verfügung stehen und die dann allenfalls wählbar sind). Aber so weit sind wir noch nicht, Das wird dieses Projekt dann ergeben. Aus spezifischer Sicht der Schule ist davon auszugehen, dass die gesamte städtische Schulverwaltung für Schulen, Eltern und Kinder jederzeit verfügbar und zugänglich sein muss und sich daher auch nur beschränkt für neue Arbeitsplatzmodelle eignet. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass mit der bevorstehenden Neuorganisation der Schulverwaltung Fremdmieten wegfallen und im Speziellen auch der daraus anfallende Raumbedarf kompensiert werden muss. Schliesslich ist der Mehrbedarf an Arbeitsplätzen bei den Sozialen Diensten für die kommenden Jahre ausgewiesen und lässt sich nicht einfach mit neuen Arbeitsmodellen kompensieren. So rechnet SKOS in einem aktuellen Analysepapier zur Corona-Pandemie und ihren Folgen bis 2022 schweizweit mit einem Anstieg der Sozialhilfe um rund 21% im Vergleich zum Stand 2019. Und für die betroffenen Organisationseinheiten ist es unabdingbar, dass man diese zusätzlichen Mietflächen, die wir jetzt dazugemietet haben, ab Frühjahr 2022 belegen können. Also die Flächenplanung der Stadtverwaltung ist auf einen Zeithorizont bis 2030 ausgelegt. Und zusätzlich wird bei einem zukünftigen Flächenbedarf weiterhin der Fokus auf Innenverdichtung und auf neue Arbeitsplatzmodelle gelegt. Die Laufzeit von zehn Jahren für diesen Vertrag macht für einen Gewerbemietvertrag grundsätzlich Sinn und ist auch branchenüblich. Die Stadt plant – wenn es nötig ist – Ansiedlungen in unmittelbarer Nähe des Superblocks. Die Laufzeit hat auch einen Einfluss auf den Mietzins. Der Mieterausbau wird durch die Vermietlerin finanziert und über den Mietzins verrechnet. Und wenn der Mietvertrag in der Laufzeit gekürzt würde, wird der Mietzins entsprechend höher. Auch ist anzumerken, dass die Stadt Winterthur in verschiedener Hinsicht dynamisch unterwegs ist. Nicht zu knapp bemessene Büroflächen gewährleisten der Stadt Winterthur auch immer einen kleinen Spielraum bei kurzfristigen oder unvorhersehbaren Veränderungen. Es macht Sinn, die Mietgelegenheiten auch in Bezug auf die Lage der Räumlichkeiten zusammenhängend zu realisieren, statt in Etappen immer kleine und nicht zusammenhängende Flächen zu mieten. Und in diesem Zusammenhang sei auch noch gleich erwähnt, dass in naher und mittlerer Zukunft im Gebäude teil der AXA keine verfügbaren Leerflächen zu erwarten sind.

Kurz zusammengefasst: Wir brauchen jetzt mehr Quadratmeter, wir haben zugemietet. Wir haben ein Projekt neue Arbeitsmodelle gestartet. Und diese beiden gehen zeitlich nicht miteinander auf und deshalb haben wir diese Mietflächen dazumieten müssen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank für die Beantwortung. Bevor wir zur inhaltlichen Diskussion gehen, noch eine kurze Information bezüglich der Mikrofone. Die Mikrofone, Ihr habt es gemerkt, haben vorhin teilweise nicht gleich sofort funktioniert. Das liegt daran, dass sie teilweise im Sleep-Modus sind. Das heisst, wenn Ihr das Mikrofon das erste Mal braucht: Wenn Ihr draufdrückt, dann werden sie zuerst rot. Da müsst Ihr kurz einen Moment Geduld haben, nachher werden sie entweder weiss oder grün. Wenn sie weiss werden, müsst Ihr

nochmals draufdrücken, dann werden sie grün. Wenn sie gleich von Anfang an grün werden, könnt Ihr gleich sprechen. Also einfach ein bisschen Geduld, es sollte dann funktionieren. Das als Information.

Jetzt aber wieder zurück zur inhaltlichen Diskussion. Das Wort hat nochmals der Erstinterpellant Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Zunächst besten Dank für diese relativ ausführlichen Antworten. Ich glaube, sie waren in diesem Fall mündlich sehr ausführlich und aufschlussreich.

Wir beurteilen das Ganze aber nach wie vor kritisch. Ich kann vorwegnehmen, dass wir von diversen Leuten aus der Bevölkerung darauf angesprochen wurden. Der Ausbau ist zu einer Zeit, in der sonst die Arbeitswelt auf einen Abbau der Büroflächen tendiert.

Du hast ganz viele Informationen geliefert. Ich werde naturgemäss nur ein paar davon herauspicken können.

Beginnen wir bei der Nettomiete: 240 pro Quadratmeter dünken mich relativ viel für einen Rohausbau, wenn der Weiterausbau substanzielle Kosten hat. Ich weiss das auch, ich bin geschäftlich auch zur Miete in einem Büro.

Dann aber zum Kern: 90% haben einen fixen Arbeitsplatz, und das – man hat es auch gerade erst kürzlich gehört und gelesen – bei sehr vielen Krankheitsabsenzen, bei HomeOffice und Corona. Das dünkt mich eben nicht ein modernes Arbeitsplatz-Bild. Man hat da nicht die positiven Dinge, die man von Covid lernen konnte, mitgenommen. Da muss man sich schon Gedanken machen als Stadt, denn wenn man das vergleicht mit der Privatwirtschaft, dann haben alle diese Grossbanken (auch in Winterthur einige) das umgesetzt und bauen Büroflächen ab, trotz Wachstum im Personalbestand. Es wäre also möglich, wenn man nicht so träge wäre und etwas schneller reagiert hätte. Es ist möglich.

Deshalb befriedigt mich diese Antwort nicht. Auch nicht, dass man sagt, die neuen Arbeitsplatzmodelle seien nicht geeignet. Es wäre grundsätzlich für jeden möglich zu arbeiten, wenn er irgendwo einen Arbeitsplatz hat, man gewöhnt sich durchaus daran.

Und zur Laufzeit: Erstens sehe ich das nicht, dass der Mietpreis dann besonders günstig wäre. Und meines Wissens wären 2 x 5 Jahre (also fünf Jahre mit Verlängerungsoption) branchenüblich.

Soviel vorweg. Hauptkritikpunkt Arbeitsplatzmodell – ich glaube, da hätte man schneller mehr ziehen können aus HomeOffice und den positiven Erfahrungen, die man aus Covid ziehen konnte. Besten Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Gibt es noch von anderen Gemeinderatsmitgliedern den Wunsch, etwas zu sagen? Das Wort hat Roli Kappeler (SP).

R. Kappeler (SP): Ich danke dem Stadtpräsidenten ganz ausdrücklich für diese sehr ausführliche und differenzierte Antwort. Bevor ich auf das Votum von Urs Hofer und seine Unzufriedenheit komme, kann ich es mir allerdings nicht verkneifen, noch einen Kommentar zur Fragestellung abzugeben. Insbesondere der letzte Satz «Die Dringlichkeit liegt darin begründet, dass es für den anlaufenden Budgetprozess relevant ist» - das kam mir schon ein bisschen in den falschen Hals. Das ist ganz einseitig nur eine Dringlichkeit aus Sicht der FDP und keine Dringlichkeit aus irgendwelcher Ratssicht. Offenbar will die FDP dem Gemeinderat ihre Agenda, ihr Tempo, ihren Fahrplan aufzwingen. Das ist nicht nur dieser Interpellation anzusehen, sondern u.a. auch den vier Budgetanträgen, die jetzt im Drehbuch stehen. Wo wir in drei Wochen Kommissionsarbeit nichts davon gehört haben und die diese Woche einfach hereinkamen. Das ist einfach schlechter Stil, so zu arbeiten. Wir arbeiten zusammen als Parlamentarier in den Kommissionen und dann kommt eben die FDP letzte Woche mit vier Anträgen und dieser Interpellation, bei der man dann noch warten kann, was jetzt heute noch aus dem Hut gezaubert wird. Ich frage mich schon, ob das wirklich der Stil ist von einer Partei, die sich neu wieder mit zwei Stadträten beteiligen möchte bei der Verantwortung der Exekutive. Mir kommt das sehr – Entschuldigung – piratenhaft vor.

Inhaltlich gibt es absolut keine Dringlichkeit, das hat der Stadtpräsident klar dargelegt. Die Verträge sind abgeschlossen, sie sind auf zehn Jahre abgeschlossen. Und es wurde auch

jetzt aus der Antwort heraus klar, dass der Bedarf nicht jetzt einfach innerhalb von einigen Monaten aufgetaucht ist. Aber jetzt umgekehrt auch nicht die Arbeitsplatzmodelle innerhalb von ein paar Monaten angepasst werden können.

Ich glaube, bei der Unzufriedenheit von Urs Hofer mit den Antworten, da ist einfach ein grosser Denkfehler drin: Wenn er zum Beispiel Zimmer nimmt, so ist einfach ein Industriebetrieb nicht zu vergleichen mit einer städtischen Verwaltung. Wir haben einen Service Public, wir haben gerade in diesen zwei Departementen, wo wir neuen Raumbedarf brauchen, im Schul- und Sport-Departement und im Departement für Soziales, sehr viel Publikumskontakt. Und die erwarten Präsenz von der Stadt und sind nicht zufrieden nur mit HomeOffice, weil man halt zu wenig Büroflächen hat. Da muss man ganz klar sagen: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Und sonst gibt es inhaltlich nichts mehr zu sagen. Danke.

F. Kramer-Schwob (EVP): Zuerst auch kurz zur Interpellation an sich. Als Parlament haben wir bei Weitem nicht in alles einen Einblick. Das müssen wir auch nicht: Vieles ist operativ und muss uns gar nicht weiter kümmern. Manchmal poppt aber irgendwo etwas auf, das Erklärungsbedarf auslöst. Und damit vielleicht dann auch in den Kompetenzbereich des Parlaments fällt. Dann fängt das Parlament an nachzufragen, vor allem in den Kommissionen. Und im Gegensatz zu Roli finde ich, dass wir das gemacht haben, auch in den letzten Sitzungen. Wir fragten, weshalb der Stadtrat das gemacht hat, ob es vielleicht auch anders gegangen wäre, ob es Zahlen dazu gibt. Und sehr oft kommen auf solche Fragen fundierte und überzeugende Antworten von der Verwaltung und die Sache ist erledigt. Das gab es im Rahmen dieses Budgets in anderen Bereichen durchaus auch.

Manchmal – und aus meiner Sicht geht es da eher um einen solchen Fall – wird durch die Rückfragen in den Kommissionen die Sache einfach nicht durchsichtig. Es kam nicht wie erwartet zur Erklärung, sondern es gab immer mehr Fragen. Und deshalb sind wir froh um die Antwort, die heute Abend gemacht wurde.

Ganz kurz zum Inhalt der Antworten: Wir sind sehr froh zu hören, dass die Möbel von den Abteilungen mitgenommen werden. Wir hatten da schon ein bisschen Angst, dass da ein wichtiger Aspekt – nicht nur beim Sparen, sondern auch beim CO₂ - vernachlässigt wird, wenn man da Möbel kaufen und wieder verkaufen würde. Wir sind sehr froh, dass da auch dem CO₂ Rechnung getragen wird und dass das berücksichtigt wird.

Und natürlich ist es uns als EVP sehr wichtig, dass das Publikum – gerade im DSO – Zugang hat via Schalter. Und natürlich unterstützen wir die Schaffung der neuen Schulpflege und hoffen, auch selbst einen Schulpfleger stellen zu können. Wir können schon jetzt sagen, dass unser EVP-Schulpflegekandidat kein protziges Büro brauchen wird, so einer ist er nämlich nicht. Und deshalb finden wir schon auch immer noch, dass die Kosten für den Mieterausbau und die Möblierung an der oberen Grenze sind.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die geforderte Arbeitsplatzreduktion lässt sich einfach nicht 1:1 realisieren. Erstens setzt das voraus, dass dann wirklich zwei Personen dort 50% arbeiten und wirklich genau jeweils zur anderen Zeit im HomeOffice sind als der Büopartner. Es ist also nicht so einfach und genau dann braucht es zusätzliche Fläche, damit das ganze Team sich doch wieder einmal treffen kann. Und das führt wie gesagt eben dazu, dass man diese Reduktion nicht 1:1 umsetzen kann.

Und dann stellt sich für mich einfach noch eine Frage, die wir wirklich klären müssen: Will denn die Bevölkerung überhaupt, dass städtische Angestellte ihre hoheitlichen Tätigkeiten an ihrem Küchentisch tätigen? Und diese Frage ist für mich noch offen.

Stadtpräsident M. Künzle: Vielen Dank für diese Rückmeldungen. Wir haben ein gewisses Verständnis für diese Diskussionen, wenn man sieht, in welcher Zeit wir leben und was andere Unternehmungen machen.

Vielleicht nur eine kurze Entgegnung zu 2-3 Punkten, die gekommen sind. 240 Franken pro Quadratmeter, das haben unsere Immo-Fachleute als marktüblich beurteilt an dieser Lage. Zu den 90% Arbeitsplätzen, die fix sind, da sagte ich schon, dass da ein Projekt läuft, damit wir grundsätzlich überprüfen können, ob man daran etwas ändern soll.

Dass andere grosse Unternehmen schneller sind: Okay. Wir sind vor sieben Jahren in den Superblock gezügelt (2015). Dem voraus ging ein intensiver Prozess: Fokus (vielleicht erinnern Sie sich noch daran). Das Projekt Fokus verlief nicht immer so glimpflich, wir sind dann generalstabsmässig in den Superblock eingezogen. Aber vorher hatten wir mit unseren Mitarbeitenden doch ziemliche Diskussionen. Das darf man nicht unterschätzen: Sie kamen dort an einen neuen Ort. Die Leute mussten ihre eigenen Büros aufgeben. Und wenn wir dann den nächsten Schritt machen würden, dann müssen sie ihre eigenen Arbeitsplätze aufgeben. Da ist das ganze Change Management nicht zu unterschätzen. Und da wollen wir nicht husch, husch irgendwelche Entscheidungen fällen, sondern das muss man gut vorbereiten, damit man dann auch ans Ziel kommt. Besten Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Damit ist die Dringliche Interpellation erledigt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zur Traktandenliste für diese und die nächste und allenfalls die übernächste Woche. Die Änderungen wurden bereits kommuniziert.

Wie im Mail vom Freitag informiert, werden die Traktanden 3 und 4 gemeinsam und ohne Diskussion behandelt. Es wird dann getrennt abgestimmt, aber die Behandlung findet gemeinsam statt.

Das Traktandum 7 wird erst am 6. Dezember behandelt werden.

Die Traktanden 13 – 15, das sind die Interpellationen zum Thema Quartiere stärken, werden wie bereits mehrfach kommuniziert zusammen behandelt werden.

Weitere Änderungswünsche sind mir nicht bekannt. In dem Sinne ist die Traktandenliste mit diesen Anpassungen so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 14./15. Sitzung

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zum Protokoll der 14. und 15. Sitzung. Gibt es dazu noch Bemerkungen? Dem ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist das Protokoll der 14. und 15. Sitzung genehmigt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2021.91: Wahl eines Mitgliedes in die Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen H.R. Hofer (SVP)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wahl eines Mitgliedes in die Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen Hansruedi Hofer (SVP). Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Ihnen vor: Christian Hartmann (SVP).

Es gibt noch einen Kommentar zu sagen: Die Amtstätigkeit im Stiftungsrat der Arnold Schenkel-Stiftung hat keine Amtsdauer, sie ist nach Stiftungsurkunde unbeschränkt. Und deshalb wählen wir einfach Christian Hartmann bis auf Weiteres.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es eine Vermehrung der Vorschläge? Dem ist nicht der Fall. In diesem Fall habt Ihr Christian Hartmann (SVP) als Mitglied in die Arnold Schenkel-Stiftung gewählt. Dir, Christian, viel Vergnügen und Freude im neuen Amt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2021.76: Erlass einer Verordnung Parkieren Winterthur

und

4. Traktandum

GGR-Nr. 2021.77: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Parkieren Winterthur

Ratspräsidentin M. Sorgo: Nr. 21.76 Erlass einer Verordnung Parkieren Winterthur und 21.77 Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Parkieren Winterthur. Die beiden Vorlagen werden zusammen durch den Kommissionsreferenten vorgestellt. Wie gesagt ist danach eigentlich keine Diskussion geplant. Wir werden dann natürlich einzeln über die Anträge abstimmen. Das Wort hat der Kommissionsreferent Martin Zehnder.

M. Zehnder (SSK): Die zwei Geschäfte 2021.76 «Verordnung Parkieren Winterthur» und 2021.77 «Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur» hängen vom Themengebiet zusammen und ich möchte deshalb gleich beide Geschäfte in einer Präsentation vorstellen. Am 12. August 2020 hat der Stadtrat vom Fehlen einer ausreichend spezifischen Verordnung des Eigenwirtschaftsbetriebs «Parkhäuser und Parkplätze» Kenntnis genommen. Basierend auf dieser Grundlage wurden diverse Abklärungen vorgenommen. Nebst einer Kostenanalyse wurden auch die anfallenden Kosten einer möglichen Auslagerung des Betriebes «Parkhäuser und Parkplätze» untersucht.

Schliesslich wurden Abklärungen zu einer möglichen Zentralisierung des Betriebs aller städtischen Parkplätze getroffen. Gestützt auf die durchgeführten Analysen wurde ersichtlich, dass vordringlich eine genügende Rechtsgrundlage für den Eigenwirtschaftsbetrieb «Parkhäuser und Parkplätze» geschaffen werden soll.

Mit dieser neuen Verordnung «Parkieren Winterthur» soll für den bestehenden Eigenwirtschaftsbetrieb eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. und der bestehende Eigenwirtschaftsbetrieb «Parkhäuser und Parkplätze» wird in «Parkieren Winterthur» umbenannt. Schliesslich wird mit dem Erlass dieser Verordnung eine Möglichkeit geschaffen, Gewinn und beschränkt auch Reserven zugunsten des steuerfinanzierten Haushalts der Stadt Winterthur zu entnehmen.

Neu soll auch der Betrieb von Velostationen in den Eigenwirtschaftsbetrieb integriert werden. Dadurch kann ein Synergiepotential bei den Parkhäusern geschaffen werden werden. Um weitere Kosten zu sparen, sollen die Velostationen künftig automatisch betrieben werden. Die Stadt Winterthur betreibt durch das Departement Soziales an zwei Standorten die Velostationen Stellwerk und Gleis 3.

Durch die Fertigstellung der Personenunterführung Nord und der verbundenen Velostation Rudolfstrasse sowie dem Rückzug des Departement Soziales aus dem Betrieb der bestehenden Velostationen ist eine Übernahme des Betriebs aller Velostationen per 1. Januar 2022 durch die Abteilung «Parkhäuser und Parkplätze» vorgesehen.

In Projektarbeiten mit grosser Abhängigkeit zum Strategie-Projekt «Veloparkierung rund um den Bahnhof» sind Massnahmen und Rahmenbedingungen für den Betrieb der Velostationen festgelegt worden.

Nachfolgende Ziele dienen der Kundenfreundlichkeit der Velostationen:

- Hohe Attraktivität durch die Lage in Bahnhofsnähe, Sauberkeit, Ordnung, personelle Präsenz und Sicherheit durch Videoüberwachung;
- zusätzlich soll der Zugang rund um die Uhr mit Swissspass möglich sein;
- Gebührenmodell soll festgelegt werden (im Vergleich mit anderen Städten im Mittel);
- praktische und kundenfreundliche Handhabung beim Parkieren der Velos.

Durch die Integration der Velostationen in den Eigenwirtschaftsbetrieb «Parkhäuser und Parkplätze» kann auf ein Synergiepotential bei den Parkhäusern zurückgegriffen werden. Um weitere Kosten zu sparen, sollen die Velostationen künftig automatisch betrieben werden.

Gemäss derzeitigem Kenntnisstand ist von jährlichen Betriebskosten von rund 275'000 Franken auszugehen. Durch die Beschaffung von automatisierten Lösungen und die Übernahme einzelner Aufgabengebiete durch eine externe Partnerorganisation sind gegenüber der heutigen Organisation Einsparungen möglich. Die vom Stadtrat zu beschliessenden Tarife sollen sich im Mittel der Schweizer Tarife befinden. Damit kann – ebenfalls nach heutigem Kenntnisstand – davon ausgegangen werden, dass die Betriebskosten (ohne kalkulatorische Kosten der Immobilien) gedeckt werden können.

In der Produktgruppe, die Ihr auch im Budgetbuch seht, finden sich die Produkte «Parkhäuser (Altstadt)», «Parkgaragen» und «Parkplätze», welche ohne Änderung in der neuen Produktgruppe übernommen werden.

Das Produkt «Parkleitsystem» wird ins Departement Bau wechseln.

Das 5. Produkt «Dienstleistungen» bleibt das 5. Produkt, und das neu geschaffene Produkt «Velostationen» kommt an 4. Stelle zu stehen.

Anhand des Drehbuches sehen wir, dass es Änderungsanträge in der Weisung hat. Ich stelle zuerst diese Weisung vor, bevor ich dann die Verordnung und deren Artikel genauer präsentiere.

Die Weisung hat in ihrer ursprünglichen Fassung drei Anträge. In der Diskussion der vorbereitenden Kommission hat sich ergeben, dass im Antrag 3 eine Vermischung von Aufgaben, die im Kompetenzbereich des Stadtrates liegen, und Aufgaben, die im Kompetenzbereich des Gemeinderates sind, stattgefunden haben.

Aus diesem Grund wurde der ursprüngliche 3. Antrag in zwei neue Anträge aufgeteilt. Die hier eingeblendeten Anträge 3 und 4 werden nun so von der SSK zur Annahme empfohlen. Der Antrag 3 regelt die Benennung der Produktgruppe und verlangt die Anpassung der Finanzhaushaltsverordnung.

Im Antrag 4 werden die Produkte nur noch zur Kenntnis genommen, die Reihenfolge und Benennung steht im Kompetenzbereich des Stadtrates.

Nun also zur Verordnung und der Beratung in der Kommission:

Artikel 1 Abs. 2 lit. c wurde eingehend geprüft und es wurden auch Anträge zur Änderung gestellt. Diese konnten aber keine Mehrheit finden, womit der ganze Artikel ohne Änderung dem Gemeinderat zur Annahme empfohlen wird.

Zur Artikel 2 möchte ich erwähnen, dass hier die Velostationen verankert sind. Dieser Artikel und auch Artikel 3 gaben in der Kommission keine weitere Arbeit.

Für den Artikel 4 hat sich die Kommission für einen Zusatz entschieden, der wie hier abgebildet in roter Schrift hervorgehoben ist. Ich lese den Abschnitt vor.

«3 Der Stadtrat setzt in einem speziellen Erlass (Tarifordnung) alle Taxen, Pauschalen und Entschädigungen fest. Diese stehen in einem angemessenen Verhältnis zum objektiven Wert der Leistung (Äquivalenzprinzip). Bei den Velostationen muss der Kostenaufwand nicht zwingend gedeckt sein.» Der Antrag, wie er hier steht, wurde in der SSK angenommen.

Die Artikel 5 bis 8 regeln operative Gegenstände, welche in der Kommission keinen Grund zu kontroversen Diskussionen geliefert haben.

Der Artikel 9 wurde in mehreren Sitzungen mit verschiedenen Anträgen intensiv verhandelt.

Die Kommission schlägt dem Gemeinderat die hier eingeblendete Version vor:

«Art. 9 Gewinn- und Reserveentnahme

1 Die Gewinn- und Reserveentnahme zugunsten des allgemeinen Steuerhaushalts werden vom Stadtparlament festgelegt.

2 Vom jährlichen Gewinn dürfen maximal 90% entnommen werden.

3 Die Betriebsreserve darf den Anschaffungswert des Anlagevermögens nicht unterschreiten». Der Artikel wurde so, wie man ihn hier lesen kann, in der SSK angenommen.

Der Artikel 10 regelt den Zeitpunkt der Gültigkeit.

Artikel 11 war eine richtige Knacknuss. Die Kommission hat hier wohl die längste Zeit verhandelt. Sowohl die Höhe der Gewinnentnahme bis 90% wie auch die Reserveentnahme von 2 Millionen jährlich musste sich erst aus verschiedenen Anträgen und Abstimmung innerhalb der Kommission beweisen. Die hier vorgeschlagenen Zahlen haben in der Kommission jeweils eine Mehrheit gefunden und werden dem Gemeinderat jetzt zur Annahme empfohlen. Ich verzichte darauf, alles vorzulesen.

Als Übersicht zu den verschiedenen Zahlen habe ich diese Folie vorbereitet: Wir haben zurzeit Reserven von ca. 20 Millionen in der Kasse. Bis zu einer Mindestreserve von 5.4 Millionen darf der Gemeinderat pro Jahr maximal zwei Millionen entnehmen.

Die Gewinnentnahme muss laut Gemeindeamt beschränkt werden, was in der Kommission zwar mit vielen Bemerkungen hinterfragt wurde und auch zu Änderungsanträgen geführt hat, aber die Mehrheit ist zum Schluss gekommen, dass die Höhe von 90% eine akzeptierbare Deckelung darstellt.

Somit sind wir jetzt auch bei der zweiten Weisung angekommen. In der Weisung 2021.77 wird der Übertrag aus dem Eigenwirtschaftsbetrieb in den steuerfinanzierten Haushalt für das Jahr 2022 beantragt.

Die Kommission hat schon in vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass eine solche Weisung verlangt wird, und so sind denn auch keine essenziellen Änderungsanträge zum vorliegenden Papier eingegangen. In Sinne einer Vereinheitlichung hat die Kommission einer Gewinnentnahme von 90% im Jahr 2022 zugestimmt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Wie schon erwähnt, sind diese Geschäfte ohne Diskussion geplant.

Schliesst sich der Stadtrat diesen Anträgen der Kommission an?

Stadträtin K. Cometta: Ja.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Der Stadtrat schliesst sich den Kommissionsanträgen an.

Wir gehen zur Abstimmung und Bereinigung. Zuerst werden wir die Verordnung bereinigen, so wie Sie auch auf dem Kommissionsbeschlussblatt alle relevanten Anträge haben. Danach werden wir bei der Weisung 21.76 noch über die einzelnen Ziffern abstimmen. Danach stimmen wir noch über die Weisung 21.77 und dort auch noch über den Antrag ab.

Zur Verordnung:

Art. 1 – 3: Keine Anträge bekannt.

Art. 4 Abs. 1 – 2: Unverändert.

Art. 4 Abs. 3: Anpassung, wie es vorhin vom Kommissionsreferenten erklärt wurde.

Wer dieser Anpassung zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Dann ist das einstimmig so angenommen.

Art. 4 Abs. 4: Unverändert.

Art. 5 – 8: Keine Anträge.

Art. 9 Abs. 1: Da gibt es einen Antrag, wie er vorhin vorgestellt wurde.

Wer diesen Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Art. 9 Abs. 2 und 3: Neu, wurden auch vorgestellt.

Wer dem Absatz 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Wer dem Absatz 3 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Art. 10: Kein Antrag.

Art. 11: Abs. 4 wird zu Abs. 1. Wer dem so zustimmen möchte, soll das ebenfalls bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist nicht der Fall.

Art. 11 Abs. 1 und 2 werden neu zu Abs. 2 und wurden auch vom Referenten vorgestellt.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Das ist auch hier nicht der Fall. In diesem Fall ist die Verordnung, wie von der Kommission vorgeschlagen, bereinigt angenommen worden.

Wir kommen noch zur Weisung 2021.76.

Wer Ziffer 1 der Weisung zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist nicht der Fall und das wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Wer der Ziffer 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist nicht der Fall, es ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Die geänderte Weisungsziffer 3, wie sie vom Referenten vorgestellt wurde: Wer dieser zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist nicht der Fall, auch das ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Die Weisungsziffer 4 ist neu. Wer dieser zustimmen möchte, wie sie vorgestellt wurde, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen? Enthaltungen?

Auch das ist nicht der Fall.

Die Weisung 2021.75 wurde mit allen Ziffern einstimmig angenommen.

Wir kommen noch zur Weisung 21.77. Da müssen wir nur noch ein Mal abstimmen. Wie es vorgestellt wurde, geht es nicht mehr auf 100%, sondern auf 90%. Diese Zahl wird angepasst.

Wer dem so zustimmen möchte, wie es von der Kommission vorgeschlagen ist, soll das auch noch bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

In dem Fall sind wir da schon durch: Auch diese Weisung wurde einstimmig angenommen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2021.88: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe

Ratspräsidentin M. Sorgo: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Das Wort hat der Kommissionsreferent Markus Nater.

M. Nater (BBK): Wie jedes Jahr haben wir die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur an die Stadt, auch für das Budget 2022. Es ändert sich normalerweise nicht viel. Dieses Jahr haben sich jetzt zwei Punkte geändert. Zum einen wurde die Verordnung über die Abgabe von Gas angepasst im August durch den Gemeinderat. Dadurch kann man maximal 30% vom Umsatz beim Gashandel und beim Gasnetz abführen. Das andere, das neu dazu kommt, ist die erhöhte Vergütung 2022 an den Steuerhaushalt, weil der städtische Haushalt

wegen der Corona-Pandemie stark belastet wurde. Das sieht man in der Spalte ganz rechts, die temporäre Erhöhung 2022 mit den 3 Millionen. Die Gesamtvergütung, die vom Stadtrat vorgeschlagen wird, sind die 14.7 Millionen.

Bei dieser Folie wird gezeigt, von wo das kommt. Der grösste Posten ist immer noch die Verteilung Elektrizität mit 5.5 Millionen Franken. Beim Stromhandel haben wir einen kleinen Anstieg von 1 auf 2%, beim Gashandel haben wir von 10 auf 12.3% (das ist jetzt eben neu möglich, weil die Verordnung vorher bei 10% limitierte). Und bei der Verteilung Gas ging man von 10% auf 30%, bei der Fernwärme von 9 auf den Höchstwert von 10%.

Vorher hatten wir die Prozentzahlen, jetzt sieht man, wie das genau aussieht im Budget 2022. Man sieht den klaren Anstieg beim Gashandel, einerseits auf dem Gasnetz, wo wir jetzt eine Abgabe haben von 30%, und dann auch den Anstieg von 1.5 Millionen, der vom Gasverkauf kommt. Die Fernwärme ist auch leicht erhöht. Auf der anderen Seite ist beim Strom eine kleine Reduktion gegenüber dem Budget 2021, aber im Total kommt man auf die 14.7 Millionen Franken.

Bei ARA, Wasserversorgung und KVA darf man keine Abgaben entrichten. Bei Energie-Contracting, Erneuerbare Energien, Beteiligungen, Telekom wird nichts entrichtet. Dann bleibt noch die Fernwärme, Gasverkauf, das Gasnetz, Stromnetz und Stromverkauf, welche diese Abgaben dann offiziell leisten werden.

Bei der Fernwärme, beim Gasnetz und beim Stromnetz sind wir nach der finanziellen Vergütung an die Stadt immer noch im positiven Bereich. Beim Gasverkauf und Stromverkauf sind wir dann im negativen Bereich.

Beim Gas werden wir sicher noch Diskussionen haben, deshalb gehe ich da noch kurz näher darauf ein. Der Gasverkauf ist im Moment sehr volatil, da in den letzten paar Monaten der Gaspreis auf fast das Doppelte angestiegen ist. Und deshalb sieht man dort auch die 66 Millionen Reserven im Budget 2021 gegenüber den 56 Millionen im Budget 2022. Der eine Teil ist eben der volatile Gaspreis, der andere Teil sind diese Abgaben bzw. die finanzielle Vergütung.

Das andere, das man sieht beim Gasverkauf: Ende 2020 hatten wir einen Umsatz von 30 Millionen beim Gas. D.h. wir haben noch ca. den zweifachen Jahresumsatz als Reserve in diesem Eigenwirtschaftsbereich drin. Beim Gasnetz sieht es noch besser aus, dort hat man Ende 2020 noch einen Eigenfinanzierungsgrad von 170%.

Die SVP wird einen Antrag stellen zur Streichung der temporären Vergütung. Sie wird den Antrag so stellen, dass sie 3 Millionen weniger wollen, d.h. die Vergütung wird von 12.3% wie vom Stadtrat beantragt auf 4.4% reduziert werden. Das reduziert das Minus beim Gasverkauf von 4.7 Millionen auf 1.7 Millionen, aber wir sind dort immer noch im Minus.

Wir haben die finanzielle Vergütung eingehend in der BBK besprochen, 2022 mit 14.7 Millionen zugunsten der Stadtkasse. Wie vom Stadtrat vorgeschlagen wurde diese von der BBK mit 6:3 angenommen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank für das Vorstellen dieser Vorlage. Wie schon erwähnt, liegt da ein Ablehnungsantrag der SVP vor. Das Wort hat Michi Gross

M. Gross (SVP): Vielen Dank für das Vorstellen.

Die SVP stellt den Antrag, wie es Markus bereits gesagt hat, die Abschöpfung beim Gashandel von 12.3% auf 4.4% zu reduzieren. Das ist Ziffer 1 der Weisung.

Das heisst, wir verzichten auf die temporäre Erhöhung der Abschöpfung für 2022 von 3 Millionen.

Ich begründe das gleich: Der Gashandel und das Gasnetz waren jahrelang die Cashcow von Stadtwerk. Jahrelang konnten an den Steuerhaushalt aufgrund von überhöhten Gebühren viele Millionen überwiesen werden. Diese Gebühren wollte man nicht dem Markt anpassen, denn die Einwohner der Stadt müssen ja umerzogen werden und von Gas auf erneuerbare Energien wechseln. Der Gaspreis war über Jahre zu hoch und man hat dort Schwankungsreserven für schlechte Zeiten gebildet.

Jetzt sind die schlechten Zeiten da und Gas ist auf dem Weltmarkt – auch das hat Markus schon erwähnt – teurer geworden. Wir werden im Gashandel, vielleicht über mehrere Jahre,

nicht mehr viel Gewinn machen können. Trotzdem werden 4.3 Millionen abgeschöpft. Ein Jahresverlust von fast 5 Millionen Franken im Gashandel ist die Folge. Für uns zusätzlich unverständlich und dreist ist: Die Abschöpfung im Gasbereich wird, im Vergleich zu 2021, trotz riesigem Millionenverlust sogar noch um 1.5 Millionen erhöht. Das ist für die SVP inakzeptabel. Die im Steuerhaushalt fehlenden Millionen werden aus dem Gebührentopf entnommen, damit man nicht vor den Wahlen noch die Steuern erhöhen oder Ausgaben bremsen muss. Sobald das Budget dann durchgeboxt ist und der Kassenbestand geplündert ist, wird Stadtwerk vermutlich und logischerweise bald mit einer saftigen Gebührenerhöhung aufwarten. Die Gebührenzahler der Stadt werden einmal mehr über den Tisch gezogen. Ich kann es auch noch ein bisschen weihnachtlicher sagen: Als Leistungsträger fühlt man sich von dieser Stadt so viele Male und so schnell über den Tisch gezogen, dass man die Reibungswärme schon fast als Nestwärme empfinden kann. Schon vor einem Jahr wollten die Grünliberalen mehr Geld von Stadtwerk abschöpfen. Dort hat man allerdings noch Gewinn gemacht und man hatte auch bessere Aussichten als heute. Vor einem Jahr sagte Reto Diener in diesem Gremium noch – und ich möchte das zitieren, es war so schön: «Es ist aus unserer Sicht allzu durchsichtig, die vom Stadtrat vorgeschlagene Steuererhöhung abzulehnen und dann fehlende Einnahmen über den Gebührentopf irgendwie kompensieren zu wollen.» Weiter sagte er im selben Votum: «Öffentliche Aufgaben dürfen nicht aus den Gebühren gedeckt werden.» Heute stimmen die Grünen – ich vermute das jedenfalls – dieser zusätzlichen Entnahme zu, um die Wiederwahl vom links-grünen Stadtrats zu sichern. Aber auch für Reto gilt der Spruch von Konrad Adenauer: «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.» Für die SVP ist dieses wahltaktische Aushöhlen von Stadtwerk eine Dreistigkeit. Wir stellen deshalb den Antrag, die Abgaben bei 11.7 Millionen zu belassen – das sind immer noch 300'000 Franken mehr als letztes Jahr – und nicht fast auf 15 Millionen zu erhöhen. Vielen Dank für die Unterstützung.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist so, wie der Vorredner gesagt hat: Wir haben letztes Jahr tatsächlich eine andere Meinung vertreten hier drinnen. Das hatte allerdings auch mit einer komplett anderen Ausgangslage zu tun.

Heute haben wir die Änderung der Verordnung, welche die entsprechenden Entnahmen auch vorsieht, und wir haben gleichzeitig auch einen Beschluss von der Stimmbevölkerung, die sagte, wir wollen Netto Null 2040 erreichen. Und wir wollen, das wurde auch im Gemeinderat beschlossen, den Ausstieg aus der Gasversorgung weitgehend umsetzen.

Die Grünen/AL werden deshalb den Kürzungsantrag, wie ich ihn bezeichne, der SVP um diese 3 Millionen ablehnen. Damit würde nämlich das Budget, das wir jetzt haben, tiefrot werden. Und verschiedene Leistungen der Stadt könnten tatsächlich nicht mehr erbracht werden. Ich muss da natürlich nicht anmerken, dass ja die SVP genau das Umgekehrte macht und jetzt da wieder versucht, den Rahmen zu reduzieren und damit natürlich das Budget runterzudrücken.

So werden unter anderem die dringend nötigen Weiterführungen der Massnahmenplanungen und Projektierungen, gerade im Bereich des Klimaschutzes, gefährdet. Und der Sonntag hat gezeigt, dass es von der Bevölkerung her ein klares Votum gibt für solche Massnahmen. Und dass man jetzt auch vorwärts machen kann. Es ist unzweifelhaft: Klimaschutzmassnahmen dulden keinen Aufschub mehr. Wenn bis 2040 Netto Null erreicht werden soll, darf man nicht mehr nur Däumchen drehen. Das ist Geschichte.

In den nächsten Jahren werden dafür noch deutlich mehr Investitionen und Mittel als heute notwendig werden. Die beantragte Vergütungshöhe, die jetzt für die Entnahme aus dem Gasgeschäft vorgeschlagen ist, passt genau perfekt in diese zusätzlichen Investitionen und Ausgaben, die wir tätigen müssen.

Ja, das kann sein aus Eurer Sicht, liebe SVP, dass die Gaskunden in der Vergangenheit vielleicht einen bisschen zu hohen Preis bezahlt haben. Aber man kann das auch ganz anders anschauen: Wir wissen schon seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten, dass man eigentlich eine CO₂-Abgabe haben sollten auf allen fossilen Energieprodukten. Und natürlich hatten wir eine CO₂-Abgabe in den letzten Jahren, national. Aber diese war viel zu klein. Jeder hier drinnen

weiss das und es gibt keinen, der das nicht bestätigen kann. Insofern ist das, was wir jetzt hier machen, eine gewisse Kompensation davon: Dass man in der Vergangenheit eine etwas höhere CO₂-Abgabe bezahlt hat – was ja auch richtig ist, denn wir wollen ja aus diesem CO₂ raus – und deshalb sind die CO₂-belasteten fossilen Gasgeschäfte jetzt auch stärker belastet. Die Reserven, die wir da drin haben, die brauchen wir tatsächlich nicht mehr für die ursprünglichen Zwecke. Und deshalb können wir die auch beginnen abzubauen. Seit Jahrzehnten haben wir darauf hingewiesen, dass es da mehr Kostenwahrheit braucht. Und deshalb ist es richtig und zweckmässig, das jetzt auch so umzusetzen.

Wir werden den Angriff auf öffentliche Leistungen und auf Klimaschutz, der jetzt als Versuch von der SVP mit dem Angriff auf das Budget durchgezogen wird, nicht goutieren und mit allen Mitteln bekämpfen. Und deshalb machen wir Euch auch beliebt, die Vergütungserhöhung, die wir hier vorgeschlagen haben, anzunehmen. Danke für die Unterstützung.

M. Nater (GLP): Die SVP sieht eine Veränderung bei den finanziellen Abgaben und wollen diese wieder rückgängig machen. Leider findet aber keine Gesamtbetrachtung statt und Lösungen werden aus Budgetsicht auch keine aufgezeigt. Bei den Grünen sehe ich aber auch, wie Michi Gross erwähnt hat, die fehlende Linie in der Argumentation von diesem Jahr auf das letzte Jahr, auf die Gesamtsicht bezogen.

Die Gesamtsicht ist leider auch so, dass in den letzten vier Jahren, also von 2017 – 2020, Stadtwerk im Budget zusammengerechnet ein Gewinn von 55 Millionen nach Abgabe an die Stadt budgetiert hat. In der Rechnung der Jahre 2017 – 2020 resultierte dann ein Gewinn von 119 Millionen Franken zusammengerechnet. Das heisst, es resultierte ein zusätzlicher Gewinn von ca. 60 Millionen Franken über die Jahre 2017 – 2020. Dass dieser Betrag auch auf Gebühren aufbaut, scheint aber die Bürgerlichen nicht mehr gross zu stören, seit Hansruedi Hofer von der SVP nicht mehr im Parlament ist. Also wenn wir in Zukunft faire Gebühren wollen, dann sollte das Budget von Stadtwerk besser die Realität abbilden, damit die Energietarife auf Basis des Budgets festgelegt werden, und dementsprechend dann auch in der Rechnung so erscheinen. Das würde die Nestwärme von Michi Gross reduzieren.

Die Gesamtsicht ist auch so, dass wir fünf Profitcenter haben, wo Entnahmen möglich sind. Die SVP senkt nun beim Gashandel einfach die Abgabe von 12.3% auf 4.4%. Wieso nur beim Gashandel und nicht auch beim Gasnetz wo wir immer noch eine Abgabe von 30% haben, oder beim Stromhandel, wo auch ein negativer Ertrag budgetiert ist?

Die Gesamtsicht ist auch, dass Reserven gebraucht werden sollen, damit wir stabile Preisbildung bei den Tarifen haben. So hat sich beim Gas der Handelspreis verdoppelt und nun nützen die aufgebauten Reserven im zweistelligen Millionenbereich, um diesen extremen Preisanstieg, der halt bei fossilen Energien möglich ist, nicht sofort an die Kunden weiterzugeben, was wir aus sozialer Sicht begrüssen.

Die Gesamtsicht ist auch, dass durch diesen Antrag der SVP 3 Millionen im Winterthurer Budget fehlen würden. Im Endeffekt würde das eine Steuererhöhung von 125% auf 126% auslösen, da keine Einsparungen von 3 Millionen ersichtlich sind.

Stadtwerk hat in den letzten Jahren die Reserven durch die Überschüsse stark erhöht. Daher kann dieses Jahr auch wieder einmal etwas an die Stadtkasse zurückfliessen, um die Corona-Pandemie finanziell abzufedern. Wir nehmen daher den Antrag vom Stadtrat an.

R. Heuberger (FDP): Ziemlich genau vor sechs Jahren bin ich, damals noch als Privatperson, gegen den Entscheid des Gemeinderats angetreten, die Kosten für die Strassenbeleuchtung den Gebühren vom Strom anzulasten. Damals hätte eine Aufgabe, die überhaupt nichts mit dem Bezug von Strom zu tun hat, über die Erhöhung von Stromgebühren finanziert werden sollen. Der Aufschrei in der Bevölkerung war gross. Und ein Jahr später hat der Gemeinderat diesen Entscheid korrigiert.

Was der Stadtrat mit der heute vorgelegten Entnahme aus dem Gebührenhaushalt von 14.7 Millionen Franken vollzieht, ist genau dasselbe wie damals. Er will mit den Gebühren aus den Eigenwirtschaftsgebühren andere öffentliche Aufgaben finanzieren. Die hohen Reserven aus dem Gasnetz und dem Gashandel konnten nur geäufnet werden, weil der Bevölkerung über

Jahre viel zu hohe Gebühren verrechnet wurden. Und das, z.B. im Fall des Gasnetzes, ausgerechnet in einem Monopol-Bereich der Stadt. Und genau bei diesem Gasnetz soll die Entnahme jetzt gemäss Vorlage auch noch verdreifacht werden. Das hat mit Kostenwahrheit überhaupt nichts zu tun, lieber Reto Diener.

Die Reserve im Gashandel wurde geschaffen, um Schwankungen auszugleichen. Doch ausgerechnet jetzt, wo die Tarife für das Gas überall rundherum steigen, sollen 2.8 Millionen dieser Schwankungsreserven entnommen werden. Und was passiert dann mit den Gebühren beim Gas in Winterthur? Auch die bisherigen Entnahmen aus dem Gebührentopf zuhanden des Steuerhaushalts waren immer umstritten. Doch jetzt hat der Stadtrat, mit rot-grüner Unterstützung hier im Gemeinderat, das Augenmass völlig verloren. Eigentlich kann dieser Entnahme niemand mit gutem Gewissen zustimmen. Die SP nicht, weil durch zu hohe Gebühren Menschen und Familien mit kleinerem Einkommen übermässig belastet werden, weil man bei den Gebühren – im Gegensatz zu den Steuern – keine Progression kennt. Und das in einem Bereich, in dem man nur schwer sparen kann, denn kochen müssen alle und frieren will niemand. Und ob ein Haus mit Gas geheizt wird, entscheiden nicht die Mieter, sondern die Hauseigentümer. Und alle anderen Parteien können dem eigentlich nicht zustimmen, weil es zu einer weiteren Intransparenz und zu einer grösseren Vermischung zwischen Gebühren- und Steuerhaushalt führt.

Mit der geplanten höheren Entnahme von zusätzlich 3 Millionen Franken aus dem Gebührentopf wird eine Steuererhöhung von rund 2% einfach kaschiert. Insgesamt entsprechen die Entnahmen gar Steuern von rund 7%. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte: Die Eigenwirtschaftsbetriebe und die Gebührentöpfe in unserer Stadt sind kein Selbstbedienungsladen für Entnahmen in beliebiger Höhe, um Steuererhöhungen zu kaschieren. Wenn, dann müssen die Entnahmen massvoll sein und einer Gegenleistung der Stadt entsprechen. Der heutige Antrag schiesst weit über dieses Ziel hinaus. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SVP zu, die zusätzlichen 3 Millionen Entnahme zu kürzen.

Und noch eine Bemerkung zu Dir, Reto: Alles Gas, das man heute in der Stadt Winterthur bezieht, ist bereits kompensiert. Die Gaskonsumentinnen und -konsumenten haben also bereits eine Abgabe auf ihren Verbrauch bezahlt.

M. Bänninger (EVP): Diese Abgabe auf den Umsatz der Eigenwirtschaftsbetriebe ist im Grundsatz eine Kostenentschädigung an die Stadtfinanzen, die aus unserer Sicht durchaus gerechtfertigt ist, verursacht das Erdgas bekanntlich doch auch Emissionen, bei denen die Allgemeinheit dann wieder dafür aufkommen muss, um die Folgen zu entschärfen.

Wir von der EVP unterstützen den SVP-Antrag zur Senkung der Vergütung ebenfalls nicht. Die festen, wie auch zusätzlich temporären Beiträge der einzelnen Eigenwirtschaftsbetriebe an den steuerfinanzierten Haushalt im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, wie sie der Stadtrat beantragt, sind für uns nachvollziehbar und stimmig. Die Reserven im Gashandel sind immer noch genug gross, der Eigenwirtschaftsbetrieb wird durch das nicht gefährdet.

Z. Dähler (Die Mitte/EDU): Ich danke Michael Gross und Romana Heuberger für die guten und ausführlichen Voten, in denen sie schon sehr viele von meinen Punkten genannt haben. Auch wir von der Mitte/EDU-Fraktion werden den Antrag der SVP unterstützen.

Grundsätzlich finden wir, Gebühren sind kostendeckend zu erheben. Das ist ein wichtiger Punkt für uns. Wir haben uns jetzt zwar erlaubt, Geld aus den Eigenwirtschaftsbetrieben herauszunehmen – das heisst aber nicht, dass wir das auch müssen. Mit der Kürzung um 3 Millionen Franken wird aus meiner Sicht das Budget nicht tiefrot, sondern die rote Null wird noch etwas tiefer, aber von tiefrot kann noch nicht die Rede sein.

Was man auch sagen kann: Wir haben da in der Schweiz ein System, das zwischen Bund, Kanton und Gemeinden unterscheidet. Alle Bereiche haben ihre Verantwortung. Unter anderem ist die CO₂-Abgabe eine Sache des Bundes und soll deshalb auf Bundesebene geregelt sein. Es kann nicht sein, dass wir hier auf städtischer Ebene irgendeine Abgabe dazu beschliessen, für die es wahrscheinlich nicht einmal irgendwelche Grundlagen gäbe.

Auch gibt es keinen Grund, weshalb wir jetzt über den Gaspreis eine Steuerung vornehmen müssen. Wir haben am Sonntag ein kantonales Gesetz angenommen, das den Ausstieg aus den fossilen Heizungen vorgibt. Entsprechend gibt es da doch keinen Grund, das zusätzlich zu steuern.

Wie bereits gesagt: Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen den Kürzungsantrag.

R. Diener (Grüne/AL): Nur ganz kurz eine Replik an Romana: Natürlich, heute ist es so, dass das Gas kompensiert ist. Nur: Die Kompensation alleine sagt noch nicht, was tatsächlich damit passiert. Und es ist noch immer weitestgehend Erdgas, das man verbrennt. Das ist das eine.

Das andere ist: In der Vergangenheit, als die Reserven, die wir jetzt haben, geäuftet wurden, hatten wir diese Kompensationen noch nicht. Die gibt es erst seit relativ kurzer Zeit. Das heisst, der grösste Teil dieser Reserven wurde vorher angehäuft, eben durch entsprechende Tarife, die damals galten.

Und dazu kommt: Man kann jetzt schon sagen, Gas ist ein Monopolbetrieb. Nur stimmt das einfach nicht, liebe Romana. Der Gasbereich ist kein Monopolbetrieb, es ist keine hoheitliche Aufgabe, es gibt keinen umfassenden Versorgungsauftrag. Da gibt es Konkurrenz und es gibt Alternativen. Das ist auch nicht ganz korrekt.

M. Gross (SVP): Ich möchte noch 2-3 Entgegnungen bringen. Reto Diener macht jetzt aus dieser Abgabe eine rückwirkende CO₂-Abgabe. Also wo kommen wir denn da hin, wenn wir rückwirkend CO₂-Abgaben machen? Ist das nächste, dass wir rückwirkend eine Steuererhöhung machen? Oder wo führt das hin? Das ist schon ein bisschen Voodoo-Diskussion, die wir da haben.

Dann zum Gashandel: Warum nehmen wir den Gashandel, Markus? Es ist ganz einfach: Wir wollen es nicht kompliziert machen. Und dort, wo man einen Verlust hat von 5 Millionen, dort nimmt man normalerweise keine Gewinnabschöpfung heraus. Das sollte auch für Leute, die nicht Ökonomie studiert haben, logisch sein.

Erdgas, das möchte ich nochmals betonen: Viele Leute haben Erdgas zuhause. Und das wurde ihnen vor nicht allzu langer Zeit verkauft als zukunftsgerechte Energie, eben nicht Erdöl, sondern Erdgas. Jetzt verteufelt man das. Wir sind auch für den Ausstieg und den Umstieg, aber so, wie Ihr das da macht – so geht es nicht.

B. Zäch (SP): Ich möchte nur kurz etwas sagen, Reto Diener hat an sich die Argumentation klar vorgelegt. Wir diskutieren fast jedes Jahr über diese Abschöpfungen. Stadtwerk hat in den letzten Jahren gute Gewinne gemacht, gerade im Gashandel. In diesem Jahr ist der Gewinn tiefer - ob er nächstes Jahr wieder höher ist, wissen wir schlicht nicht. Und es ist absolut gerechtfertigt, dass man die Abschöpfung da ein bisschen erhöht.

Der Kürzungsantrag von der SVP verschlechtert zuerst einmal das Stadtbudget, und der Kampf für die Gebühren von Romana Heuberger in Ehren, aber es geht da nicht um ein über den Tisch ziehen von kleinen Leuten, es geht auch nicht um Mieterschutz. Das sind ja auch Themen, die die FDP sonst weniger interessieren - und da wird es nun in den Vordergrund gerückt.

Es geht wirklich darum, dass man die relativ hohen Reserven auch für andere Aufgaben ein bisschen abbauen kann. Ich denke, es ist absolut gerechtfertigt, die Abschöpfung da etwas zu erhöhen.

Die SP wird den SVP-Antrag nicht unterstützen.

M. Nater (GLP): Ich bin etwas erstaunt, dass Michi Gross weiss, was ich studiert habe und was ich nicht studiert habe. Ich glaube, da war auch irgendetwas mit Wirtschaft dabei, aber ich bin mir auch nicht mehr so sicher. Einfach nochmals ganz kurz zu den Bürgerlichen: Abgaben von Betrieben ist eine Dividende. Und die kann einmal höher und einmal tiefer ausfallen. Und wenn die Reserven sehr, sehr hoch ausfallen, nimmt man dort etwas weg, wo die Reserven vorhanden sind. Aber das ist vielleicht Wirtschaft, die ein bisschen zu komplex ist.

R. Heuberger (FDP): Nur kurz eine Replik an Reto: Ich sagte, das Gasnetz ist ein Monopolbereich. Im Gasnetz wird die Entnahme jetzt verdreifacht. Das ist das eine. Und das andere: Ich habe schon vor 6 Jahren genau gleich argumentiert, lieber Benedikt.

Stadtrat St. Fritschi: Manchmal habe ich es bei solchen Abschöpfungsdiskussionen ähnlich wie bei einer Erbschaft, wo es etwas zu erben gibt, denn es gibt erst dann Streit, wenn es etwas zu erben gibt. Denn wenn es nichts zu erben gibt, ist man sich meistens einig unter den Erbberechtigten.

Also wir haben eine Situation, dass Stadtwerk sehr gut gearbeitet hat und sehr viel Gewinn gemacht hat. Aufgrund der Situation, gerade während der Pandemie, hat Stadtwerk sehr gute Zahlen abliefern können, weil sich durch HomeOffice und vermehrtes Brauchen unserer Dienstleistungen der Umsatz und der Gewinn verbessert haben. Und deshalb hat der Stadtrat ganz klar die Vorlage gemacht, dass Stadtwerk in dieser speziellen Zeit mehr abliefern soll. Und deshalb haben wir jetzt einen Antrag, mit dem wir 3 Millionen mehr abschöpfen von Stadtwerk zur steuerfinanzierten Kasse der Stadt Winterthur.

Weil wir ja wissen, dass das immer eine sehr delicate Aufgabe ist und dass man immer viel diskutiert, wo man wie viel abschöpfen soll oder ob man überhaupt abschöpfen soll, haben wir ja seit ein paar Jahren die Regelung, dass der Gemeinderat als oberstes politisches Organ das ausmarchen soll, was wo abgeschöpft werden soll. Und deshalb haben wir diese Weisung so vor uns.

Und ich erwarte jetzt eine weise Entscheidung des Parlaments. Ihr werdet herausfinden, was das Beste ist, denn der Stadtrat hat die von ihm politisch abgestützte Vorlage so abgesegnet. Und jetzt ist das Parlament dran, zu schauen, ob unsere Vorlage richtig ist oder ob man es abändern will. Und deshalb haben wir auch diese Regelung mit dieser politischen Legitimation, damit wir nachher nicht hören müssen, es sei nicht legitimiert.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir bereinigen zuerst den Antrag der SVP. Ich werde ihn jetzt nochmals wiederholen und bin froh, wenn ich korrigiert werde, falls es nicht stimmt. Und zwar beantragt die SVP, dass die Vergütung zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Gashandel nicht 12.3% beträgt, wie das vom Stadtrat beantragt wird, sondern 4.4%.

Wer dem Antrag der SVP zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall wurde der Antrag abgelehnt und die Weisung lautet wie vom Stadtrat beantragt und vorliegend.

Wir werden nun über die einzelnen Ziffern der Weisung abstimmen.

Wer der Ziffer 1, wie sie vom Stadtrat beantragt wurde, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer die Ziffer 1 ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Die Ziffer 1 wurde klar angenommen.

Wer die Ziffer 2 annehmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer die Ziffer 2 ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist Ziffer 2 angenommen mit einer Ablehnung.

Ziffer 3: Wer diese annehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Gibt es ablehnende Stimmen? Zwei.

Gibt es Enthaltungen?

In dem Fall ist auch diese klar angenommen.

Wir sind bei Ziffer 4. Wer diese so annehmen möchte, wie es der Stadtrat beantragt hat, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer Ziffer 4 ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben. Wieder eine ablehnende Stimme.

Gibt es noch Enthaltungen?

In diesem Fall ist auch diese klar angenommen und wir sind auch mit dieser Weisung durch.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2021.81: Genehmigung des Budgets 2022 und Festsetzung des Steuerfusses inkl. «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2023 bis 2025

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen jetzt zum Hauptteil der heutigen Sitzung, zur Budgetdebatte.

Wir werden mit der Eintretensdebatte beginnen. Als Erstes stellt uns der AK-Präsident Felix Helg das Budget und den Novemberbrief vor.

F. Helg (AK): Es ist nun das zweite Mal in diesem Kalenderjahr, dass wir uns mit einem Budget befassen. Rund zehn Monate nach der Beratung des Budgets 2021 können wir uns – jetzt im normalen zeitlichen «Fahrplan» – ein weiteres Mal mit den Planzahlen für die Stadt Winterthur auseinandersetzen.

Der Stadtrat legt ein Budget vor, das sozusagen mit einer «roten Null» abschliesst. Die Budgetierung war nach Auffassung des Stadtrates von folgenden Punkten geprägt:

- Weiterhin ein hohes Kostenwachstum in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit: Rund drei Viertel der Einnahmen aus Steuern und Ressourcenausgleich werden für die drei genannten Bereiche benötigt. Und innerhalb des Bereichs Bildung fällt insbesondere der Anstieg bei der Kinderbetreuung im Vorschulalter und bei der Schulergänzenden Betreuung ins Gewicht.

- Rückläufige Auswirkungen der Corona-Pandemie: Das war eine Feststellung im Zeitpunkt der Budgeterstellung, die gegebenenfalls wieder revidiert werden müsste, wenn die Pandemie einen ungünstigen Verlauf nimmt.

- Wirtschaftsprognosen, die ein positives Wachstum erwarten lassen nach Auffassung des Stadtrats: In diesem Zusammenhang ergibt sich bei den Steuererträgen der natürlichen Personen eine positive Entwicklung, während umgekehrt bei den juristischen Personen als Folge der Umsetzung des Geschäfts «Steuerreform und AHV-Finanzierung» (STAF) rückläufige Einnahmen zu erwarten sind.

Ich komme zu einigen Budgetzahlen in Kürze:

Der Budgetantrag des Stadtrats inklusive des Novemberbriefs weist aktuell einen Ausgabenüberschuss von 1.0 Million Franken aus. Die Kommissionsanträge haben praktisch keinen Einfluss auf das Ergebnis, resultiert doch aus den Kommissionsberatungen per Saldo eine Verschlechterung von gerade einmal 65'000 Franken (bereits unter Berücksichtigung der verminderten Ablieferung aus der Produktgruppe «Parkieren Winterthur», die wir vorhin beschlossen haben, das ist zusätzlich eine Verschlechterung von rund 125'000 Franken).

In der Investitionsrechnung ist von einer Nettoinvestition von 107.5 Millionen im allgemeinen Verwaltungsvermögen und von 84.8 Millionen im Verwaltungsvermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe auszugehen.

Schliesslich beträgt die Nettoinvestition im Finanzvermögen 6,6 Millionen Franken. Gesamthaft betrachtet sind die Nettoinvestitionen von insgesamt 198.9 Millionen Franken leicht unter dem Niveau des Budgets 2021.

Das zweckfreie Eigenkapital wird im Vergleich zum Budget 2021 ansteigen und auf 107.8 Millionen Franken veranschlagt.

Der mittelfristige Ausgleich der Rechnung ist aktuell mit einem Plus von noch 8.3 Millionen Franken erfüllt.

Bei den Stellen ist man gemäss Antrag des Stadtrates bei einem Total von rund 3'560 angekommen. Das sind knapp 100 Stellen mehr als im Budget 2021 (dort hatten wir eine Summe von 3'461). Von diesen 100 Stellen werden aber rund 45 Stellen als sogenannter «kostenneutraler Transfer» im Departement Schule und Sport bezeichnet.

Der Steuerfuss-Antrag lautet gemäss Antrag des Stadtrates und der Aufsichtskommission unverändert auf 125%.

Und schliesslich die Nettoschuld pro Einwohner oder Einwohnerin: Sie beläuft sich – gegenüber dem letztjährigen Budget ziemlich stabil, jedenfalls nicht ansteigend – auf jetzt 11'112 Franken pro Einwohner oder Einwohnerin.

Ich möchte im Folgenden auf wichtige Verbesserungen und Verschlechterungen im Vergleich zum Budget 2021 überblicksartig hinweisen, natürlich im Wissen darum, dass anschliessend insbesondere in der Eintretensdebatte die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen darauf noch vertieft eingehen werden.

Auffällig ist der hohe Betrag, der über den kantonalen Finanzausgleich in die Stadtkasse fliesst (10.8 Millionen Franken). Und auch der Kantonsanteil an die Zusatzleistungen der AHV/IV (16.2 Millionen Franken) führt zu markanten Verbesserungen.

Bei den Verschlechterungen sticht die Schule hervor. Das Kostenwachstum ist vielschichtig (10.8 Millionen Franken): So gibt es ein Wachstum an Schülern und Schülerinnen. Aber man rechnet auch mit einer höheren Sonderschulquote. Und letztlich steigen die Kosten auch in begleitenden Angeboten (wie Therapien und Sozialarbeit) an. Bei den Immobilien fallen im Vergleich zum letztjährigen Budget Marktwertanpassungen weg (15.6 Millionen Franken). Ein weiterer gewichtiger Betrag, nochmals im Departement Schule und Sport, generiert unter dem Titel «Kinderbetreuung»: Die wachsende Nachfrage bei Kinderbetreuung im Vorschulalter und bei der Schulergänzenden Betreuung (2.2 Millionen Franken). Schliesslich ergeben sich auch noch Mehrkosten beim Stellenaufwand. Die Quantifizierung ist nicht ganz einfach, weil die Beträge der einzelnen Produktgruppen zusammengetragen werden müssen. Schätzungsweise liegt die Zahl im einstelligen Millionenbereich. Im Budget eingestellt ist im Übrigen auch der Aufwand für die Gewährung der ordentlichen Lohnmassnahmen und auch für die Teuerung.

Zur Investitionsrechnung: Bei den Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen (107.5 Millionen) sind die drei betragsmässig wichtigsten Posten das Polizeigebäude, das Schulhaus Wallrüti und der Ersatz der ICT-Infrastruktur bei den Schulen.

Schaut man die Nettoinvestitionen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben an, ergibt sich die Summe von 84.8 Millionen Franken. Hier fällt die Anschaffung von Trolleybussen infolge der Angebotserweiterung ins Gewicht. Und auch Energiecontracting-Anlagen sind im Weiteren erwähnenswert.

Die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen umfassen 6.6 Millionen Franken. Ein grosser Posten ist dabei die Umnutzung der Obertor-Liegenschaft, in der momentan noch die Stadtpolizei ist.

Noch ein Blick auf den Finanz- und Aufgabenplan (FAP): Der FAP für die Jahre bis 2025 – bezogen auf die Erfolgsrechnung – verheisst nichts Gutes. Es sind da die schwarzen Zahlen, die ich v.a. hervorhebe. Es ist mit Ausgabenüberschüssen zu rechnen. Sie sind aber insgesamt nicht ganz so hoch, wie im letztjährigen Budget prognostiziert (das ja erst zehn Monate zurückliegt), weil die kantonalen Ausgleichszahlungen in Zukunft höher veranschlagt werden. Wie üblich wurde das Budget von der Aufsichtskommission und den Sachkommissionen separat vorberaten. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen in allen Kommissionen für die geleistete Arbeit bei der Budgetprüfung.

Die Hauptpunkte der Diskussionen waren nicht unerwartet die personellen Ressourcen, und zwar einerseits anknüpfend an einzelnen Stellen, andererseits aber auch weitergehend in Bezug auf den durch externe Beratungen verursachte Aufwand. Auch verschiedene «Kleinbeträge» führten zu Diskussionen, und wir werden ja dann nachher noch in der Plenumsdebatte einiges davon hören. Auch der Steuerfuss bildete Gegenstand der Erörterungen, allerdings nicht in der Schärfe, wie das bei früheren Debatten der Fall war. Schliesslich ist auch noch über die Anpassung von verschiedenen parlamentarischen Zielvorgaben diskutiert worden. Die Aufsichtskommission konnte am Schluss, in Kenntnis der Kommissionsanträge, gesamt-haft über das Budget und insbesondere auch über den Steuerfuss Beschluss fassen.

Ich möchte da noch den Hinweis anbringen, dass bei der Abstimmung nachher über einzelne Anträge das qualifizierte Quorum der Ausgabenbremse – nämlich die Mehrheit der Mitglieder

des Grossen Gemeinderates – zur Anwendung gelangt. Die entsprechenden Anträge sind im Drehbuch für die heutige Sitzung entsprechend bezeichnet.

An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und dem federführenden Finanzdepartement unter der Leitung von Stadtrat Kaspar Bopp und insbesondere den Mitarbeitenden des Finanzamtes für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget. In den Dank schliesse ich die Mitarbeitenden mit ein, welche sich in den einzelnen Departementen mit dem Budget zu befassen hatten über das ganze Jahr hinweg.

Die Anträge der Aufsichtskommission:

1. Genehmigung Globalkredite und Leistungsziele Erfolgsrechnung: 9:2 Zustimmung in der AK.
2. Genehmigung Investitionsrechnung: 10:1 Zustimmung.
3. Festsetzung der Gemeindesteuern auf einen unveränderten Steuerfuss von 125%: 9:2 Zustimmung.
4. Kenntnisnahme FAP: 9:2 Zustimmung.
5. Das ist ein technischer Antrag, Verschiebung von gewissen Posten und Allgemeinkosten einzelner Produktgruppen: Unbestritten mit 11:0.

Und dann gibt es noch einen nachträglichen Antrag des Stadtrates, den man im Kleingedruckten auf Seite 1 ganz unten im Budget findet, nämlich der Entzug der aufschiebenden Wirkung bei einem Rekurs. Das ist dann nachher die Aufgabe des Stadtrats, das noch kurz zu präsentieren. Uns bleibt noch ein bisschen Zeit, uns über diese juristische Frage den Kopf zu zerbrechen, wir müssen erst am Schluss darüber abstimmen. Dazu gibt es keinen Kommissionsbeschluss, weil dieser Antrag erst jetzt im Drehbuch erscheint und nicht vorbesprochen werden konnte.

Die Aufsichtskommission legt mit dem Budget 2022 das letzte Mal für diese Amtsdauer ein grosses Finanzgeschäft vor. Wir haben vier Mal die Rechnung präsentiert und vier Mal das Budget. Die politische Auseinandersetzung verlief – jedenfalls bis jetzt aus meiner Sicht – verhältnismässig ruhig, anders etwa als letztes Jahr, als der Grosse Gemeinderat das Budget 2021 zurückwies. Nichtsdestotrotz ist eine seriöse Auseinandersetzung mit dem stadträtlichen Budgetantrag wichtig. Das Wissen in der Stadtverwaltung, dass parlamentarischen Organe sich eingehend mit dem Budget befassen, wirkt präventiv und kann ein Überborden verhindern. Ganz in Sinn eines gewaltentgetrennten politischen Systems. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, Felix Helg, für das Vorstellen des Geschäfts. Wir steigen noch vor der Nachsessenspause ein mit der Eintretensdebatte und werden diese nach dem Nachessen noch weiterführen. Als Erste hat das Wort Regula Keller (SP).

R. Keller (SP): Vor uns liegt ein ehrliches und solides Budget der Stadt Winterthur. Am Ende dieses Budgets steht eine rote Null, wie wir gerade von Felix Helg gehört haben, dem ich ganz herzlich für seine sachliche und übersichtliche Vorstellung dieses Budgets danke. Unter der Führung vom Finanzdepartement, von Kaspar Bopp, hat der Stadtrat eine seriöse und weitsichtige Planung der Finanzen der Stadt Winterthur für 2022 und die drei Folgejahre vorgenommen. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Angestellten der städtischen Verwaltung, besonders natürlich dem Finanzamt, für ihre Vorarbeiten, die zu diesem Resultat geführt haben.

Die SP begrüsst vor diesem Hintergrund auch sehr, dass der Stadtrat im Novemberbrief den Teuerungsausgleich beim städtischen Personal angehoben hat.

Durch eine höhere Disziplin und klare Vorgaben ist es der Verwaltung gelungen, die Corona-bedingten absehbaren Mehrkosten und Mindereinnahmen ohne eine Steuererhöhung auszugleichen, was ganz sicher keine Selbstverständlichkeit ist. Schauen wir nämlich über Winterthur hinaus auf ein paar grössere Städte in der Schweiz, so steht Winterthur gut da: In Zürich berät das dortige Parlament demnächst über ein Budget mit einem Minus von 158 Millionen Franken und noch grösseren Defiziten für die Jahre danach. Das Berner Budget geht von einem Minus von 50 Millionen aus, das von St. Gallen von 25 Millionen und das von Luzern von 13 Millionen.

Vor dem Hintergrund dieses soliden Budgets beschränkt sich die SP-Fraktion auf ein paar Anträge zu für uns zentralen Schwerpunkten, die wir v.a. haben in Bezug auf die Weiterentwicklung der Stadt Winterthur und die Förderung der Zusammenarbeit unserer Stadt. Und wo wir glauben, dass es zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen braucht. Zu diesen von uns priorisierten Schwerpunkten oder Bereichen gehören Angebote in der Kinderbetreuung, Frühförderung, Ferienprogramm (wo ich dann gerne noch etwas sage dazu), Schule - besonders die Einführung von Tagesschulen - und die Themen Klimaschutz und Digitalisierung.

Wir stellen aber nicht wie andere so nebelpetardenmässig irgendwelche Kürzungsanträge in die Welt und auch keine lächerlichen Anträge, bei denen Mindereinnahmen von über 100 Millionen geplant werden.

Und wir machen es anders als offenbar die FDP, die dieses Mal ein etwas seltsames Gebaren hat, indem sie ad hoc-Anträge stellt, die wir nicht vorher in der Kommission beraten konnten (Roli Kappeler hat es vorhin schon gesagt).

Das Investitionsbudget ist aus Sicht der SP realistisch und vernünftig, allerdings muss das, was da budgetiert ist, natürlich auch umgesetzt werden. In der Rechnung 2020 – ich könnte mich eigentlich selbst zitieren, andere haben es aber auch schon gesagt – ist der dringliche Realisierungsgrad der Investitionen kritisiert worden. Auch wenn uns bewusst ist, dass v.a. grössere Projekte manchmal unabwägbare Prozesse durchlaufen und es schwierig ist, das ganz genau vor auszuplanen, finden wir es zentral, den Realisierungsgrad 2022 gegenüber den vergangenen Jahren zu erhöhen und die wichtigen und nötigen Investitionen eben wirklich auch zu machen und nicht vor sich herzuschieben. Dafür braucht es aber Personal und es braucht auch Ressourcen in den einzelnen Departementen, die das realisieren. Der Stadtrat hat ja selbst auch im Bereich dieses Realisierungsgrades Handlungsbedarf erkannt.

Die Finanzplanung für die Jahre 2023 – 2025 hat sich immerhin von dunkeldunkelrot zu etwas weniger dunkelrot gewandelt. Das löst natürlich nicht unbedingt euphorische Gefühle aus. Das Wachstum von Winterthur erfordert mehr Geld für die Bildung, die Pflege, im Bereich Soziales – das haben wir auch vorhin gehört.

Trotz unserer grundsätzlich sehr positiven Haltung gegenüber dem Budget 2022 ist es definitiv nicht der Zeitpunkt, um allzu grosse Hochstimmung zu verbreiten oder sich gar zurückzulehnen. Weder das Budget noch die Finanzplanung geben aus unserer Sicht ausreichend Antworten auf die grossen Herausforderungen und die dringenden Fragen, die sich Winterthur in den nächsten Jahren stellen. Es stehen grosse Infrastruktur- und Bauvorhaben an, das haben wir auch schon gehört, die wir anpacken müssen – und zwar jetzt. Zu denken ist dabei an die Querung Grüze, den Schulbau, der südwestliche Stadteingang in Töss in Zusammenhang mit dem Autobahnausbau oder die Veränderungen rund um den Hauptbahnhof. Zu denken ist aber auch an die Massnahmen, die es braucht in Bezug auf Netto Null, wo wir ja ein sehr erfreuliches Resultat gestern bei der Abstimmung hatten. Und gerade bei diesem letzten Thema müssen wir jetzt Massnahmen konkretisieren und planen. Und gratis ist das alles leider nicht zu haben.

Das Stadtparlament muss da bei seiner Finanzpolitik und dem Bereitstellen der notwendigen finanziellen und personellen Mittel ein klares Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Stadt Winterthur ablegen. Wir sind überzeugt, dass die Bevölkerung das auch so sieht und bereit ist, diese Entwicklung auch zu finanzieren.

Mit ihren grossen Bauqualitäten, dem vielfältigen Kultur- und Freizeitangebot, Ausbildungsinstitutionen, Arbeitsplätzen und einem moderaten Steuerfuss gehört Winterthur zu den attraktivsten Schweizer Grossstädten. Ich finde, es ist wichtig, dass wir dieser Stadt Sorge tragen. Selbstverständlich tritt die SP-Fraktion auf das Budget 2022 ein und wir freuen uns auf eine konstruktive Budgetdebatte.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch vorweg von uns die Zusammenfassung: Die Fraktion Grüne/AL tritt auch auf das Budget 2022 ein.

Wir haben es gehört: Das Budget 2022 wurde verschiedentlich als unspektakulär bezeichnet. Wir haben es gehört: Die Beratungen in den Kommissionen verliefen ruhig. Das hat sicher

auch seine Gründe: Weil das nächste Jahr Wahlen sind, möchte man eine rote Null... Aber es gibt auch andere Gründe.

Tatsächlich ist dieses Budget für die Fraktion Grüne/AL auch ein bisschen ein Übergangsbudget. Der Einsatz für das Klima setzt personelle und finanzielle Mittel voraus. Das Engagement gegen den Klimawandel ist nicht gratis: Sei es die Umstellung der Energieversorgung auf CO₂-freie Energieträger, Abkehr vom fossilen motorisierten Individualverkehr, Begrünung der Stadt bzw. der Gebäude in der Stadt, die im Sommer zur Kühlung beitragen sollen. Im Massnahmenplan des Stadtrats sind diverse Mehrinvestitionen aufgeführt. Man spricht von einem Personalmehraufwand von 11 Stellen und man spricht von Kosten von ca. 6.8 Millionen im Schnitt, mit denen man zu rechnen hat.

Für uns stellte sich also die Frage: Sind die eingeleiteten Massnahmen gegen die Klimaerwärmung – unter Berücksichtigung des Massnahmenplans des Stadtrates – ausreichend im Budget 2022 eingestellt worden? Wir haben das Budget sehr genau angeschaut und können sagen: Ja, es ist tatsächlich so. Die Massnahmen, die vorgesehen sind für 2022, wurden auch finanziell berücksichtigt.

Aber – und das ist klar: Das heisst halt auch, die Zukunft wird wegweisend sein. Ein grosser Teil dieser Kosten wird erst nach 2022 anfallen. Und spätestens dann werden wir nicht mehr um die erneute Frage des Steuerfusses herumkommen.

Die SVP hat in einer Medienmitteilung gross angekündigt, sie wolle eine Steuerfussenkung. Heute hat sie davon Abstand genommen und etwas schwammig auf den Kanton verwiesen und ihre Zusammenarbeit mit der GLP, die so gut sei und so weiter und so fort. Ich glaube, man muss darüber gar nicht mehr lange Worte verlieren, aber es scheint tatsächlich so, also ob die Finanzpolitik der SVP in Winterthur dem Piraten das Feld überlassen hätte.

Natürlich hat auch dieses Budget ein paar Wermutstropfen: Die bescheidenen Personalmassnahmen, die gerade mal knapp den Rotationsgewinn überschreiten und damit fast budgetneutral sind. Aber unter Berücksichtigung der Klimakrise und der Covid-Pandemie und der allgemeinen finanziellen Lage der Stadt, muss man das halt in Kauf nehmen.

Wenigstens sieht es jetzt so aus, dass die Sanierungsbeiträge, die das Personal seit langer Zeit leisten muss, nächstes Jahr endlich vorbei sein werden. Und ich hoffe, dass ein Teil der Mitarbeitenden, die im laufenden Jahr Ausserordentliches geleistet haben, doch noch eine Einmalzulage erhalten.

Ja, wenn man vom Budget von Winterthur spricht, dann geht es immer um dasselbe Thema: Wachstum. Es ist klar, die Stadt wächst jährlich um 1'000 – 1'500 Einwohner. Das verursacht Kosten und grundsätzlich ist es klar: Wenn die Bevölkerung wächst, dann soll sie in den Städten bzw. den stadtnahen Gebieten wachsen. Das ist ökologisch und raumplanerisch richtig. Die Zersiedlung, die wir uns in der Vergangenheit geleistet haben, ist einfach nicht für die Zukunft. Aber, es ist auch klar: Das Wachstum verursacht Mehrkosten. Wir haben es gehört und die Liste ist fast unbegrenzt, die man da anführen kann.

Wichtig ist weiterhin, dass wir beim Kanton und beim Bund die Beiträge, die wir erhalten, auch wirklich bekommen. Dass wir diese einfordern und dass diese nicht kleiner werden sondern höher. Es ist natürlich so, dass das Wachstum uns bis zu einem gewissen Grad aufs Auge gedrückt wurde. Aber, und das möchte ich an dieser Stelle immer wieder betont haben: Wachstumskosten sind das eine. Wenn aber die Bevölkerung sinken würde, dann wäre das wesentlich dramatischer. Es wäre finanziell wesentlich schlimmer.

Zusammenfassend nochmals: Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget ein. Wir sind grossenteils mit dem Budget einverstanden.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Angesichts der Zeit werde ich die Eintretensdebatte jetzt unterbrechen.

Wir werden jetzt Nachtessen und machen in einer Stunde, um halb acht Uhr, weiter mit der Eintretensdebatte.

Nochmals als Information, wer wo essen geht: Die Fraktionen SP, EVP und Grüne/AL gehen rüber ins Restaurant L'Arena, d.h. man muss schnell nach draussen und ins andere Gebäude, inklusive der Stadträtinnen und Stadträte dieser Fraktionen. Die anderen Fraktionen

(GLP, Mitte/EDU und SVP) essen oben in der AXA-Lounge ebenfalls mit ihren Stadträtinnen und Stadträten.

Ich wünsche Euch «en Guete» und wir sehen uns in einer Stunde.

Nachdessenspause.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich begrüsse alle zurück aus der Pause. Wir steigen jetzt in die Abendsitzung ein. Bevor wir weiterfahren mit der Eintretensdebatte noch den obligaten Hinweis mit dem Vorstosstisch. Diejenigen, die noch nicht dort waren, sollen bitte noch die beiden Vorstösse unterschreiben.

Dann machen wir weiter mit der Budgetdebatte und da bei der Eintretensdebatte. Das Wort hat als nächster Dani Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Am 29. September hat der Stadtrat das Budget 2022 überwiesen. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der SVP-Fraktion bei allen Angestellten bei der Stadt Winterthur für die umfangreiche Arbeit, die dieses Jahr einmal mehr geleistet wurde. Es geht jeweils schon im Frühling los – und im Jahr 2021 war das sicher etwas speziell, weil ja das Budget 2021 nicht wie üblich im Dezember 2020, sondern erst später verabschiedet wurde. Wir erinnern uns: Der Stadtrat wollte letztes Jahr den Steuerfuss um 7% anheben. Und dabei wäre ein bereinigter Aufwand von 1.402 Milliarden budgetiert gewesen. In dem vom Parlament genehmigten Budget, das mit einer Steuererhöhung von 5% auskam, war dann ein Nettoaufwand von 1.394 Milliarden budgetiert, also rund 7.5 Millionen Franken weniger.

Wenn wir das Budget 2022 anschauen, sind wir bei einem bereinigten Aufwand von 1.545 Milliarden. Der FAP 2021 hat für das Planjahr 2022 nicht so viel Aufwand vorgesehen, nämlich bloss 1.454 Milliarden. Im aktuellen FAP ist das Planjahr 2025 mit 1.609 Milliarden Franken eingestellt.

Wir nehmen mal mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der aktuelle Stadtrat der Meinung ist, dass das ohne Steuererhöhung getätigt werden kann.

In diesem Zusammenhang, bei diesen Aufwandsteigerungen, lohnt sich ein Blick auf die Bilanz und wie sich dort die langfristigen Schulden entwickeln. Da meine ich die Positionen langfristiges Fremdkapital und langfristige Finanzverbindlichkeiten. Da sind wir bei gut 4 Milliarden Franken, auf die das anwachsen soll bis 2025. Das ist gegenüber der Rechnung 2020 eine Steigerung von 1 Milliarde. Und wenn wir mit der Rechnung 2018 vergleichen, welche das letzte Resultat einer soliden Stadtratsmehrheit war, eine Steigerung um 1.18 Milliarden oder um 41%. Meine Damen und Herren, eine solche Steigerung ist verantwortungslos.

Wenn sich bei diesem Volumen von 4 Milliarden Franken der Zinssatz nur um ein Viertelchen Prozent ändert, ist das ein Mehraufwand von 10 Millionen Franken.

In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Pressemeldungen zum Thema Inflation vermehrt. Zum Beispiel hat die Luzerner Zeitung am 11.11. auf ihrer Online-Plattform einen Artikel mit dem Lead veröffentlicht: «In den USA hat die Teuerungsrate im Oktober ihren höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Ist das eine Blase oder ein Grund zur Sorge?». Gemäss dem Artikel lag die Jahresteuern in den USA im September bei 5.4% und im Oktober bei 6.2%. Auch im Euro-Raum erreicht die Inflationsrate ebenfalls historische Höchstwerte von 4.1%. Wir dürfen diese Inflationsrate nicht einfach mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Schweiz übertragen. Wir sind nicht im gleichen Mass von Erdöl, Kohle und Gas abhängig wie andere Staaten. Aber mit einer verfehlten Energiestrategie werden wir da in grössere Abhängigkeiten kommen, wenn wir die Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen wollen.

Noch hat die Stadt Winterthur etwas Zeit, ihren auf Schulden aufgebauten Staatsausbau zu stoppen.

Anfang Oktober hat die SVP-Fraktion aufgrund der gestiegenen Städtebeiträge vom Kanton eine Steuerreduktion und einen Schuldenabbau gefordert. Unter den begleitenden Umständen kam die SVP-Fraktion zum Schluss, dass wir uns auf den Schuldenabbau konzentrieren

wollen und deshalb haben wir jetzt auf einen Antrag auf Reduktion des Steuerfusses verzichtet. Die langfristigen Entwicklungen von Ausgaben und Schulden der Stadt Winterthur zeigen klar auf, dass sich die Vorstellungen einer verantwortungsvollen Finanzpolitik zwischen dem Stadtrat und der SVP-Fraktion diametral unterscheiden.

Wenn die Verwaltung sich mehr als ein halbes Jahr Zeit nehmen kann, um ein Budget zu erstellen, bei dem Kostenreduktionen nicht im Ansatz zur Vorlage gehören, so dürfte es dann schwierig sein, am Feierabend und am Wochenende innerhalb von knapp zwei Monaten die dringend erforderlichen Korrekturen herbeizuführen.

Trotzdem: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf das Budget.

U. Hofer (FDP): Die FDP tritt auf das Wahlkampfbudget ein. Wieso ist es ein Wahlkampfbudget? Weil es in praktisch allen typischerweise sehr strittigen Punkten deutlich gemässigt daherkommt als zum Beispiel das letztjährige Budget: Keine Steuererhöhung, deutlich moderaterer Stellenaufbau als letztes Jahr (es sind nur – aber immerhin – 45 neue Stellen statt 80 wie im letzten Jahr), moderatere Lohnmassnahmen und so weiter und so fort.

Man erinnert sich an den Aufschrei letztes Jahr, wo es eine Rückweisung gab mit dem Argument, dass eine 7%ige Steuererhöhung schlicht inakzeptabel sei. Das hat eine riesige Empörung ausgelöst und der zuständige Finanzvorsteher hat den Verzicht auf eine solche Steuererhöhung als unverantwortlich bezeichnet.

Jetzt, keine 8 Monate später, schlägt man das Unverantwortliche gleich selbst vor.

Leider zeugt das Ganze aber kaum von der Einsicht, dass es Winterthur als Wirtschaftsstandort gut ansteht, sich auch beim Thema Steuerfuss nicht(?) die rote Laterne anzuhängen, und dass man deshalb vehement für einen der Grösse angemessenen und vor allem konstanten Steuerfuss kämpfen muss. Und damit meine ich nicht 80%, wie es später beantragt wird, sondern eine sinnvolle Grösse, die über dem kantonalen Durchschnitt liegen wird.

Ich glaube vielmehr, man wollte in Anbetracht der anstehenden Gesamterneuerungswahlen nicht erneut in weiten Teilen der Bevölkerung Unmut provozieren. Aber man kennt das Sprichwort: Aufgeschoben ist leider nicht aufgehoben. Und deshalb wage ich die Prophezeiung, dass uns im nächsten Jahr das alte Bild präsentiert wird, mit Stellenwachstum und grösseren Kosten und Antrag auf Steuerfusserhöhung. Und ja, vielleicht mieten wir ja noch weitere Flächen dazu, wie ich heute in der Antwort gehört habe.

Nach wie vor ist kein Plan ersichtlich, wie der Stadtrat dem exponentiellen Kostenwachstum im Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit begegnen will. Der Finanz- und Aufgabenplan ist weiterhin tiefrot und lässt offen, wie Netto Null 2040 finanziert sein will.

Jetzt stellt sich aber noch die Frage, ob denn wenigstens das vorliegende Wahlkampfbudget, gerade weil es einigermaßen mässig ist, ein einigermaßen gutes Budget ist. Und die Antwort ist auch da ein klares Nein. Um das zu erkennen, muss man sich nur vor Augen halten, dass das Budget 2022 nur dank Mehrleistungen des Kantons beim Finanzausgleich und bei der AHV/IV um mehr als 26 Millionen entlastet wird. Und trotz diesen grosszügigen Geschenken schaffen wir lediglich eine rote Null.

Der städtische Schuldenberg soll weiter wachsen. Da frage ich mich schon, was denn sonst noch geschehen soll, damit man das wenigstens ein bisschen angeht. Woran liegt es? Die Haupttreiber sind die bereits genannten und seit Jahren bekannten Kostenexplosionen im Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit.

Schauen wir da illustrativ den Bereich Bildung ein bisschen näher an. Da fällt auf, dass die durchschnittlichen Kosten pro Kind im Kindergarten und der Primarschule wie auch in der Sekundarschule von Jahr zu Jahr leicht, aber stetig steigen. Auf Stufe Kindergarten/Primarschule ist das z.B. eine Steigerung von 14'170 bis 2017 auf 15'941 im Soll 2022. Die Differenz von rund 1'800 Franken pro Kind multipliziert mit der sehr grossen Anzahl schulpflichtiger Kinder ergibt dann halt eben überproportionale Mehrkosten in Millionenhöhe.

Vielleicht weil ich schon zu lange in diesem Rat bin, bin ich mir nicht mehr ganz sicher, aber ich meine zu wissen, dass es bei Skaleneffekten eigentlich in der Wirtschaftstheorie in die andere Richtung geht.

An dieser Stelle möchte ich auch kurz auf das Votum von Christian eingehen, auf die Aussage, es wäre noch schlimmer, wenn die Bevölkerung abnehmen würde. Rein finanziell betrachtet und auch bezüglich des ökologischen Fussabdrucks stimmt das nicht. Wenn alleine ein Primarschüler 15'900 Franken pro Jahr kostet und die durchschnittliche Steuerkraft pro Einwohner gemäss Kennzahlen, die ebenfalls im Budget sind, bei 2'246 Franken liegt, dann ergibt sich rasch, dass Einwohner von Winterthur grundsätzlich ein Verlustgeschäft sind, die von anderen finanziert werden.

Und versteht mich nicht falsch: Ich bin überhaupt kein Wachstumskritiker. Ich stehe dazu, dass Winterthur Wachstum aufnehmen muss, das im Kanton stattfinden wird. Und es ist für mich auch absolut in Ordnung, dass wir da eine sehr starke Quersubventionierung haben. Dass man aber gleichzeitig den Ast abschneidet, auf dem man sitzt, indem man gute, juristische und natürliche, Steuerzahler aktiv vergrault, verstehe ich hingegen überhaupt nicht. Es sind aber nicht nur die Hauptkostentreiber, es sind alle gefordert. Der Befreiungsschlag gelingt nur, wenn jede Produktegruppe jeden Franken zwei Mal umdreht. Auch davon sind wir leider weit entfernt. Es gibt kaum eine Produktegruppe, bei der Personal- und Sachkosten nicht steigen. Man übertreibt zwar weniger offensichtlich als auch schon, aber ein ernsthafter Verzicht oder ein Zusammenstreichen der Kosten ist ebenfalls nicht ersichtlich. Schuld sind da aber nicht die Produktegruppenverantwortlichen – keiner kürzt freiwillig sein Budget – sondern es fehlt offensichtlich gesamtschädtische, departementsübergreifende Führungsverantwortung.

Besonders ein Dorn im Auge in diesem Jahr sind für uns die Kosten für externe Dienstleistungen und Beratungen, die exorbitant steigen, nämlich um satte 7.6 Millionen mehr als letztes Jahr – im Hinblick auf die ganze Stadtverwaltung.

Es bleibt ein ernüchterndes Fazit, gerade wenn man sich im Kanton vergleicht: Wir bleiben nahe bei der Laterne in Sache Steuerfuss und übrigens auch einmal betreffend Steuererhöhung. Wir tragen auf einmal mit Stolz die rote Laterne in Sachen Verschuldung, aber wir werden als Wirtschaftsstandort immer mehr in den Schatten gestellt und die Firmen ziehen ab. Hier noch der Hinweis: Die staatsnahen Betriebe sind für durchschnittlich 53% aller in Winterthur neu geschaffenen Stellen in den letzten Jahren verantwortlich. Herzliche Gratulation. Und wir bleiben seit über vier Jahren überzeugende Antworten auf den tiefroten Finanz- und Aufgabenplan schuldig. Und wir treiben uns so in eine immer grössere Abhängigkeit vom Finanzausgleich. Sollte es da in Zukunft einmal weniger statt immer mehr Geld geben, dann haben wir aber ein richtiges, gewaltiges Problem. In dem Sinn treiben wir weiterhin unentwegt auf einen Eisberg zu und der Spielraum, aus eigener Kraft ausweichen zu können, wird immer kleiner.

Das wäre es zum Eintreten. Wie gesagt, wir treten ein.

Jetzt noch kurz zum SP-Vorwurf bezüglich ad hoc-Anträgen, weil der Vorwurf jetzt schon doppelt angebracht wurde: Dazu sage ich vier Sachen.

1. Mir liegt da ein Mail vor, es war glaub's am Freitag, zum Geschäft Netto Null: Das lag nur zwei Jahre und man hatte nur zwei Jahre Zeit für Anträge. Drei Tage vor der Ratssitzung schreibt Roland Kappeler, sie bringen noch den Antrag auf Änderung Reduktion bis 2040. So viel zu den frühzeitigen Anträgen der SP.
2. Die Anträge der SP beschränken sich auf drei Anträge à la «Dörf's es bitzeli meh sy?» Mit drei Anträgen ist man im Schnitt etwas aktiver als in den letzten Jahren, als man teilweise alles kommentarlos durchgewinkt hat. Aber für so eine Arbeitsleistung und eine solch kritische Prüfung des Budgets hätte ich vielleicht auch nicht so lange und ich könnte meine Anträge für das Budget 2023 schon jetzt stellen.
3. Das Problem stellt sich auch, weil sich die Kommission unter SP-Führung konstant weigert, auf einen Budgetberatungsprozess umzustellen, wie er in der AK gelebt wird: Nämlich zwei Sitzungen für Fragen und eine Sitzung für die Beschlussfassung. Nur so müssten die Anträge nicht ad hoc und eben verspätet gestellt werden.
4. Ich muss darauf hinweisen, unsere Anträge sind immerhin fristgerecht auf das Drehbuch eingereicht worden. Die von der GLP gar nicht. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Gerne treten wir auf das Budget 2022 ein. Der Stadtrat hat ein einigermaßen ausgeglichenes und ein ausgewogenes Budget präsentiert. Damit hat er aus unserer Sicht seine Aufgabe, departementsübergreifend zu planen, mehrheitlich erfüllt. Der Stadtrat hat Geld für Klimamassnahmen ins Budget eingestellt. Das begrüssen wir selbstverständlich. Wir haben aber schon mehrfach gesagt, dass wir darauf bestehen, dass die Kosten für Klimamassnahmen aufgeschlüsselt und beziffert werden. In diesem Budget sehen wir nicht sauber aufgestellt, wo wie viel Geld für das Klima eingestellt worden ist. Der Stadtrat sagt dazu, es sei natürlich überall. Von einzelnen Massnahmen haben wir Kenntnis, aber das reicht uns nicht. Die ganze Sache ist noch viel zu schwammig. Das Erreichen der Klimaziele muss messbar werden, departementsübergreifend. Und dazu gehört auch, dass man die Kosten dafür kennt.

Wie im Budgetbuch zu lesen ist, befindet sich das Nettoergebnis der Investitionsrechnung weiterhin auf sehr hohem Niveau: Der Stadtrat sagt: «Die Fachbereiche müssen gemeinsam mit dem Stadtrat verstärkt an einer Priorisierung der Projekte arbeiten.». Da können wir nur sagen: Macht das. Departementsübergreifend. Wir möchten das als Parlament auch haben. In Planung sind ein Schulhaus für die Aussenwachen, eine Lösung für das Stadtarchiv und z.B. noch grosse IT-Projekte neben vielem anderem. Das wird nicht alles vergoldet gehen, soviel ist klar. Dass Investitionen nötig sind, ist auch klar. Bitte sucht kreative Lösungen, spricht miteinander und haltet dem Geld Sorge.

Apropos Sorge halten nochmals zur Erfolgsrechnung: Wir haben ab diesem Jahr Glück und erhalten mehr Geld vom Kanton für die EL und auch Geld aus dem Topf Finanzausgleich, wir haben es schon gehört. Wir müssen schon sagen, dass das gewonnene Geld erstaunlich schnell verschwunden ist. Wir sprechen da von einer Verbesserung von vielen Millionen. In das Klima fliessen ca. 6 Millionen – aber eben, klar ist der Betrag für das Klima leider nicht. Da gibt es schon noch viel Geld, das sonst so seine Verwendung gefunden haben muss. Der FAP bleibt ja nach wie vor besorgniserregend.

Um unserer Ansicht Ausdruck zu geben, dass Geld nicht auf den Bäumen wächst, werden wir dem einen oder anderen Kürzungsantrag zustimmen.

Im Übrigen sehen wir den Stadtrat nach wie vor in der Verantwortung, die Finanzen so zu verwalten, dass sich die düsteren Prognosen nicht bewahrheiten und auch künftig ausgeglichene Budgets möglich sind.

Wir sind froh, dass der Stadtrat Geld für Lohnmassnahmen vorsehen konnte dieses Jahr. Er hat dabei auch Augenmass gezeigt. Damit steht das notwendige Geld zur Verfügung, um die individuellen Lohnentwicklungen der Mitarbeitenden zu finanzieren. Erfahrungszuwachs und gute Leistung sollen abgegolten werden können.

Wir freuen uns auf eine angeregte Budgetdebatte.

S. Kocher (GLP): Als Erstes besten Dank an Felix für die Präsentation des Budgets. Wir Grünliberalen setzen uns für eine ausgeglichene, nachhaltige Finanzpolitik ein. Es gilt, die Ausgaben sach- und aufgabenorientiert zu planen, keine falschen Anreize zu schaffen und mit den Mitteln auszukommen, die zur Verfügung stehen. Das Resultat ist dann ein ausgeglichenes Budget. Kein Überschuss, kein Finanzloch, keine Steuererhöhungen oder -reduktionen. Der Stadtrat präsentiert uns genau das erwartete, ausgeglichene Budget.

Trotzdem, wenn wir das jetzige Budget und vor allem den Finanz- und Aufgabenplan im Detail anschauen, so ist die GLP bei diesem Resultat ein bisschen hin- und hergerissen. Wie gesagt, das Budget kommt mit einer Punktlandung daher. Eine Tatsache, die nach der letztjährigen Steuerfussanpassung ganz klar unseren Erwartungen entspricht. Schaut man nun genauer hin, so bemerkt man, dass um dieses Resultat zu erreichen, aus den Stadtwerken ein zusätzlicher Extrabetrag von 3 Millionen dem Budget beigesteuert wird. Eine Massnahme, welche wir im vorangegangenen Geschäft unterstützt haben. Die Möglichkeit, diese Abschöpfung von Stadtwerk zu erhöhen, haben die Grünliberalen bereits vor einem Jahr vorgeschlagen. Nur war damals unsere Forderung ganz klar, dass dieses Geld direkt in die Klimapolitik investiert wird und nicht für den allgemeinen Steuerhaushalt verwendet werden soll. Das kann beim heutigen Budget so nicht direkt abgeleitet werden und somit dieses Geld jetzt halt indirekt für die Klimapolitik genutzt werden wird. Immerhin.

Aber genau das ist ein bisschen das Problem mit dem aktuellen Budget. Was uns in diesem Budget fehlt, ist die klare Deklaration aller Massnahmen, deren Kosten hin zu einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik für die Stadt Winterthur. Zwar bestätigt der Stadtrat, dass im Budget und im FAP die aktuellen Klimamassnahmen, welche im Massnahmenplan 2021 – 2028 deklariert sind, vollständig enthalten sind. Doch leider sind diese sehr schwierig bis unmöglich zu erkennen. Doch nach dem sehr starken Ausrufezeichen der Winterthurer Stadtbevölkerung mit über 60% Zustimmung zu einer progressiven Klimapolitik und Netto Null bis 2040 muss man da spätestens für das Budget 2023 nachbessern.

Zudem werden aktuell in diesem Budget, gerade im Bau, extra Stellen geschaffen. Wir erwarten entsprechend auch ein höheres Tempo Richtung Netto Null.

Auch wenn das Budget 2022 ausgeglichen daherkommt, so ist uns absolut bewusst, dass es auch Sondereffekte geben kann, welche dieses Ergebnis im Jahr 2022 beeinflussen können. So wissen wir heute noch nicht, was die aktuelle Pandemie für Auswirkungen auf das Jahr 2022 haben wird. Wichtig ist uns aber, dass diese Effekte – sowohl positiv wie auch negativ – sauber ausgewiesen respektive abgegrenzt werden.

Weiterhin macht uns die negative mittelfristige Entwicklung der Stadtfinanzen Sorgen. Die Entwicklung vom FAP bleibt weiterhin äusserst beunruhigend und es müssen diesbezüglich vom Stadtrat schnell weitere griffige Massnahmen überlegt werden. Ein ausgeglichenes Budget soll nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden. Und wenn wir das prognostizierte Minus anschauen, so ist das deutlich grösser als die deklarierten Klimamassnahmen, um das Ziel Netto Null zu erreichen. Die GLP hat schon vor einem Jahr gefordert, dass sich der Stadtrat sofort und verstärkt der Verbesserung dieser Mittelfristplanung annimmt, im Besonderen, um die geforderten Massnahmen für genau diese Klimapolitik auch umsetzen zu können. Es scheint somit eine Tatsache zu sein, dass man sich leider eben nicht in ausreichendem Mass um diese Pendenz gekümmert hat. Auch wenn sich der FAP im Budget 2022 im Vergleich zum FAP im Budget 2021 verbessert hat.

Aber heute geht es um das Budget 2022. Wir danken dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Erstellung des Budgets und freuen uns auf eine konstruktive Diskussion.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Heute halte ich mein sechstes Budgetvotum. Auf viele Punkte haben wir in all diesen Jahren als Mitte/EDU-Fraktion jeweils hingewiesen:

Dass der Free Cash Flow bei der Höhe der Investitionen berücksichtigt werden muss, damit keine weiteren Schulden aufgebaut werden. Wir haben mehr Effizienz und ein griffiges Controlling gefordert. Wir haben auch aufgefordert, das WOV richtig zu leben und das Globalbudget zu bestimmen und uns nicht in den Details zu verlieren. Wir haben nach der Annahme der Schuldenbremse moniert, dass die Annahme durch das Stimmvolk ein klarer Auftrag an den Stadtrat sei, das Ausgabenwachstum zu begrenzen und die Investitionen so zu planen, dass die Verschuldung nicht mehr weiterwächst. Das gilt selbstverständlich auch für die Eigenwirtschaftsbetriebe. Und es liegt am Stadtrat und insbesondere dem Finanzchef, die Vorgaben so zu machen, dass die Verschuldung nicht zunimmt und auch Eigenkapital geäufnet werden kann. Und dies nicht über die Einnahmenseite!

Wir forderten im Gemeinderat eine Diskussionskultur, die vermehrt diskutiert, was ist wirklich notwendig (was ist Pflicht), was kann man effizienter machen und was ist Kür bzw. was ist Verschwendung oder Luxus.

Nichts von alledem findet man im Budget 2022 wieder.

Die Verwaltung wächst noch immer stärker als die Bevölkerung. Und auch die Schulden steigen weiterhin.

Und es herrscht noch immer auf der links-grünen Seite die Ansicht, wir könnten einfach die Einnahmenseite, sprich die Steuern, erhöhen. Und sie schauen kommentarlos zu, wie Winterthur gute Steuerzahlende verliert.

Und vermutlich könnte ich hier jetzt fast jedes meiner vergangenen Voten halten ohne dass es auffallen würde - leider auch ohne dass sich etwas ändern würde.

Aber wir von der Mitte/EDU-Fraktion bleiben weiterhin engagiert am Ball, nehmen unsere Sisyphus-Arbeit weiterhin ernst und arbeiten konstruktiv mit. Wir haben dieses Jahr und werden auch zukünftig verstärkt unseren Fokus (auch, neben anderen Themen) auf die Primärkosten

der zentralen Bereiche legen. Dies sind die Kosten, die von den zentralen Diensten wie z.B. Informatik, Personal, Immobilien auf die einzelnen Produktgruppen umgelagert werden. Bei der Bewirtschaftung dieser Kosten sehen wir insbesondere den Stadtrat in der Verantwortung. So haben wir auch dieses Jahr wiederum festgestellt, dass an vielen Orten/Produktgruppen die Informatikkosten stark gestiegen sind, ohne dass eine erkennbare, erklärbare Leistungsänderung stattgefunden hat. Die IDW hat ihren Deckungsgrad in einzelnen Produkten von über 100 Prozent nochmals gesteigert. Das geht aus unserer Sicht nicht, weil dies die anderen Produktgruppen nicht motiviert für ihre Efforts, die Effizienz zu steigern oder Kosten einzusparen bzw. Ausgaben und Einnahmen im Griff zu halten; denn diese werden durch diese höheren Primärkosten weggefressen. Und wir weisen hier bewusst auf den Deckungsgrad der einzelnen Produktgruppen der IDW hin, weil der Deckungsgrad der gesamten IDW bleibt in etwa gleich, wird aber, wie wir wissen, von vielen Faktoren beeinflusst, die die IDW auch nicht steuern kann. Der Stadtrat muss sicherstellen, dass diese Primärkosten der zentralen Bereiche nicht laufend ansteigen und einfach auf die Produktgruppen umgelegt werden. Und vielleicht müssten wir uns in der Kommission einmal Gedanken machen darüber, ob es sinnvoll wäre, zwei Deckungsgrade zu machen: Einen vor und einen nach der Umlagerung.

Mit welcher Nonchalance das Budget aufgestellt wurde, zeigt sich bei den Ausgaben für die neue Schulpflege. Diese Kosten wurden scheinbar einfach beim Departement Schule budgetiert. Sie werden aber nirgends transparent gemacht und ausgewiesen. Wir hätten erwartet, dass wie bei der anderen gesamtstädtischen Exekutive – dem Stadtrat – vorgegangen worden wäre. Dies hätte bedeutet, dass es im Kapitel «Behörden und Stadtkanzlei» eine neue Produktgruppe «Schulpflege» hätte geben müssen. Wir fordern den Stadtrat auf, im nächsten Jahr eine übersichtliche und transparente Lösung zu präsentieren zum Thema Schulpflege.

Die Fraktion der Mitte/EDU tritt trotz diesen Kritikpunkten auf das Budget ein.

Stadtrat K. Bopp: Vielen Dank, Felix Helg, für die Präsentation. Es freut mich jedes Mal sehr, wenn man einen Dank gegenüber der Verwaltung ausspricht, wie das etliche gemacht haben. Diesem Dank möchte ich mich auch anschliessen. Ein solches Budget ist immer eine riesengrosse Arbeit, die darin steckt, das sehen Sie auch, wenn Sie diese Bücher anschauen. Ich habe einen kleinen Punkt, den ich zur Präsentation von Felix Helg anmerken möchte, zur Präsentation, die er in der Rolle als Kommissionspräsident gemacht hat. Er hat dort die Verschlechterung im Budget aufgeführt und als zusätzlichen Punkt das Stellenwachstum. Aber gerade vorher war die Kinderbetreuung plus 2.2. Millionen und dann das Stellenwachstum plus (wie)? nochmals so viel. In den 2.2 Millionen ist das Stellenwachstum natürlich drin. Das kann man nicht zwei Mal verbuchen, das Stellenwachstum ist nicht zusätzlich. Sondern das ist natürlich in den anderen aufgeführten Wachstumspositionen enthalten.

Was oft erwähnt wurde, ist das Thema, ob es ein Wahlkampfbudget oder ein geschöntes Budget ist. Natürlich sind wir nicht unglücklich, dass wir in diesem Jahr ein – wie Ihr das genannt habt – unspektakuläres Budget präsentieren können. Aber gestöhnt – äh, geschönt (das war jetzt auch ein guter Versprecher) ist das ganz sicher nicht. Wir haben hart gearbeitet und dabei gestöhnt, sowohl im Stadtrat und insbesondere auch in der Verwaltung. Wir haben klare Ziele gesetzt und die Organisationseinheiten auch in die Verantwortung genommen. Und dass wir damit erfolgreich waren und dieses ausgeglichene Budget präsentieren können, ist zwar auch gewissen glücklichen Umständen geschuldet, das ist klar und wurde auch erwähnt, aber es hat sicher nichts mit geschönt zu tun, sondern mit seriöser Budgetarbeit. Ich bitte Sie deshalb, auch das entsprechend zu würdigen, denn ich möchte, dass diese Disziplin auch die nächsten Jahre möglich bleibt.

Es wurde immer wieder genannt, das zusätzliche Geld, quasi die Geschenke, die wir bekommen aus dem Finanzausgleich, aus dem Soziallastenausgleich usw. Einerseits war das jeweils eine unvollständige Darstellung, die Ihr gemacht habt, denn diesen Mehreinnahmen gegenüber stehen wachsende Kosten, stehen Mindereinnahmen durch STAF, nach wie vor Mehrausgaben durch Corona (z.B. auch massiv höherer ZVV-Deckungsgrad) und ganz viele

weitere Posten. Am Schluss ist es immer eine Summe aus Einnahmen- und Ausgabenveränderungen, die aufgehen muss.

Und deshalb auch ganz konkret an Iris Kuster: Ihr könnt doch jetzt nicht ein Budget verabschieden, das einen Verlust aufweist, und gleichzeitig mehr Eigenkapital fordern! Das ist irgendwie ein Widerspruch in sich, das funktioniert so nicht. Schlussendlich ist es dem Eigenkapital auch egal, ob es auf die Einnahmenseite oder auf die Ausgabenseite geht. Wenn der Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss verabschiedet, verabschiedet er ein Budget, das unser Eigenkapital schmälert.

Auch das Thema IDW hat mich schon ein bisschen verstört, muss ich sagen. Kostensteigerungen ohne erkennbare Mehrleistung... Also ich kann mich erinnern, dass wir sehr ausführlich diese Mehrleistungen, die seit 2016 anfallen, aufgezeigt haben. Es hat sich vieles verändert: Z.B. HomeOffice. Man will offensichtlich hier drinnen die Früchte des HomeOffices irgendwie erzwingen, aber die Kosten des Home Offices nicht mittragen. Ich muss das fast so interpretieren. Auch das Thema Digitalisierung. Auch wenn man über die Verschuldung spricht: Wir haben grosse Investitionsvorhaben. Wir haben ein Wachstum, das anerkannt worden ist. Wir haben einen Klimaschutz, der anerkannt worden ist. Wir haben auch immer wieder das Thema Digitalisierung, wo wir einen riesigen Investitionsbedarf haben. Wir müssen zusammen schauen, wie wir das unter einen Hut bringen. Niemand will übermässige Verschuldung in dieser Stadt. Und wir haben aber auch ganz viele wichtige Aufgaben, die wir auf der anderen Seite auch nicht vernachlässigen dürfen.

Dann wurde gesagt im Rat, ich hätte gesagt, man dürfe ja nicht von dem beantragten Steuerfuss vor einem Jahr abweichen. Und jetzt geht es trotzdem. Ich möchte da nur darauf hinweisen: In einem Jahr, wenn wir den Mittelfristausgleich anschauen, dann fällt das gute 2018 weg. Das sind 37 Millionen Ertragsüberschuss, die wir in der Rechnung 2018 hatten, die wegfallen und die wir nicht mehr einfach so kompensieren können. Im Moment sind wir bei einem Plus von gut 8 Millionen im Mittelfristausgleich. Also selbst, wenn das neue Jahr 2026 mit einem Null dazu kommt, werden wir noch bei weitem den Mittelfristausgleich nicht erreichen. Das heisst, wir haben nach wie vor Herausforderungen vor uns. Und selbstverständlich hätte die Steuererhöhung, die wir letztes Jahr beantragt haben, eine Entlastung gebracht. Jetzt sind wir dran, diese Entlastung anders zu suchen – gemeinsam. Und ich denke, wir waren sehr erfolgreich, wenn wir jetzt dieses Budget anschauen.

Und ganz zum Schluss: Es wurde erwähnt, der zusätzliche Antrag, den wir jetzt spontan einbringen. Ganz so spontan ist er natürlich nicht. Wir hatten diesen Antrag selbstverständlich schon rechtzeitig diskutiert in der Aufsichtskommission. Es ist so, dass wir die 6. Ziffer im Dispositiv vor einem Jahr drin hatten mit der aufschiebenden Wirkung. Ich werde das jetzt vorlesen. Das wäre die 6. Ziffer im Dispositiv: «Einem Rekurs oder einem Rekurs in Stimmrechtsachen wird die aufschiebende Wirkung entzogen». Das ist genau die gleiche Ziffer, die wir vor einem Jahr drin hatten. Wenn wir das nicht drin haben, dann wäre es so, dass wir am 1. Januar kein rechtsgültiges Budget haben. Und deshalb empfehlen wir Ihnen da wirklich, dass wir diese zusätzliche Ziffer so hineinnehmen können.

Ich danke und jetzt bin ich gespannt auf eine inhaltliche und gute Budgetdebatte.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Da kein Antrag auf nicht Eintreten auf das Budget gestellt wurde, sind alle Fraktionen auf das Budget eingetreten und wir werden jetzt in die Detailbehandlung einsteigen.

Die Detailbehandlung wird entlang der einzelnen Departemente und Produktgruppen stattfinden, gemäss dem Drehbuch, das Ihr alle zugeschickt bekommen habt bzw. das der Presse ausgedruckt vorliegt. Wir werden die Produktgruppen einzeln durchgehen. Wenn keine Bemerkungen oder Anträge zu einer Produktgruppe bekannt sind, gilt diese als genehmigt. Sind Anträge vorhanden zu einer Produktgruppe, werden wir es so machen, dass wenn es mehrere Anträge gibt, alle Anträge vorgestellt werden und diese dann gemeinsam diskutiert werden können. Und dann wird natürlich je nach Antrag einzeln darüber abgestimmt.

Die Kommissionsanträge werden von den Kommissionsreferentinnen und -referenten jeweils kurz vorgestellt, Fraktionsanträge von einer Person aus der Fraktion.

Ein Hinweis noch, das steht auch im Drehbuch auf der vordersten Seite: Das ist der Hinweis auf das erhöhte Quorum. Aufgrund der Ausgabenbremse müssen wir das immer dann beachten, wenn die Festsetzung der einzelnen Globalkredite über den Antrag des Stadtrats hinausgeht, dann gilt das erhöhte Quorum, d.h. eine Mehrheit von allen Gemeinderatsmitgliedern muss diesem Antrag zustimmen. Es ist im Budgetbuch vermerkt. Es betrifft zusätzlich noch einen der zwei Vorstösse, die die GLP noch über das Wochenende eingereicht hat, aber ich werde das jeweils noch sagen.

Und ich schlage vor, so wie wir es auch in den letzten Jahren schon gemacht haben, dass wir die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich mit der Ziffer 9 bei der Abschlussabstimmung behandeln und nicht schon in der Detailbehandlung, weil wir ja den Steuerfuss eigentlich immer erst am Schluss festlegen. So viel zu den Hinweisen.

Dann steigen wir ein in die Budgetbehandlung.

Wir beginnen mit dem Departement Kulturelles und Dienste.

PG Personalamt

Da gibt es einen Kommissionsantrag. Da bitte ich den Kommissionsreferenten Dominik Siegmann, diesen kurz zu begründen.

D. Siegmann (AK): Der Antrag ist eine kleine Sache. Im Personalamt wurden die WOV-Indikatoren überarbeitet und entsprechend ist der Kommentar eindeutig: «Das Personalamt liegt bei der Anzahl der Kurzabsenzen unter dem Durchschnitt der gesamten Stadtverwaltung.» Vergessen ging dort das eigentliche Kriterium, das Wort «erfüllt». Es ist eine rein formale Korrektur.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wird da noch das Wort gewünscht? Schliesst sich der Stadtrat dem an?

Stadtpräsident M. Künzle: Ja, wir schliessen uns an. Wir könnten noch lange diskutieren darüber, ob jedes Ziel, das man sich setzt, erfüllt werden sollte, aber wir schliessen uns an.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. In diesem Fall können wir gleich über den Antrag der Kommission abstimmen.

Wer diesem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

In diesem Fall wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

PG Stadtentwicklung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Bibliotheken: Keine Anträge, genehmigt.

PG Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: Keine Anträge, genehmigt.

PG Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: Keine Anträge, genehmigt.

PG Rechtspflege: Keine Anträge, genehmigt.

Wir gehen gleich weiter zum Departement Finanzen.

PG Finanzamt: Da gibt es zwei Anträge, zum einen einen Kommissionsantrag und zum anderen einen Antrag der Fraktion. Da bitte ich um die Vorstellung. Zuerst hat das Wort der Referent der Aufsichtskommission, Roland Kappeler.

R. Kappeler (AK): Die Anträge sind vorne eingebündelt. Die Aufsichtskommission hat mit 7:4 Stimmen den oberen Antrag beschlossen, dass nämlich vom geplanten Stellenaufbau im Fi-

finanzamt die eine Stelle für die Finanzbuchhaltung nur befristet bis 31.12.2023 bewilligt werden soll. Und entsprechend im Budgetantrag bei der Übersicht befristete Stellen aufgeführt werden soll.

Die Begründung: Beide Stellen (diejenige, die jetzt hier nicht diskutiert wird und diejenige, über die wir jetzt sprechen) sind unter anderem zusammen mit der Einführung ERP begründet worden. Nach ausführlicher Diskussion in der Aufsichtskommission haben wir das insofern bereinigt, dass man da sagte, die eine Stelle hat nicht wirklich mit ERP zu tun und die andere auch nicht wirklich, sondern es soll neu die Stellvertretung Finanzbuchhaltung auch in den Stellenplan aufgenommen werden, zusammen mit einer kleinen Reorganisation. Und da fand die Aufsichtskommission mehrheitlich, das könne man zwar jetzt so anschauen, aber man müsse das befristen, bis man definitiv wisse, wie die personelle Situation nachher aussieht.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Für das Vorstellen des Fraktionsantrags, der auch das Finanzamt betrifft, hat das Wort Felix Helg.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt dem Rat, den Kredit für die Ablösung des ERP-Systems als «nicht gebunden» ins Budget aufzunehmen. Es müsste dort also eine andere Signatur stehen, es wäre also statt dem §-Zeichen das #-Zeichen.

Die Einführung eines neuen ERP-Systems für die Finanzprozesse der Stadt ist ein komplexes und finanziell bedeutendes Projekt (es geht um rund 10 Millionen Franken), das der Stadtrat als «gebundene Ausgabe» in eigener Kompetenz bewilligen will. Zu den Begriffselementen von gebundenen Ausgaben gehört der Aspekt, dass bei der sachlichen, zeitlichen und örtlichen Umsetzung kein erheblicher Entscheidungsspielraum besteht. Wir bezweifeln, dass in sachlicher Hinsicht wirklich kein Entscheidungsspielraum bestehen soll. Hinsichtlich Projektumfang und Funktionalitäten gibt es nicht nur eine einzige Lösung. Deshalb soll der Kredit dem Parlament unterbreitet werden, das eine politische Würdigung vornehmen kann, gerade auch aufgrund der sehr hohen Kredithöhe und aufgrund des hohen Realisierungsrisikos, das man bei solchen umfangreichen IT-Projekten hat.

R. Kappeler (SP): Ich spreche gleich zu beiden Anträgen. Die SP stellt den Ablehnungsantrag gegen den AK-Antrag. Wir sind der Meinung, das Finanzamt hat genügend dargelegt, dass die Stellvertretung Finanzbuchhaltung in der definitiven Organisation nötig ist. Und wir erachten es als sinnvoll, dass das Finanzamt – gerade im Hinblick auf das Grossprojekt ERP – gut aufgestellt ist. Wir wollen deshalb diese Stelle nicht nur befristet, sondern definitiv genehmigen.

Gleichzeitig wehren wir uns vehement gegen den Antrag der FDP, das Gebundenheitszeichen zu ersetzen. Wir müssen uns bewusst sein: Wenn wir da ein # setzen, dann geht es bei einem 10 Millionen-Kredit zwingend in eine Volksabstimmung. Das ist möglich, das ist klar, aber das verzögert zum einen das Projekt. Und dann gäbe es ja noch die Möglichkeit, dass wird der Stadtrat später auch noch ausführen, dass der Stadtrat nicht die ganzen 10 Millionen als gebunden erklärt, sondern nur einen Teil davon als gebunden erklärt. Wenn wir hingegen jetzt da das # setzen und eine Weisung verlangen, gibt es diese Unterscheidung später nicht mehr. Dann gäbe es nur noch den Rechtsweg, dass der Stadtrat diese Gebundenheit via Bezirksrat vielleicht doch probiert durchzusetzen. Und auch das wäre eine zeitliche Verzögerung. Was gewinnen wir also mit dem Formalismus dieses Zeichenwechsels? Nichts. Wir verlieren einzig Zeit. Und dem Argument, die sachliche Dringlichkeit sei nicht gegeben, welches Felix Helg gebracht hat, dem muss man ganz klar widersprechen. Das alte System läuft aus, die Lizenzen laufen aus. Es kann kein Support mehr geleistet werden. Und damit ist sachlich der Ersatz ganz klar dringend und zwingend. Dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, wie das neue System aussieht, die neue Software, das ist klar, dass es da Varianten gibt, deshalb wird das auch öffentlich ausgeschrieben. Aber das heisst nicht, dass der Ersatz sachlich nicht dringlich ist. Es gibt also eigentlich gar keinen Grund für diesen Zeichenwechsel. Danke für die Unterstützung.

F. Kramer-Schwob (EVP): Eine Stellvertretungsstelle ist befristet zu bewilligen, es geht darum, eine vorläufige Situation zu entschärfen. Diesem Antrag stimmen wir zu.

Zum FDP-Antrag: Wir teilen die Ansicht der FDP, dass der Stadtrat mehr Zurückhaltung zeigen dürfte bei der Deklaration als gebunden. Der definitive Entscheid beim Informatikprojekt ist aber noch nicht gefällt und wir würden es sehr begrüssen, wenn der Stadtrat mit einer Weisung ins Parlament kommen würde für den Teil des Projekts, bei dem es nicht strikt um einen 1:1-Ersatz der bisherigen Programme geht. Dass im gesamten Projekt die Voraussetzungen für eine Gebundenheit gegeben ist, glauben wir nämlich auch nicht. Der Stadtrat hat aber glaubhaft versichert, dass die Zustimmung zum FDP-Antrag zu einem unsinnigen administrativen Aufwand führen würde. Wir können sagen: Selbst schuld, das soll Euch eine Lehre sein. Das möchten wir aber nicht. Wir möchten gerne nochmals unser Vertrauen aussprechen, dass da noch eine Weisung kommt. Und wir lehnen deshalb den Antrag der FDP trotz Verständnis dafür ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir lehnen sowohl den Kommissionsantrag wie auch den FDP-Antrag ab. Zur Befristung dieser Stelle muss man darauf hinweisen, dass das Finanzamt seit Jahren personell relativ knapp dotiert ist. Und dass es so eigentlich klar ist, dass wenn man diese Stelle jetzt schafft, dass wir die nicht nur befristet schaffen – sondern wir schaffen sie definitiv.

Zum ERP-System muss man berücksichtigen, dass die Stadt Winterthur ein ERP-System hat. Die Lebensdauer dieses Systems ist abgelaufen und es muss ersetzt werden. Und damit ist es klar, dass es grundsätzlich gebunden ist. Es wäre so, wie wenn man bei einer Immobilien-sanierung sagen würde: Ja, das Haus hat zwar ein Dach, aber die Biberschwanzziegel, die jetzt drauf sind, die kann man einfach nicht vergleichen mit den Ziegeln, die wir nachher haben. Letztendlich geht es nämlich darum, dass ein Dach ein Dach ist und ein Dach schützt vor dem Regen – egal ob mit Biberschwanzziegeln oder anderen. Und in beiden Fällen sind das gebundene Kosten.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Zur Stellenbefristung: Die Mitte/EDU sieht, dass die Verwaltung ein neues ERP-System braucht für die Finanzen, das Rechnungswesen, das Personal. Auch wir vom Gemeinderat haben noch Bedürfnisse, Forderungen an das Budget und die Jahresrechnung, die wir schon öfters eingebracht haben und die dann, wenn das ERP endlich da ist, hoffentlich endlich berücksichtigt werden können.

Wir sind also nicht gegen die Einführung des ERP, wir wollen aber nicht Stellen auf Vorrat schaffen und vor allem wollen wir sehen, was nach der Einführung noch gebraucht wird. Schliesslich versprechen wir uns vom neuen System auch Effizienzsteigerungen und damit verbunden hoffentlich Einsparungen.

Wir von der Mitte/EDU stimmen deshalb der Befristung zu.

Zur Gebundenheitserklärung: Der Stadtrat hat 10 Millionen für gebunden erklärt. Das ist ein stattlicher Betrag und bedingt für uns eine konstruktive Diskussion – zumindest im Gemeinderat oder der Kommission. Wir wollen nicht immer erst um fünf vor zwölf einbezogen werden und quasi vor vollendete Tatsachen oder unter Zeitdruck gestellt werden. Und Christian: Es geht nicht um das Dach, das geflickt werden muss. Sondern es geht darum, ob es den Wintergarten braucht oder nicht.

Als klares Zeichen, dass wir als Gemeinderat besser einbezogen werden wollen, unterstützen wir den Antrag.

S. Kocher (GLP): Zuerst zum Kommissionsantrag: Der Ersatz ERP-System ist erst gestartet, die Stelle steht in direktem Zusammenhang mit diesem Projekt. Deshalb sollte diese Stelle auch entsprechend befristet werden. Entsprechend werden wir dem Antrag zustimmen. Wenn es um die Gebundenheit beim FDP-Antrag geht: Der Ersatz des aktuellen Systems muss gemacht werden, das ist sehr komplex. Aber wir sehen da keine Bedenken bei der Gebundenheit. Die angesprochene zeitliche Verzögerung durch eine Volksabstimmung sehen wir eher als zusätzliches Risiko für das Gesamtprojekt. Entsprechend werden wir diesen Antrag der FDP nicht unterstützen.

D. Oswald (SVP): Der Befristung der Stelle werden wir zustimmen, das war auch in der Kommission schon so.

Ich möchte mich gerne noch zum Thema Gebundenheit äussern. Mich erstaunen die Voten aus dem Plenum schon etwas. Wenn ich es kurz etwas plakativ zusammenfasse, heisst es: Wir wollen nicht in eine Volksabstimmung, deshalb machen wir es gebunden. Eine grössere Missachtung des Stimmbürgers kann einem da eigentlich nicht mehr entgegen schlagen. Es ist klar, Software ist wichtig. Aber nicht nur Software ist wichtig, sondern auch anderes. Aber im Gegensatz zu dem, was alles gesagt wurde, ist es nicht wie beim Stadtbuss, der sich abnutzt. Software nutzt sich nicht ab.

Es ist schon frappant, hier einfach zu sagen, die Lizenz läuft aus und wir müssen jetzt und dass man so unter Druck setzt. Und noch mehr erstaunt es mich, wie da auch Parlamentarier offenbar bereitwillig diesem Druck nicht standhalten können.

Für mich ist es ein Planungsfehler, wenn man jetzt so spät kommt, dass man den normalen Weg nicht mehr gehen kann, dass man die Gremien, die zur Entscheidung beitragen können, auch zur Entscheidung einladen kann.

Wir werden dieser Änderung auf nicht gebunden zustimmen und wir würden uns wirklich freuen, wenn wir bei Projekten in dieser Grössenordnung so hineingehen könnten, dass wir nicht Angst haben müssen vor einer Volksabstimmung.

F. Helg (FDP): Zuerst zum Kommissionsantrag mit der Befristung dieser Stelle, welcher ja auf einen Antrag unserer Fraktion zurückgeht und der jetzt wohl auch eine Mehrheit finden wird, so wie die Voten jetzt ausfallen. Da möchte ich nur nochmals betonen, dass es eben darum geht, kein fait accompli zu schaffen mit einer unbefristeten Stelle. Es wurde uns in der Kommission auch aufgezeigt, dass da einiges in Bewegung ist. Es ist noch gar nichts bewilligt und die personelle Situation im Finanzamt ist auch noch nicht ganz geklärt. Von daher macht es Sinn, die Stelle zu befristen, und dann schaut man 2023 weiter.

Dann zu unserem FDP-Antrag zum ERP-System: Eigentlich kann ich anknüpfen am Votum von Kollege Dani Oswald: Wenn man aus Angst vor dem Volksrecht die Gebunden-Erklärung durchdrückt – meine Damen und Herren, das ist wirklich dicke Post! Wenn es ein gutes Projekt ist, dann muss man vor einer Volksabstimmung keine Angst haben. Und wenn es dem Gemeinderat bzw. dem Stadtparlament vorgelegt werden würde, dann hat der Mechanismus eben auch etwas für sich: Dann hat es eine kostendämpfende Wirkung. Und vielleicht sind es dann eben nicht 10 Millionen, sondern nur 7,5 Millionen, und dann gibt es auch keine Volksabstimmung. Das muss man auch noch sehen.

Dazu kommt, dass wir vom zukünftigen Stadtparlament dann auch betroffen sind von diesem System, weil ja da auch die Reportinginstrumente gegenüber dem Gemeinderat erneuert werden sollen. Und da ist es sicher auch wichtig, dass wir da miteinbezogen werden. Und das wäre der Fall, wenn man eine Weisung an den Gemeinderat bzw. das zukünftige Stadtparlament machen würde, als das am Parlament vorbei durchzuschleusen.

R. Kappeler (SP): Nur ganz kurz, Felix Helg: Kein Mensch hier drinnen sagte, man hätte Angst vor einer Volksabstimmung. Ich habe gesagt, eine Volksabstimmung bringt uns nicht sehr viel, aber es kostet sehr viel Zeit. Und auch die anderen Redner, die das Wort Volksabstimmung in den Mund genommen haben, sagten nicht, man wolle das irgendwie am Volk vorbeischmuggeln.

Stadtrat K. Bopp: Zur Stelle: Wir sind überzeugt, dass wir diese Stelle langfristig brauchen. Diese Stelle steht auch nicht in direktem Zusammenhang mit dem ERP, das haben wir auch mehrere Male so erläutert. Selbstverständlich wird die Stelle, so wie sie jetzt mit dem ERP zu tun hat, auch bei einer Ablösung mit dem ERP zu tun haben. Aber es ist nicht so, dass es diese Stelle wegen dem ERP braucht. Auf der anderen Seite: Wenn wir diese jetzt befristet bekommen für zwei Jahre und in zwei Jahren nochmals über dieses Thema sprechen, dann schliessen wir uns dem nicht an, aber wir können damit weiterarbeiten und dafür bin ich froh.

Anders sieht es beim Projekt ERP aus und da möchte ich kurz etwas ausholen. Das Ganze ist wirklich so: Wir haben zwei Systeme, die mit dem Lebenszyklus am Ende sind. Und es ist so: Die Software an und für sich nützt sich nicht ab. Aber die Software läuft auf alten Systemen, hat Schnittstellen, die nicht unterstützt werden etc. Gerade jemand mit einem IT-Hintergrund müsste wissen, wie schwierig das mit der Zeit ist. Und auch die Unterstützungs- und Supportleistungen dieser Unternehmen nehmen ab.

Was wir in diesem Projekt machen möchten: Im Vordergrund steht absolut der 1:1-Ersatz des bisherigen Systems. Wir haben keinen Wintergarten eingeplant. Ich habe vorhin gerade nochmals nachgeschaut: Es ist kein Wintergarten drin. Wir haben wirklich nur die ganz grundlegenden Dinge drin, die wir machen müssen. Wir haben ganz bewusst nicht etwas dazu genommen und haben es bewusst schlank gehalten. Felix Helg hat sich mit den Realisierungsrisiken eines solchen IT-Projekts beschäftigt und gemerkt, die Realisierungsrisiken steigen exponentiell mit zunehmenden Anforderungen. Das ist ja überall bekannt. Und deshalb wollten wir genau darauf verzichten.

Wenn wir dieses Projekt verändern, dann gibt es eigentlich nur eine Richtung: Das hiesse mehr Komplexität und damit mehr Realisierungsrisiken.

Ganz wichtig – das ist wirklich ganz wichtig: Wenn Sie heute dieses Gebundenheitszeichen drinlassen, ist das keine Gebundenheitserklärung. Sie drücken da also nicht die Gebundenheit gegenüber der Bevölkerung. Sondern der Stadtrat, der für die jeweiligen Gebundenheitserklärungen zuständig ist, muss das nach wie vor – zu gegebenem Zeitpunkt, wenn die Details klar sind - begründen. Und wenn es darin Teile hat, bei denen man zum Schluss kommt, dass diese nicht gebunden sind, weil sie vielleicht doch etwas über das Minimum herausgehen, die ein solches ERP heute haben muss, dann werden wir das selbstverständlich auch nicht als gebunden erklären und entsprechend eine Vorlage für einen nicht gebundenen Kredit stellen.

Und deshalb: Wenn Sie das Gebundenheitszeichen herausnehmen, können wir keine Teile mehr davon als gebunden erklären. Damit würden Sie uns wirklich einen Knüppel zwischen die Beine werfen, was die Digitalisierung anbelangt. Das würde uns sehr weit zurückwerfen in der Zeit. Gerade in der Digitalisierung sollte man schnell sein, wo es darum geht, vorwärtszumachen.

Das Reporting wurde noch angesprochen. Es geht hier nicht um das Reporting. Ob da ein Gebundenheitszeichen steht oder nicht, das hat keinen Einfluss darauf, inwiefern Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte involviert sein werden, wenn es um das Reporting geht. Ich bin froh, wenn Sie das Gebundenheitszeichen drin lassen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir werden zuerst über den Kommissionsantrag abstimmen, über die Befristung der Stelle Stellvertretung Finanzbuchhaltung, bei dem ja ein Ablehnungsantrag der SP vorliegt.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Wer lehnt ihn ab?

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall wurde der Kommissionsantrag klar angenommen.

Wir gehen zum Antrag der FDP-Fraktion, den Gesamtkredit als nicht gebunden ins Budget aufzunehmen.

Wer dem FDP-Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Enthaltungen?

In diesem Fall wurde der FDP-Antrag abgelehnt.

Bei der Produktgruppe Finanzamt gibt es keine weiteren Anträge, von daher ist sie so genehmigt mit den Änderungen, über die wir gerade abgestimmt haben.

PG Informatikdienste (IDW): Da gibt es einen Kommissionsantrag. Ich bitte den Sprecher Samuel Kocher, diesen vorzustellen.

S. Kocher (AK): Der Globalkredit ist um 100'000 Franken zu kürzen. Die meisten Produkte der IDW weisen im Moment einen Kostendeckungsgrad von über 100% aus. Mit dieser Kürzung soll ein Ausgleich gegenüber dem erhöhten Kostendeckungsgrad geschaffen werden. Die Kommission hat diesem Antrag mit 7:4 zugestimmt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL stellt zum Kommissionsantrag einen Ablehnungsantrag. Die letzte Preisanpassung, Kaspar Bopp hat es vorhin gesagt, war 2016. Das ist inzwischen 5 Jahre her. Der letzte Benchmark hat klar gezeigt, dass die IDW preislich in einem vernünftigen Rahmen ist. Es geht auch nicht an, dass man irgendwie einzelne Produktgruppen herausnimmt, sondern man muss sehen, dass man im Endeffekt den Globalkredit der IDW kürzt. Und dann muss man auch sehen: Jetzt da 100'000 herauszuspitzen, das wäre total inkonsequent, dann müsste man auch bei den Informatikkosten jeder einzelnen Produktgruppe entsprechende Kürzungen vornehmen. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

D. Siegmann (SP): Es ist ja jedes Jahr dasselbe: Die fortschrittsgläubigen Start-up-Förderer und Optimierer von der anderen Ratsseite stellen einen Kürzungsantrag zur IDW, den Informatikdiensten Winterthur. Die Relevanz von einer zeitgemässen und zukunftstauglichen Informations- und Kommunikationstechnologie muss ich da wohl nicht mehr weiter betonen. Auch die zahlreichen Mehrleistungen – Kaspar Bopp hat es vorhin angetönt unter dem Stichwort HomeOffice etc. – welche die IDW erbracht hat, sind wirklich professionell und entsprechen den aktuellen Herausforderungen. Und das alles im vorgesehenen Budgetrahmen. Ein Wort zu dieser Stelle: Die eigentliche Stellenbeschreibung ist ein Digitalisierungs-Portfolio-Manager. Was abstrakt tönt, aber man kann es auf gut Deutsch so sagen: Es ist ein System, das allen zu Gute kommt, der ganzen Stadt, der ganzen Stadtverwaltung. Es ist kein SmartCity-Projekt, es ist einfach etwas, das dem Wandel der Zeit entspricht und speziell um die Anforderungen – die gestiegenen Anforderungen, die komplexer gewordenen Anforderungen – der Cyber-Kriminalität zu erfüllen.

Mein Vorredner hat es auch schon erwähnt: Die geschilderten Aufschläge der IDW für ihre Dienstleistungen sind insgesamt sehr moderat in den letzten 5 Jahren. Und andernorts freut man sich, wenn man einen Kostendeckungsgrad von über 100% erreicht, wie es in der IDW da gemacht wird. Deshalb ist das kein Anlass für Kritik.

Die SP bittet Sie, zugunsten einer zukunftssträchtigen und vor allem sicheren ITC-Strategie in der Stadt Winterthur diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Stadtrat K. Bopp: Ich halte mich kurz. Unter dem Strich ist es nicht so, dass die IDW einen Kostendeckungsgrad von über 100% hat, im Gegenteil. Der Deckungsgrad beträgt 99%, d.h. die IDW schreibt sogar insgesamt ohne diese Anpassung einen Verlust. Dass das unter den Produkten unterschiedlich ist, das ist so. Wir haben das Produkt 5, Zentrale Informatikdienstleistungen. Das sind diejenigen, die man nicht direkt weiterverrechnen kann. Da haben wir auch Kosten. Und da der Kostendeckungsgrad der ganzen Produktgruppe 100% sein sollte, heisst das, die anderen Produkte müssen zwingendermassen über 100% sein, damit das am Schluss wieder aufgeht.

Wie gesagt: Wir haben umfangreich aufgezeigt, was für Mehrleistungen die IDW seit 2016 erbringt. Selbstverständlich sind diese nicht gratis.

Ich möchte zwei Dinge nochmals herausstreichen, ich habe es vorhin schon erwähnt, wo wir wirklich zusätzliche Leistungen erbringen: Das sind nicht nur Lizenzkosten, sondern das sind auch Aufwendungen, die wir haben. Und das andere ist der steigende Sicherheitsbedarf. Darauf möchte ich auch nochmals hinweisen: Es geht da wirklich auch um das Thema Sicherheit bei der IDW. St. Gallen, das haben wir auch schon gehört, wurde mehrfach erfolgreich angegriffen. Wir sind bis heute von einem erfolgreichen Angriff verschont geblieben, zum Glück. Das ist aber nicht zwingend so, dass das immer so bleibt. Und deshalb, weil die Angriffe zunehmen, haben wir auch da steigende Kosten. Und deshalb bitte ich Sie, auf diesen Antrag zu verzichten.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir werden auch darüber abstimmen.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Kommissionsantrag ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall wurde der Kommissionsantrag angenommen.

PG Steuerbezug: Keine Anträge, genehmigt.

PG Immobilien: Da liegt ein Kommissionsantrag vor. Ich bitte den Kommissionsreferenten Christian Griesser, den Antrag zu begründen.

Ch. Griesser (AK): Da kann man es ganz kurz machen: Es ist so, dass es um den Stall im Eidberg geht und dort die Bewilligungskompetenz vom Zeichen '#' (noch nicht entschieden) auf ein 'S' ändert. Das heisst, der Stadtrat ist grundsätzlich kompetent, diese Entscheidung selbständig zu fällen. Man muss sehen, dass es dort ja schon einen Stall hat. Das heisst, ein Teil davon ist sicher gebunden. Und der überschüssige Teil – wir reden von einem Gesamtbetrag von 400'000 Franken – so oder so wieder in Stadtratskompetenz fällt. Die Kommission hat das mit 11:0 so entschieden.

Stadtrat K. Bopp: Wir schliessen uns dem an.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann stimmen wir über den Kommissionsantrag ab.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnt, soll das jetzt bezeugen.

Gibt es Enthaltungen?

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

PG Städtische Allgemekkosten und Erlöse: Da gibt es einen Kommissionsantrag. Da möchte ich darauf hinweisen, dass da das erhöhte Quorum gilt, d.h. die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder muss zustimmen. Das Wort zur Begründung hat der Referent Roli Kappeler.

R. Kappeler (AK): Die Kommission hat mit 6:5 Stimmen dem Antrag zugestimmt, den die SP gestellt hat: 25'000 Franken mehr einzusetzen in dieser Produktgruppe. In diese Produktgruppe kommen alle Sachen, die nicht ganz eindeutig zuzuordnen sind, deshalb hat es keinen sachlichen Zusammenhang, dass das hier drinnen ist, sondern es ist eine Leistung an Dritte. Es geht um 25'000 Franken Beiträge an den Verein Ferienprogramm Region Winterthur. Wie man im Drehbuch lesen konnte bei der Begründung: Die Stadt Winterthur hatte bis zum Jahr 2014 ein Ferienprogramm, das sie finanziert, aber nicht selbst angeboten hatte, in Zusammenarbeit mit Dritten. Das wurde in einer Sparrunde total zusammengekürzt, diese Produktgruppe, wo das Ferienprogramm drin war. Aufgrund dessen musste das Ferienprogramm eingestellt werden. Der Verein hat das übernommen, hat das aufgebaut und führt das seither in eigener Kompetenz durch. Er hat aber erhebliche Kosten zu tragen, was Jahr für Jahr grosse Schwierigkeiten verursacht, diese Finanzierung zusammenzubringen. Es geht bei den 25'000 Franken nur darum, diese 20%-Stelle oder eine:n Praktikantin:en zu finanzieren, die der Verein für die Organisation selbst finanziert. Es bleibt zusätzlich immer noch ganz viel ehrenamtliche Arbeit in diesem Verein.

Und ich möchte noch festhalten, dass der Beitrag einmalig ist. Wir werden dann mit einem Vorstoss fordern, dass man für diesen Betrag mittelfristig und längerfristig eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein macht.

Aber heute geht es um einen einmaligen Beitrag von 25'000 Franken.

R. Keller (SP): Nur noch ein paar Worte zur Ergänzung, weil das etwas ist, was mir sehr am Herzen liegt. Das Ferienprogramm bietet gerade für Kinder, die aus Familien kommen, die

wenig Kapazitäten haben, um mit ihren Kindern selbst etwas machen können, wie z.B. weg-fahren oder so, wirklich sehr coole, interessante Sachen an, bei denen sie etwas machen können, bei denen sie etwas lernen können und wo sie mit anderen Kindern zusammen sind. Und ich finde es wirklich – ich benutze das Wort sonst nicht so gerne – aber ich finde es ein bisschen armselig, dass sich Winterthur mit Nichts an dem beteiligt.

Zum Beispiel die Gemeinde Kleinandelfingen, die bezahlt 5'830 Franken an das Ferienprogramm. Die Gemeinde hat 2'032 Einwohner. Ihr könnt selbst rechnen, was das für Winterthur bedeutet. Ich finde wirklich, 25'000 Franken ist ein sehr mässiger oder sehr kleiner Beitrag an etwas ganz Wichtiges, gerade für Familien, die nicht so viel Geld haben, so dass sie ihren Kindern doch etwas bieten können. Danke vielmals, wenn Ihr das unterstützt.

F. Kramer-Schwob (EVP): Das Ferienprogramm ist uns ein Anliegen, weil es ein Angebot für sozial benachteiligte Familien schafft. Diese Familien können oftmals nicht teuer in die Ferien fahren. Manches Kind verbringt den Tag vor dem Fernseher, weil beide Eltern arbeiten. Und das HomeOffice hat das nicht besser gemacht. Für diese Kinder ist das Ferienprogramm total wertvoll.

Es ist aber, das betonen wir, keine Lösung, jetzt für ein Jahr Geld für das Ferienprogramm ins Budget hineinzuschmuggeln. Das Ferienprogramm muss sich um eine Leistungsvereinbarung kümmern, und zwar auch aktiv von sich aus.

Wir stimmen dem Antrag als einmalige Ausnahme zu.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU finden das Ferienprogramm auch, wie alle Vorredner, eine gute Sache. Und wir sprechen den Organisatoren unseren Dank und Anerkennung aus. Sie haben bewiesen, dass es möglich ist, bei Privaten und Stiftungen Geld für die Aufrechterhaltung und Durchführung für das Programm zu beschaffen.

Sie selbst haben einen Antrag an die Stadt auf 10'000 Franken gestellt. Dieses Gesuch wurde unserer Meinung nach sicher begründet abgelehnt. Nachdem das Ferienprogramm im Zuge eines Sanierungsprogrammes nicht mehr finanziell unterstützt worden ist und mit privater Initiative weitergeführt werden konnte, sehen wir nicht ein, weshalb jetzt wieder in die Stadtkasse gegriffen werden soll.

Dass nun die SP sogar 25'000 Franken für das Ferienprogramm ausgeben will, das jetzt privat funktioniert, irritiert uns und ist aus unserer Sicht nicht armselig. Das Gesuch war lediglich auf 10'000 Franken gerichtet und die SP will mehr als das Doppelte ausgeben.

Die Mitte/EDU-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen.

Und wir werden später oder nächste Woche dann sehen, wem die Kinder und deren sinnvolle Beschäftigung – sei es in der Freizeit oder beim Sport - wirklich wichtig sind und zwar während dem ganzen Jahr und nicht nur in den Ferien. Denn die Kinder brauchen eine sinnvolle Beschäftigung im ganzen Jahr. Und der Sport ist das. Wir werden das dann sehen, wenn es um die Unterstützung der Sportleitenden und den Erhalt der Gratisparkplätze für sie geht.

Denn auch Turnvereine sind für alle da und sie haben finanzierbare Beiträge, die unabhängig von der finanziellen Situation möglich sind. Und ich finde, sie machen super Arbeit. Und dass die jetzt noch zusätzlich für die Parkplätze zahlen müssen... Aber wir sehen es dann.

M. Wackerlin (PP/SVP): Das Mikrofon funktioniert nicht richtig, also muss ich halt etwas lauter sprechen.

Wir sehen das ganz gleich wie Iris Kuster. Wir begrüßen das Programm sehr und finden es schön, dass das privat finanziert werden kann. Aber nicht alles privat Finanzierte muss auch von der Stadt unterstützt werden, im Gegenteil, wir sind für mehr private Initiative und für weniger städtische Zuschüsse.

Dann haben wir auch den Punkt, dass eben genau das im Sparprogramm 2014 gestrichen wurde. Und wir können nicht nach jedem Sparprogramm anfangen, all das wieder einzuführen, was wir gestrichen haben. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat dort eine gute Auswahl getroffen hat und dass er einen Grund hatte, das dort zu streichen. Aus diesem Grund werden wir das auch nicht unterstützen.

S. Kocher (GLP): Wir können den Argumenten von Regula voll zustimmen und entsprechend unterstützen wir diesen Antrag. Wichtig ist aber, dass das in diesem Fall eine einmalige Sache ist im Budget. Und dass da schnell eine Leistungsvereinbarung erstellt wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Das Ferienprogramm ist erfolgreich und geschätzt und verdient deshalb eine Unterstützung der Stadt. Und es ist natürlich nicht so, dass wenn man einmal in einem Sparprogramm beschliesst, dass man etwas nicht mehr unterstützen will, dass man dann nicht darauf zurückkommen kann. Insbesondere dann, wenn es gute Gründe gibt. Und das ist beim vorliegenden Antrag gegeben.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion kann sich die Unterstützung dieses Antrags vorstellen, und zwar als Würdigung und Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit dieses Vereins. Das ist allerdings verbunden mit der klaren Erwartung, dass das ein einmaliger Beitrag ist. Wir sind der klaren Auffassung, dass baldmöglichst eine Leistungsvereinbarung ausgehandelt werden muss, die diese Finanzierung längerfristig sicherstellt.

R. Keller (SP): Ich möchte nur noch etwas zu dem sagen, was Iris sagte. Ich sagte es in der Kommission schon einmal, ich sage es aber gerne nochmals: Die Vorstandsmitglieder vom Verein Ferienprogramm zahlen teilweise die Löhne der Angestellten selbst aus ihrem Sack. Ich weiss nicht, weshalb das nicht in den Kopf geht. Es ist nicht so, dass es gelingt, alles über Spenden zu finanzieren. Ich habe es schon mal gesagt. Ich finde es etwas ärgerlich, wenn man Sachen, die ich schon gesagt habe, einfach komplett ignoriert.

Stadtpräsident M. Künzle: Ja, die Geschichte mit dem Ferienprogramm... Wir haben die Beiträge 2014 gestrichen und es ging nahtlos weiter. Die Geschichte muss man einfach kennen. Es war ja auch privat möglich, es war bis heute privat möglich. In all diesen Jahren hat man das aufrechterhalten können, was wir begrüsst haben. Wir finden das ein sinnvolles Projekt, jawohl.

Aber wir haben im Stadtrat eine Weisung verabschiedet an den Grossen Gemeinderat, das ist dieses Budget. Und wir haben ganz viele sinnvolle Ideen, die jedes Departement auch noch eingeben könnte. Und wir müssen uns entscheiden, weil wir das kappen müssen. Und deshalb haben wir als Stadtrat die Weisung übergeben ohne Ferienprogramm. Und deshalb werden wir uns auch diesem Antrag nicht anschliessen, sondern da soll das Parlament einen weisen Entscheid fällen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann kommen wir gleich zu diesem Entscheid. Ich weise darauf hin, dass hier das erhöhte Quorum erforderlich ist, das heisst, es müssen 31 Stimmen diesem Antrag zustimmen, damit er angenommen wird. Ich bitte deshalb die Stimmenzähler, auszuzählen – ausser es wäre jetzt ganz klar.

Wer dem Antrag der Kommission zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer ist dagegen?

Enthaltungen?

Es ist klar, Ihr habt diesem Kommissionsantrag mit einer deutlichen Mehrheit zugestimmt, ganz sicher mit über 31 Stimmen.

Noch ein Hinweis zu dieser Produktgruppe: Aufgrund des Entscheids, den Ihr mit dem Traktandum 4 beschlossen habt, dass beim Betriebsgewinn Parkieren 90% und nicht 100% dieses Betriebsgewinns in den steuerfinanzierten Haushalt überführt werden sollen, ergibt eine Differenz von Minus 125'041 Franken. Das einfach noch als Hinweis, da haben wir vorher schon darüber abgestimmt, darüber müssen wir nicht nochmals abstimmen.

PG Steuern und Finanzausgleich werden wir wie gesagt am Schluss bei der Schlussabstimmung Ziffer 3 behandeln.

Wir haben die Produktgruppen des Departements Finanzen also vorerst abgeschlossen.

Wir kommen zum Departement Bau.

PG Tiefbau: Da gibt es verschiedene Anträge der Fraktionen SVP (zwei Anträge), ein Antrag von der FDP und einen Kommissionsantrag. Ich bitte zuerst den Sprecher Michi Gross (SVP), die SVP-Anträge zu begründen.

M. Gross (SVP): Der eine Antrag kommt nachher nochmals vor, den haben wir aufgeteilt, weil er eigentlich das Departementssekretariat betrifft. Es geht dort um das Ausbildungsbudget. Die SVP verlangt die Reduktion des Ausbildungsbudgets um 30'000 Franken: Externe Kosten für Change-Management-Workshops mit den Führungsteams. Eingestellt sind 50'000 Franken und wir möchten das auf 20'000 Franken reduzieren. Change-Management-Massnahmen sind wichtig, das steht ausser Frage. Aber sie müssen irgendwo in einem ökonomischen Kosten/Nutzen-Verhältnis stehen. Und glaubt mir aus eigener Erfahrung: Wenn wir diese Kosten kürzen, dann tun wir den Mitarbeitenden einen Gefallen.

Der 2. Antrag geht auch zum Tiefbau: Dort verlangt die SVP eine Reduktion vom Stellenaufbau im Tiefbau von 4.7 FTE auf 3.7 FTE, also 1 Stelle weniger. Das sind 100'000 Franken, da die Stelle nächstes Jahr noch nicht zu 100% eingestellt ist, sondern erst nach einer gewissen Zeit. Wir sind der Meinung, dass der Ausbau von einer zusätzlichen Projektleiterstelle reicht. Nach dem letztjährigen Ausbau braucht es nicht nochmals zwei Stellen. Auch das Departement Bau muss priorisieren und gewichten lernen.

Falls dem Departement bezüglich Verzichtsplanung nichts einfällt, würden wir vorschlagen, dass Tempo 30-Projekte auf Hauptstrassen gestrichen werden.

R. Heuberger (FDP): Ich begründe gerne den FDP-Antrag. Wir beantragen, dass der Globalkredit der Produktgruppe Tiefbau in der Position Sachkosten um 50'000 Franken reduziert wird.

Die Begründung: Wie im Buch auf Seite 53 ersichtlich ist, steigen die Sachkosten im Departement Bau im Bereich Honorare externe Beratung und Fachexperten massiv an, und zwar um rund 570'000 Franken, also um rund 20% gegenüber dem Vorjahr, auf rund 3.4 Millionen. Gleichzeitig steigen auch die Positionen Dienstleistungen Dritter um 660'000 Franken. Beide Positionen zusammen ergeben sogar Mehrausgaben von 1.23 Millionen im Departement Bau gegenüber dem Budget 2020. Und über alle Departemente, das wurde heute schon gesagt, sind es 6.7 Millionen Franken mehr Ausgaben als im Vorjahr. Da in der Produktgruppe Tiefbau gleichzeitig um mindestens 3.7 Stellen aufgebaut wird und damit auch die interne Expertise ausgebaut wird, erscheint uns der Antrag der externen Beraterkosten als übertrieben. Die Sachkosten steigen gemäss Budget in der Produktgruppe Tiefbau auf knapp 940'000 Franken. Unser Antrag entspricht also ungefähr 5% der geplanten Zunahme.

Unschön ist, dass zwischen dem Budget 2020 und dem Budget 2021 diverse Umlagerungen von Kosten aus der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung stattgefunden haben. Ergänzende Angaben dazu, wie viel diese Verschiebungen einzelner Positionen insgesamt ausgemacht haben, haben wir zwar verlangt, aber bis jetzt noch nicht bekommen. Es war halt auch etwas sportlich. Deshalb ist auch unser Antrag erst am Freitag eingereicht worden.

Der Antrag ist massvoll, aber ein klares Zeichen, dass wir dem Anstieg der Kosten für Beratungen Dritter sehr kritisch gegenüberstehen und das grosse Wachstum nicht mehr akzeptieren wollen.

Ch. Hartmann (BBK): Ich begründe den Kommissionsantrag. Es hat sich tatsächlich ein Fehler eingeschlichen.

M. Gross (BBK): Wir haben festgestellt, dass die Anzahl Unfallschwerpunkte eigentlich immer gleichbleibend eingesetzt ist und nicht abnehmend. Das ist 20/5. Und wir erhielten vom Departement gesagt, dass man dort andere Zahlen einsetzen sollte. Das haben wir gemacht auf 16/3 und für die folgenden Jahre im FAP auf 15/2. Wenn man Unfallschwerpunkte behebt, dann gibt es natürlich immer weniger. Und von daher sind die Zahlen dort abnehmend. Und deshalb haben wir das in der Kommission auch so angenommen.

M. Bänninger (EVP): Ich gehe gleich in der gleichen Reihenfolge durch die Anträge.

Antrag SVP: Wir von der EVP-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. Wir erachten es als wichtig und wertvoll, dass die Reorganisation, die am Laufen ist, gut implementiert wird. Und dazu sind Klausuren und gemeinsame Veranstaltungen unerlässlich.

Wir von der EVP-Fraktion unterstützen die budgetierte Stellenbildung und lehnen die Stellenstreichung ab. Diese Projektleitungsstelle soll das Tiefbauteam unterstützen, die Infrastrukturprojekte von Winterthur, die in den Agglomerationsfondprojekten enthalten sind, voranzutreiben und zu realisieren. Beim Agglomerationsfonds werden Infrastrukturprojekte stark vom Kanton und Bund mitfinanziert. Es wäre fahrlässig, wenn wir diese Drittmittel für Strasseninfrastruktur nicht beanspruchen würden. Wir benötigen diese Stelle für die aktuellen Projekte und auch für die zukünftigen.

Zum Antrag der FDP: Wir unterstützen den Antrag der FDP ebenfalls nicht, verstehen aber das Anliegen, die Kosten für externe Fachexpertisen nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Wir sehen aber auch, dass unsere Bestellungen des Parlamentes diesen Budgetpunkt ebenfalls stark beeinflussen können. Gerade kürzlich haben wir hier im Rat Ja gesagt zur Studierenerarbeitung für das Projekt Umfahrungsstrasse Neuhegi-Grüze. Eine Studie, die alles andere als günstig ist, und ganz klar externes Fachwissen benötigt wird.

F. Landolt (SP): Ich gehe auch der Reihe nach durch.

Die Kürzungsanträge für das Ausbildungsbudget lehnen wir ab. Ich denke, das dient der Sache und dem laufenden Prozess des Change-Managements. Da sollten wir nicht einfach Kürzungsanträge stellen.

Zum 2. Antrag: Da sind wir vehement dagegen, und zwar aus drei Gründen: Zunächst einmal wurde diese Stellenaufstockung am 17.02.2019 zum ersten Mal besprochen. Also kurz nach dem Budget 2019 wurde erläutert, wie sich diese Aufgabe im Tiefbau verändern wird und sich vergrössern wird. Und dadurch wurde eine Zunahme der Projektleiterstellen abgeleitet, die sich dann im Budget 2021 niederschlug. Und in diesem Budget 2021 wurden von drei beantragten Projektleiterstellen zwei wieder gestrichen worden, es wurde also eine bewilligt. Aber mit dem Versprechen oder der Zusage, dass man dann aber mit dem Budget, das jetzt vorliegt, also dem Budget 2022, auf die restlichen zwei wieder zu sprechen kommt. Und wenn man heute einfach sagt, das brauche es nicht, ignoriert man eigentlich die Begründung – die sehr detaillierte Begründung – und man ignoriert auch die Begründung, die man beim Budget 2021 anbrachte. Das ist der formale Grund. Inhaltlich gehe ich sehr mit Michael Bänninger überein: Wenn man eine Projektleiterstelle streicht beim Tiefbau, dann streicht man auch künftige Agglomerationsfondsgelder. Wenn man sagt, man könnte die Tempo 30-Projekte streichen, dann könnte man ja auch sagen, man könnte das Projekt der Erschliessungsstrasse streichen. Wenn wir ungenügende Projektbearbeitung erlauben, kommen wir früher oder später nicht mehr an diese Gelder. Und drittens stehen Tiefbauprojekte im öffentlichen Raum, die gehen alle etwas an. Und wenn man die Projekte nicht laufen lässt und eigentlich zögerlich vorantreibt, weil eben Manpower fehlt, dann kommt man nicht mehr auf den vielbesprochenen Investitionsplafonds. Und wir haben heute Abend schon einige Male gehört, dass die Investitionen in einer wachsenden Stadt wichtig sind. Also da bitten wir den Rat, beide Stellen zu gewähren.

Dann zum Antrag der FDP: Das habe ich heute zum ersten Mal gehört und von daher denke ich, dass das nicht förderlich ist, wenn wir dem zustimmen. Es geht ja da v.a. darum, dass die Vorstudien und Machbarkeitsprojekte neu in der Erfolgsrechnung verbucht werden, deshalb dieser doch namhafte Zuwachs. Aber andererseits werden sie nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht.

M. Nater (GLP): Zum Change-Management: Für jede Organisation ist eine Neuorganisation eine grosse Herausforderung, was gerade für Mitarbeiter mit Unsicherheiten verbunden ist. Wenn man schon ein externes Change-Management durchführt, soll dieses auch seriös und mit den entsprechenden Mitteln umgesetzt werden. Wir unterstützen keine halben Sachen und daher lehnen wir den Antrag der SVP ab.

Zur Reduktion einer Stelle im Tiefbau: Wir von den Grünliberalen sehen den Aufbau von 4.7 FTE im Tiefbau auch kritisch, da eine Reorganisation in der heutigen Zeit eigentlich als Resultat mehr Effizienz mit den vorhandenen Stellen bedeuten sollte. Uns wurden aber auch die zusätzlichen Aufgaben aufgezeigt, welche in Zukunft vom Tiefbauamt übernommen werden. Der Antrag der SVP fokussiert jedoch darauf, die Abklärungen bezüglich Tempo 30 nicht durchzuführen. Wir von der GLP wollen jedoch Tempo 30 um die Altstadt prüfen und wir wollen klar wissen, was die Vorteile und Nachteile von so einer Änderung sind. Da wir Transparenz wollen und keine Entscheidungen aus dem Bauchgefühl heraus fällen wollen, sind diese Abklärungen zu Tempo 30 wichtig. Und daher werden wir dem Antrag der SVP nicht zustimmen.

Zu den Beratungshonoraren: Wir sehen den Ressourcenaufbau beim Bau und dies wurde auch damit begründet, dass nicht alle Aufgaben nach aussen gegeben werden können. Wenn nun aber die externen Kosten für Beratung und Dienstleistungen so stark ansteigen, kann dies aus Sicht GLP kritisch hinterfragt werden. Und daher stimmen wir dem Antrag der FDP zu.

Z. Dähler (Die Mitte/EDU): Insgesamt stellen SVP und FDP in der Produktgruppe Tiefbau und Entsorgung Kürzungsanträge über 180'000 Franken. Das entspricht rund 0.7% des Budgets der Produktgruppe Tiefbau. Und es kann mir niemand sagen, dass Einsparungen in dieser Grössenordnung innerhalb eines Jahres durch einen umsichtigen Umgang mit unseren Steuergeldern nicht machbar sind. Die Idee, wo diese Beträge eingespart werden sollen, wurden von den Antragsstellenden sachlich gut begründet. Aus meiner Sicht ist aber der Stadtrat mit WOV frei, wo er diesen Betrag einspart in diesen Produktgruppen. Wichtig ist, dass er eingespart wird.

Romana Heuberger hat schon darauf hingewiesen, dass die Verschiebung innerhalb des Budgets bei den Beraterhonoraren offensichtlich massiv zunehmen oder eben nicht, je nach Auslegesicht. Wenn aber diese Beträge in der Vergangenheit so im Budget versteckt wurden, dass sie uns im Parlament nicht aufgefallen sind, und sie jetzt sichtbar werden, dann darf man nicht darüber erstaunt sein, dass wir da jetzt Anträge stellen, um diese Kosten im Griff zu haben. Es wird auch begründet, dass die Beraterhonorare extrem schwanken. Ich erwarte mal, dass wir in einem Jahr 1-2 Millionen weniger Beratungshonorare haben werden, wenn diese wirklich schwanken – und zwar in beide Richtungen schwanken und nicht nur zunehmen, sondern auch abnehmen. Und dann müssen wir vielleicht in diesem Bereich auch keine Anträge mehr stellen.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion werden diese Kürzungsanträge unterstützen. Und ich nehme es vorweg: Wir werden auch den Antrag der FDP in der Produktgruppe später dann unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Ich nehme es vorweg: Die FDP unterstützt die Kürzungsanträge der SVP beim Change-Management-Workshop nicht. Wir geben sehr viel Geld aus für die Reorganisation der Prozesse in der Stadtverwaltung. Und das ist richtig so. Denn die Reorganisation ist aus unserer Sicht dringend notwendig, damit die personellen Ressourcen effizient und effektiv eingesetzt werden. Die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sowie die Schnittstellen zwischen den Departementen müssen klar geregelt sein und die Digitalisierung als Chance genutzt werden. Damit das aber gelingen kann, müssen die Mitarbeitenden in geeignetem Mass miteinbezogen werden. Nur jeder fünfte Change-Management-Prozess ist erfolgreich – mangelnde Kommunikation ist einer der grössten Misserfolgsk Faktoren. Deshalb: Nachdem wir für diese Prozesse bereits dermassen viel Geld ausgegeben haben, wäre der Kürzungsantrag in etwa so, wie wenn man ein Elektroauto erwerben würde und nachher nicht bereit ist, das Ladekabel zu kaufen.

Dem SVP-Antrag um Kürzung des Globalkredits bezüglich Reduktion der Stellenerhöhung wird die FDP zustimmen. Im Baudepartement wurden in den letzten drei Jahren insgesamt 20 Stellen aufgebaut. Eine beachtliche Zahl. Weitere 6 Stellen sind für 2022 geplant. Alleine im Tiefbau wurden in den letzten zwei Jahren 9 Stellen aufgebaut, einige davon durch neue Aufgaben. Gleichzeitig steigen die Honorare für Dienstleistungen Dritter im Baudepartement, ich

habe es schon gesagt, um 1.2 Millionen Franken, also um 20%, und liegen mittlerweile bei stolzen 5.5 Millionen Franken. Insgesamt sind wir überzeugt davon, dass neben den bereits eingeleiteten Organisationsentwicklung und den bereits aufgebauten Stellen in den vergangenen drei Jahren der Stellenaufbau von 3.7 Stellen reichen müsste, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

Und noch zu den Voten meiner Vorredner: Jede Stellenerhöhung, seit ich hier im Rat bin, wurde im Bau mit den Agglomerationsprojekten begründet. Sichtlich weitergekommen sind wir aber bei diesen Projekten noch nicht. Ich möchte mich da dem Votum von Michael Gross anschliessen: Die Prioritäten könnten aus unserer Sicht anders gesetzt werden.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die beiden SVP-Anträge ab, was ja vermutlich nicht überraschend sein wird. Ich freue mich, dass Romana Heuberger die Ausbildungskosten auch mittragen will, denn wir denken tatsächlich auch, dass das ein wesentlicher Punkt ist. Die Organisationsaufgaben, die jetzt angegangen wurden vom Departement, sind die richtigen und es ist an der Zeit, dass das Zusammenarbeiten mit den anderen Bereichen in der Stadtverwaltung geklärt und gestärkt wird. Und dass Prozesse auch besser und präziser definiert werden. Das ist ein absolutes Muss bei der heutigen Komplexität von Bauprojekten, die im Tiefbau anfallen. Wir haben das mehrfach gezeigt und belegt bekommen. Bezüglich dem Verzicht auf den Stellenaufbau kann ich eigentlich nur das wiederholen, was Felix Landolt schon gesagt hat: Die Planungsaufgaben sind massiv am Steigen in dieser Stadt. Sie werden weiterhin, auf lange Sicht hinaus, steigen. Und sie müssen für ein gutes Resultat qualitativ top angegangen werden. Dazu benötigt es interne Ressourcen, die mit der Stadt und den Gegebenheiten vertraut sind. Ich habe immer wieder erlebt, dass Projekte genau deshalb nicht sauber auf die Schiene kamen und die wir dann auch im Rat kritisieren mussten, weil die Abklärungen nicht wirklich gut und qualitativ hervorragend gemacht wurden, so dass man wirklich dahinter hätte stehen können. Bei allem, was man auswärts vergeben muss, riskiert man, dass irgendjemand dann eine Planung durchführt, der – auf gut Deutsch gesagt – keinen Plan hat, wie es in der Stadt Winterthur aussieht. Und das kommt selten gut heraus. Deshalb sind die Stellen zu bewilligen, auch deshalb, weil sie uns schon lange voraus angekündigt und auch begründet – und glaubhaft begründet – wurden. Und die Situation hat sich nicht geändert. Diese zwei Stellen, die im letzten Budget nicht gekommen sind, da kommt nun eine wieder dazu. Das finden wir absolut richtig.

Zur Reduktion der Sachkosten um 50'000 Franken: Da ist nochmals zu wiederholen, dass die Komplexität der Projekte bedingt, dass man gar nicht alles intern lösen kann. Wir haben das ja auch gesehen. Auch wenn wir die internen Ressourcen jetzt aufstocken, wir müssen auch mit externen Ressourcen arbeiten. Und deshalb kann man diese Projekte nur umsetzen, wenn man beides parallel so entwickelt, dass die Projekte auch umgesetzt werden können. Es braucht mehr interne Fachleute (Leitung, Controlling) und es braucht aber auch mehr externe Leistungen. Man kann das nicht einfach voneinander trennen, das muss parallel entwickelt werden und ist deshalb auch parallel beantragt.

Und natürlich, Tempo 30-Projekte wollen wir natürlich nicht streichen. Im Gegenteil, das wäre ja noch. Aber so ist es halt – wir waren dafür bei der Erschliessungsstrasse dagegen. So schliesst sich der Kreis .

B. Zäch (SP): Eine kurze Replik auf Zeno Dähler bzw. auf Romana Heuberger und Markus Nater: In Bezug auf den FDP-Antrag Sachkosten.

Es ist da einfach ein Missverständnis. Man muss da nicht nur die Seite 53 des Budgets anschauen, sondern auch Seite 80. Es handelt sich bei dieser Erhöhung der Sachkosten in Wirklichkeit zum grossen Teil um Umbuchungen, die aus der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung kommen. Mitnichten ist da Geld versteckt worden. Im Gegenteil: Das Geld ist jetzt aus der Investitionsrechnung umgebucht auf die Erfolgsrechnung, damit diese Kosten künftig mit der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden. Und das sieht man eben auch gut auf Seite 80 des Budgetbuches. Da sinken die Investitionskosten in einem erheblichen Anteil, und zwar um mehr, als die Sachkosten in der Erfolgsrechnung steigen. Und insofern macht

der Antrag einfach keinen Sinn, weil es kein zusätzlicher Aufwand ist. Es sind keine Mehrausgaben in der Erfolgsrechnung, es ist eine Verlagerung von Kosten aus der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung. Das muss man einfach wissen.

Die BBK wurde darüber informiert, was der sachliche Zusammenhang ist, aber offenbar können sich nicht mehr alle BBK-Mitglieder daran erinnern.

Stadträtin Ch. Meier: Ich gehe gerne kurz auf die Anträge ein, in der Reihenfolge, wie sie gestellt wurden.

Der erste Antrag war der von der SVP zur Streichung von 30'000 Franken beim Ausbildungsbudget für die externen Kosten des Change-Managements. Das Parlament fordert zu Recht, dass in der Verwaltung Abläufe hinterfragt und optimiert werden, dass man die Effizienz steigert. Und insbesondere im Departement Bau, dass man die Realisierungsquote bei den Projekten verbessert. Mein Departement hat diesen Auftrag sehr ernst genommen und hat sich in den letzten Monaten intensiv mit der internen Struktur befasst, hat die Strukturen angepasst und umfangreiche Organisationsentwicklungen in Gang gesetzt, genau mit diesen Zielen. Eine erfolgreiche Umsetzung einer solchen Organisationsentwicklung ist aber nur dann möglich, wenn alle Führungsebenen mit im Boot sind und wenn alle Mitarbeitenden mitgenommen werden. Das Departement Bau kommt aus einer ausgeprägten Experten-Kultur. Was eher neu ist für die Zusammenarbeit im Departement Bau, ist, dass man zusammen eine Führungsverantwortung hat. Dass z.B. eine Geschäftsleitung von einem Departement ein Führungsgremium ist, und dass eine Unternehmens- und Führungskultur Voraussetzung ist für neue Strukturen. Da sind wir intensiv dran, da sind wir auf einem sehr guten Weg. Ich bin sehr stolz auf mein Departement für diesen Prozess. Ich glaube, dass ein zeitgemässes Führungsgremium sich regelmässig Zeit nimmt, um die Zusammenarbeit und den eingeschlagenen Prozess zu überprüfen und zu klären, wo man steht und wie man unterwegs ist und die strategische Ausrichtung miteinander zu justieren, ist normal. Und dass wir das auch in regelmässigen Abständen machen, ist kein Luxus, sondern dient der Sache.

So viel zum 1. Antrag.

Dann zum 2. Antrag, der Streichung oder besser gesagt zur Reduktion von 1 Stelle Aufbau in der Produktgruppe Tiefbau. Ich glaube, es macht nicht wirklich Sinn, wenn man versucht, Verkehrspolitik über den Stellenplan zu machen, liebe SVP. Aber man kann es probieren. Wir haben klar ausgewiesen, wieso wir diese Stellen im Tiefbau brauchen. Es geht tatsächlich halt wirklich um diese Agglomerationsprogramme. Diese Agglomerationsprogramme sind sehr aufwändige und umfangreiche Programme. Es ist überhaupt nicht so, dass da nichts passiert ist in den letzten Jahren, auch wenn wir bei vielen Projekten noch nicht in der Umsetzung sind. Aber ich kann Euch garantieren: Wir sind intensiv daran und es ist einiges gelaufen.

Die Umsetzung der Agglomerationsprogramme, also derjenigen, die bereits eingegeben sind, d.h. die Agglomerationsprogramme der 3. Generation, ist eminent wichtig für die Eingaben von Projekten in spätere Agglomerationsprogramme. Das heisst, je mehr wir jetzt umsetzen können von diesen Programmen, die wir schon eingegeben haben, umso höher und besser sind unsere Chancen für zukünftige Agglomerationsprogramme. Im nächsten Agglomerationsprogramm, der 5. Generation, möchten wir die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze eingeben. Ich kann Euch garantieren: Wir haben nur eine Chance, das Projekt Zentrumserschliessung mit einer hohen Priorisierung in die Agglomerationsprogramme einzuspeisen, wenn wir bis dahin eine möglichst hohe Umsetzungsquote der bereits bewilligten Programme nachweisen können. Übrigens: Die Projektleiterstellen, die mit Agglomerationsprogrammen betraut sind, sind zum grössten Teil refinanziert. Es ist zwar so, dass die Stadt da in Vorleistung gehen muss, aber bei den Agglo-Krediten können wir uns dann dort die Bauherrenentgelte anrechnen lassen, d.h. wir bekommen den grössten Anteil der Projektleiterlohnkosten wieder zurück. Aber eben halt erst, wenn die Projekte umgesetzt sind.

Und dann noch zum 3. Antrag: Es ist tatsächlich so, wir haben diesen Meccano in der BBK erläutert. Es ist so, dass in der Vergangenheit z.B. Vorprojekte, vertiefte Vorstudien und Machbarkeitsstudien jeweils in der Investitionsrechnung waren. Das können wir nicht mehr

machen, d.h. wir müssen diese Kosten oder Budgets künftig in der Erfolgsrechnung ausweisen. Das gibt eine Verschiebung und diese Verschiebung ist im Budget ersichtlich. Ein grosses Projekt wurde vorher in der Debatte genannt: Wir haben in der letzten Ratssitzung die vertiefte Vorstudie zur Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze bewilligt. Das sind 1.5 Millionen und ein Teil dieser 1.5 Millionen fällt bereits nächstes Jahr an. Nicht der ganze Betrag, das ist auf mehrere Jahre aufgeteilt, aber ein Teil ist bereits im 2022 wirksam. Das ist z.B. so etwas, was früher in der Investitionsrechnung gewesen wäre und jetzt eben in der Erfolgsrechnung ist. Dieser Meccano greift sowohl im Tiefbau wie auch beim Amt für Städtebau. Und deshalb kommt diese Diskussion später gleich nochmals bzw. wir können sie jetzt gleich führen für beide Anträge. Wir haben in der BBK auch gesagt, dass dieser Meccano dazu führt, dass wir in der Erfolgsrechnung in Zukunft tatsächlich grössere Schwankungen haben werden, weil früher solche Kosten über mehrere Jahre im Projekt drin waren und jetzt eben dann anfallen, wenn tatsächlich daran gearbeitet wird.

Wir sind sehr gerne bereit, der BBK da auch einen näheren Einblick zu geben. Aber ich glaube, wir haben die Fragen an und für sich beantwortet.

Dann noch der Kommissionsantrag: Die Korrektur bei den Unfallschwerpunkten, da schliesst sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag an.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Damit kommen wir zu den Abstimmungen.

Als erstes stimmen wir ab über den Antrag der SVP, Reduktion des Globalkredits um 22'500 Franken im Departementssekretariat.

Wer diesem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Der Antrag wurde klar abgelehnt.

Zum 2. Antrag der SVP, Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken, Verzicht auf eine Stelle.

Wer diesem Antrag der SVP zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag. Das ist der Antrag der FDP, Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken bei den Sachkosten.

Wer diesem Antrag der FDP zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Der Antrag der FDP ist mit 29 Ja- zu 28 Nein-Stimmen sehr knapp angenommen worden.

Über den Kommissionsantrag müssen wir auch noch kurz abstimmen. Der Stadtrat hat sich dem auch schon angeschlossen.

Wer diesem zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen durch Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen? Enthaltungen?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit haben wir die Produktegruppe Tiefbau bereinigt abgeschlossen.

PG Entsorgung: Da gibt es einen Antrag der SVP, Michi Gross.

M. Gross (SVP): Ich ziehe den Antrag zurück, das ist der gleiche wie der erste Antrag, der ja ganz klar abgelehnt wurde. Es geht um die 30'000 Franken, die einfach aufgeteilt wurden.

Ratspräsidentin M. Sorgo: In diesem Fall liegen keine Anträge mehr vor und die Produktegruppe Entsorgung ist so genehmigt wie vom Stadtrat beantragt.

PG Städtebau: Da gibt es zwei Anträge, einen Fraktionsantrag und einen Kommissionsantrag. Ich bitte zuerst Romana Heuberger von der FDP, den FDP-Antrag vorzustellen.

R. Heuberger (FDP): Die FDP beantragt auch hier wieder, den Globalkredit bei den Sachkosten um 50'000 Franken zu reduzieren. Es ist wieder die gleiche Begründung, die wir vorhin hatten. Ich möchte da aber darauf hinweisen, dass ich in meinem Votum sehr wohl erwähnt habe, dass es Umlagerungen gibt und dass die Umlagerungen auch einige Mehrkosten begründen, aber nie in dem Umfang, wie sie sich jetzt uns da präsentieren. Und deshalb möchten wir auch diesen Antrag aufrechterhalten und die 50'000 Franken beim Globalkredit kürzen.

B. Zäch (SP): Wir sind da wieder beim gleichen Thema von den Umlagerungen zwischen Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung. Und wenn es die FDP schon nicht schafft, den Antrag so einzubringen, dass er in der Kommission behandelt werden kann, dann würde ich doch erwarten, dass sie wenigstens die Begründung richtig macht. Und das ist leider nicht der Fall.

Es ist wirklich wieder der gleiche Punkt: Wir sprechen da von Kosten, die in der Investitionsrechnung waren und nun neu in der Erfolgsrechnung sind. In der Begründung schreibt die FDP, dass ein Grossteil dieser Sachkosten zusätzlich in der PG Städtebau anfallen würden, insgesamt seien 1.61 Millionen Franken budgetiert. Wenn man aber im Budgetbuch auf Seite 143 schaut, dann sieht man, dass diese Begründung schlicht nicht stimmt. Die Sachkosten im Amt für Städtebau sind gesunken und nicht gestiegen. Wenn man mit dieser Begründung die Kürzung begründet im Amt für Städtebau, dass dort die Sachkosten massiv gestiegen seien, dann sagt das Budgetbuch Seite 143 genau das Gegenteil: Die Sachkosten sind gesunken. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

M. Bänninger (EVP): Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Benedikt Zäch, könntest Du noch kurz den Kommissionsantrag vorstellen?

B. Zäch (BBK): Der Kommissionsantrag ist eine reine Zielanpassung der WOV-Ziele, indem nämlich der Gebäudestandard 2011 durch den Gebäudestandard 2019 ersetzt wird. Das ist faktisch schon der Fall, aber in den WOV-Zielen noch nicht abgebildet. Das ist Usus und so ist das in der Kommission durch mit 9:0.

Stadträtin Ch. Meier: Ich beginne gleich mit dem Kommissionsantrag: Dem schliessen wir uns an. Es ist tatsächlich so, dass der Entscheid unterdessen gefallen ist, dass wir mit dem Gebäudestandard 2019 arbeiten. Damals, als man das Budget geschrieben hat, war das noch nicht entschieden und ging danach unter. Dem schliessen wir uns also sehr gerne an. Die Erklärung zum FDP-Antrag hat Benedikt Zäch bestens gemacht. Es ist tatsächlich so, dass im Amt für Städtebau die Sachkosten unter dem Strich nicht steigen. Die Erläuterung haben wir in der BBK gemacht.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann stimmen wir auch da wieder ab.

Zuerst den FDP-Antrag: Wer dem FDP-Antrag zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken bei den Sachkosten zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Es sind einige Leute draussen, aber es hat keinen Einfluss auf das Ergebnis. Der FDP-Antrag wurde angenommen.

Der Kommissionsantrag ist wohl unbestritten. Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer ablehnt? Enthaltungen?

Dieser wurde einstimmig angenommen.

PG Vermessung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Baupolizei: Keine Anträge, genehmigt.

Wir gehen weiter zum Departement Sicherheit und Umwelt.

PG Stadtrichteramt: Keine Anträge, genehmigt.

PG Stadtpolizei: Keine Anträge, genehmigt.

PG Parkieren Winterthur: Da gibt es vier Kommissionsanträge. Da bitte ich den Kommissionsreferenten Martin Zehnder, diese kurz zu begründen.

M. Zehnder (SSK): Bei diesen vier Anträgen geht es um die Zielgrössen, die erneuert werden. Es sind zwei Indikatoren, die neu sind, weil die Velostationen neu in dieser Produktgruppe sind. Im Einzelnen sind es die Anzahl verkaufte Abos in den Velostationen und die Erfassung der Reklamationen in den Velostationen. Ebenfalls wird bei den Parkhäusern und Parkgaragen ein Indikator «Anzahl Reklamationen» neu erfasst. Dafür werden die jetzigen Grössen mit der zweijährlichen Umfrage abgeschafft. Alle vier Änderungsanträge wurden in der SSK ohne Gegenstimme angenommen.

Stadträtin K. Cometta: Der Stadtrat schliesst sich dem an.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Da es unbestritten ist und der Stadtrat sich den Anträgen anschliesst, schlage ich vor, dass wir gleich über alle vier Änderungsanträge gleichzeitig abstimmen.

Wer diesen vier Änderungsanträgen zu den neuen parlamentarischen Zielvorgaben zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

In diesem Fall wurden diese Anträge einstimmig angenommen.

PG Schutz und Intervention Winterthur: Da liegen zwei Anträge der FDP vor. Ich bitte Urs Bänziger, diese kurz vorzustellen.

U. Bänziger (FDP): Im Informationsteil Schutz und Intervention Winterthur im Budgetbuch B/181 kann man in der Begründung zur Abweichung vom Budget 2021 lesen, dass die geplante Investition in ein neues Tanklöschfahrzeug nicht vorgenommen wird. Stattdessen soll ein Tanklöschfahrzeug mit Elektroantrieb von der GVZ gemietet und der ursprüngliche Investitionsbetrag für die Ladeinfrastruktur aufgewendet werden. Das wären dann die 585'000 Franken. Anstelle in ein Löschfahrzeug zu investieren, wird das Geld umgepoolt und neu für Infrastruktur gebraucht. Liest man den Sachverhalt, so glaubt man, dass der Investitionsbedarf für die Ladeinfrastruktur für das Elektrofeuerwehrauto, das man mietet, gebraucht wird. Aber nein, da sind wir weit davon entfernt. Es geht bei der Ladeinfrastruktur gar nicht exklusiv um das zu mietende Fahrzeug, wie der Informationsteil im Teil B des Budgets suggeriert, sondern um die Installation von Photovoltaikanlagen und anderem.

Unsere Meinung ist, dass Kredite für Photovoltaikanlagen auf den städtischen Dächern nicht versteckt in den Informationsteil des Budgets gehören. Und schon gar nicht, dass suggeriert wird, dass das schuldenneutral ginge. Sonst würden wir doch einfach in Zukunft das nächste Altersheim mieten und das nächste Schulhaus auch gleich mieten.

Deshalb lehnen wir den Verpflichtungskredit ab. Photovoltaikanlagen sind durch andere bestehende Kredite und Projekte zu realisieren.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

B. Helbling (SP): Wir lehnen diese Kürzung ab. Es ist so, dass grundsätzlich dieser Investitionskredit auch im Zusammenhang mit dem Mieten von einem E-Tanklöschfahrzeug steht. Es geht da aber um eine Anpassung der Gebäudeinfrastruktur bei Schutz und Intervention. Das wurde uns auch erklärt. Es geht darum, dass eine Modernisierung nötig ist. Es geht zum Bei-

spiel um eine Anpassung der Notstromversorgung, und natürlich geht es um die Bereitstellung von Infrastruktur, bei der auch eine Ladestation für E-Fahrzeuge gebaut werden könnte. Das entspricht der E-Mobilität der ganzen Stadt und es entspricht auch den Plänen des Regierungsrats. Wir werden das unterstützen.

B. Huizinga (EVP): Der Antrag der FDP ist in wenigen Minuten abgetan, aber man muss die Hintergründe schon noch wissen. Schutz und Intervention Winterthur beabsichtigt im Jahr 2022 ein Tanklöschfahrzeug aus dem Jahr 1997 zu ersetzen. Zu Beginn dieses Jahres wurde eine erste Auslegeordnung für die Beschaffung und die Rahmenbedingungen erstellt. Dabei wurde der Umstand berücksichtigt, dass gemäss dem städtischen Klimaschutzmassnahmenpaket die Fahrzeugflotte bis 2028 weitgehend auf erneuerbaren Antrieb umgestellt werden soll.

Zurzeit gibt es nur ein Tanklöschfahrzeug mit diesen Voraussetzungen auf dem Markt, nämlich der Typ RT von der Firma Rosenbauer. Das ist bereits in mehreren Städten im Einsatz und wurde extra für die Feuerwehr entwickelt. Es ist also nicht ein Lastwagen, der elektrisch aufgerüstet wurde. Die Stadt Basel hat davon bereits vier bestellt. SIW hat dieses Fahrzeug getestet und kann sich einstimmig ein solches im ersten Löschzug vorstellen. Ein elektrisches Tanklöschfahrzeug hat Vorteile: Es ist deutlich leiser als ein fossil betriebenes. Es ist zudem ergonomischer (es lässt sich z.B. absenken und anheben). Es ist schmaler gebaut als ein herkömmliches und hat Hinterradlenkung. Ein grosser Nachteil ist zurzeit noch die Lebensdauer: 25 Jahre, wie für diese Fahrzeugkategorie vorgesehen, können mit der laufend fortschreitenden technischen Entwicklung noch nicht gewährleistet werden. Das ist ein Grund, das E-Tanklöschfahrzeug vorerst bei der Gebäudeversicherung Zürich zu mieten.

Die EVP hält diesen Entscheid für angebracht. Die beiden Anträge der FDP lehnen wir ab, denn das Gebäude der SIW an der Zeughausstrasse ist von der Lage und Bauweise her für Sonnenkollektoren prädestiniert. Auch für die kleineren Fahrzeuge der Flotte braucht es in Zukunft Ladestationen und eine angepasste Infrastruktur. Es ist also ein Umbau, der nötig ist, nicht nur optional.

Wir als Fraktion erachten die geplanten Investitionen im Budget als sinnvoll und lehnen wie gesagt beide Anträge ab.

K. Frei (Grüne/AL): Meine Vorrednerinnen haben schon fast alles gesagt. Die Fraktion Grüne/AL lehnt diese beiden Anträge der FDP auch ab. Die SIW hat der Kommission die Vorteile dieses Tanklöschfahrzeugs vorgelegt und die Voraussetzungen geschaffen, damit wir das Auto überhaupt kaufen können. Sie hat das ausführlich erläutert und darauf hingewiesen, dass die EMPA die Grundlagen geliefert hat. Und die Gebäudeversicherung Zürich, die finanziell beteiligt ist – d.h. die Fahrzeuge kaufen würde – hat da sicher auch schon viele Vorabklärungen gemacht. Mir erscheint es deshalb eigentlich seltsam, dass die FDP – die ja sonst immer sehr auf technische Lösungen baut und diese auch herausstreicht – jetzt da Zweifel hat. Ich danke Ihnen für die Unterstützung bei der Ablehnung dieser Anträge.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Romana sagte in einem früheren Punkt, es käme ihr vor, wie wenn ein E-Auto gekauft würde ohne Ladekabel. Da wird nun an einem neuen Ladekabel herbudgetiert, ohne über das E-Auto nachzudenken, so dünkt es mich.

Wir unterstützen die Kürzung. Wir wollen zuerst wissen, wie gut die CO₂-Bilanz des E-Tanklöschfahrzeugs ausfällt, wenn man die E-Bilanz der ganzen Lebensdauer anschaut, also von der Herstellung des Fahrzeugs bis es dann irgendwann wieder verschrottet wird. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass die E-Bilanz nicht so viel besser ist bei einem Tanklöschfahrzeug. Und es zudem Dinge gäbe, mit denen man schneller mehr CO₂ absenken könnte. Wenn man aber kein Elektro-Tanklöschfahrzeug anschafft, dann kann davon ausgegangen werden, dass eine Ladestation, die andere Sachen unterstützen oder beladen muss, aber nicht so ein Tanklöschfahrzeug, auch in anderen Dimensionen ausfallen kann als hier bei diesem Kredit angeplant wäre.

Noch ganz kurz zum Lärmargument, das bei einem solchen Tanklöschfahrzeug den Ausschlag geben soll: Bei Martinshorn und Lärm eines Vollbrandes ist das Schnurren und Brummen eines Dieselmotors wahrscheinlich kein so starkes Argument mehr, um eben keinen Dieselmotor zu kaufen. Wobei man beim CO₂ sagen muss: Das ist auch kein Argument. Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der FDP.

M. Zehnder (GLP): Die grünliberale Fraktion schliesst sich diesem Kürzungsantrag nicht an. Ich kann mich dafür den Voten anschliessen, die von Mitte-links vorgebracht wurden. Es ist uns in der Kommission klar aufgezeigt worden, dass das Fahrzeug so Sinn macht und eben auch schon in anderen Städten eingesetzt wird. Und zur Elektro-Aufrüstung, die wir da haben mit den ganzen Ladestationen kann man sagen, dass wir noch 40 weitere Fahrzeuge haben in dem ganzen Fahrzeugpool der Feuerwehr, die früher oder später auch noch auf Elektro umgestellt werden müssen, da es eine langfristige Strategie ist. Insofern sehen wir da kein Problem, dass man schon ein Ladekabel kauft und allenfalls die Ausrüstung dazu noch nicht hat.

U. Bänziger (FDP): *(Mikrofon funktioniert nicht)* Es geht nicht, dann spreche ich einfach laut. Was einfach wirklich erstaunlich ist bei den Voten von links-grün, ist, dass im Anforderungskatalog von ihren Fahrzeugen das, über das gestern abgestimmt wurde, anscheinend nicht vorkommt. Und somit ist das sehr erstaunlich. Und bei Evaluationskriterien für zukünftige Projekte soll doch bitte auch Ökologie gross geschrieben werden, und nicht nur operative Anforderungen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich hoffe, die Mikrofone halten noch so lange, dass wir die Voten noch zu Ende führen können. Ohne Mikrofone ist es etwas ungünstig, gerade auch für das Protokollieren. Felix Landolt hat das Wort.

F. Landolt (SP): Ich möchte nur etwas klarstellen: Das Tanklöschfahrzeug kauft nicht die Stadt Winterthur, sondern das kauft die GVZ. Und wir mieten das. Es wird da ganz viel über Sachen gesprochen, über die wir uns gar nicht unterhalten müssen, denn das sind externe Sachen.

Stadträtin K. Cometta: Gestern hat die Stimmbevölkerung einen deutlichen Entscheid gefällt: Winterthur soll bis 2040 klimaneutral sein. Und der Stadtrat hat bereits im Februar einen Klimaplan verabschiedet mit Massnahmen. Eine davon ist, dass die städtische Fahrzeugflotte bis 2028 auf erneuerbare Antriebe umgestellt sein soll. Und eine andere Massnahme sieht vor, dass man bis 2025 100 zusätzliche PV-Anlagen auf städtischen Dächern installiert. Und um diese beiden Massnahmen geht es hier.

Und ehrlich gesagt würde Klimaneutralität bis 2040 auch ein bisschen schwierig, wenn man bei jedem anstehenden Entscheid wieder die Technologie-Grundsatzdiskussion führen muss. Barbara Huizinga hat es eindrücklich geschildert: Es gibt im Moment genau ein Produkt, ein Feuerwehauto mit alternativem Antrieb. Das ist das Tanklöschfahrzeug der Firma Rosenbauer mit Elektroantrieb. Und, das hat Barbara auch gesagt, das ist schon in verschiedenen Städten im Einsatz. Die Stadt Basel hat im September vier solche bestellt.

Dieses Fahrzeug war im Herbst zwei Tage hier und wurde von Vertretenden von SIW Schutz und Intervention Winterthur und der Zürcher Gebäudeversicherung GVZ auf Herz und Nieren geprüft. Und Ihr könnt mir glauben, dass diese Leute vor allem die Funktionalität geprüft haben. Und sie waren begeistert: Es ist kompakt und wendig und es ist lärmarm.

Es ist nämlich nicht so, dass es einfach ein Schnurren und Brummen eines Dieselmotors ist, das gar nicht stört in einem Einsatz. Insbesondere die Kommunikation der Einsatzkräfte, auch bei der Anfahrt, wird sehr vereinfacht.

Und auch, dass das Fahrwerk höhenverstellbar ist, dass man also keine Trittbretter mehr braucht, dass man die Sachen einfacher hinein- und herausnehmen kann, das ist ergonomisch und das ist auch gut für die Arbeitssicherheit.

Die GVZ ist eigentlich auch bereit zur Entscheidung und sie unterstützt diese Bestrebungen und sie will bis Ende nächstes Jahr ein flächendeckendes Fahrzeugkonzept für den ganzen Kanton erarbeiten.

Aber heute geht es gar nicht primär um dieses Tanklöschfahrzeug, sondern es geht eben darum, dass sich Schutz und Intervention Winterthur bereit macht für die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte. Martin Zehnder hat das richtig gesagt: Wir haben über 40 Fahrzeuge.

Und es geht eben auch darum, dass die SIW eine PV-Anlage auf dem Dach installieren kann. Das ist alles ein Teil von einem integralen Konzept auf dem Weg zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Wir wollen die Versorgung der zukünftig elektrisch angetriebenen Fahrzeuge mit Sonnenstrom von einer eigenen PV-Anlage sicherstellen. Es braucht neue Infrastruktur im ganzen Gebäude, damit wir den Strom auch in die beiden Fahrzeughallen verteilen können. Und auch das wurde gesagt, damit man auch mit Notstromaggregaten bereit ist, wenn die Sonne einmal nicht scheint und ein Stromausfall ist. Was wir natürlich nicht hoffen, aber eine Blaulichtorganisation ist gern besser für jede Eventualität gerüstet. Es geht darum, dass wir dieses Gebäude fit machen für die zukünftigen Anforderungen.

Und ich hoffe natürlich schon, dass wir dann bald auch ein Tanklöschfahrzeug mit dem Sonnenstrom betanken können. Im Moment geht es aber nicht um das und der Stadtrat bittet Euch, diesen Investitionskredit anzunehmen, damit wir vorwärtskommen können mit der PV-Anlage und das Gebäude fit machen können für eine elektrifizierte Fahrzeugflotte. Danke.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zuerst über den Antrag der FDP ab, bei dem es um die Projektierung geht.

Wer dem Antrag der FDP zustimmen möchte, dass bei der Projektierung 50'000 Franken gestrichen werden, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Der Antrag ist abgelehnt worden.

Beim 2. Antrag der FDP geht es um das Streichen des Ausführungskredits von 535'000 Franken.

Wer diesem Antrag zustimmt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen Antrag ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Auch dieser Antrag wurde klar abgelehnt.

PG Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge, genehmigt.

Eigentlich wollte ich das Departement Sicherheit und Umwelt gerne heute noch fertigberaten. Aber aufgrund der aktuellen technischen Schwierigkeiten und der Zeit werde ich die Debatte für heute beenden. Das heisst, die Produktegruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz und der Antrag, der dort besteht, wird am nächsten Montag beraten.

Bevor ich die Sitzung heute schliesse, noch die Information, dass wir auf die Sitzung am 13. Dezember (also übernächste Sitzung) verzichten. Wir sind heute sehr weit gekommen. Wir werden das Budget sicher nächste Woche zu Ende beraten können. Es liegt also in Eurer Hand, wie lange wir dann hier sitzen. Aber ich bin sicher, wir können am nächsten Montag, am 6. Dezember, das Budget gut zu Ende beraten und der 13. Dezember ist in dem Sinne dann frei.

Jetzt wünsche ich Euch einen schönen Abend und eine gute Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sörgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)